

P R O T O K O L L

über die 42. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr,
am Donnerstag, 14. Dezember 1978, im Rathaus, I. Stock-hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 13.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER:

Heinrich Schwarz

Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Rudolf Fürst

Anna Kaltenbrunner

Manfred Wallner

Leopold Wippersberger

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Dr. Helmut Burger

Johann Brunmair

Maria Derflinger

Vinzenz Dresl

Franz Enöckl

Karl Feuerhuber

Ernst Fuchs

Karl Holub

Walter Kienesberger

Walter Köhler

Otilie Liebl

Rudolf Luksch

Johann Manetsgruber

Erich Mayrhofer

Therese Molterer

Josef Radler

Friedrich Reisner

Erich Sablik

Hubert Saiber

Dr. Konrad Schneider

Erwin Schuster

Herbert Schwarz

Ernst Seidl

Dr. Alois Stellnberger

Otto Tremel

Alfred Watzenböck

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Johann Eder

Magistratsdirektor-Stellvertreter

Senatsrat Dr. Franz Knapp

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

Präsidialdirektor Oberamtsrat

Roland Postler

Rechnungsdirektor Oberamtsrat

Ludwig Stary

VB Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) Bau2-5469/76 Bericht über das Entwicklungskonzept der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

- 2) Ge-5738/76 Richtlinien für die Förderung von Kleinbetrieben der gewerblichen Wirtschaft; Novellierung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 3) Ha-4000/78 Voranschlag 1979 und Behandlung einer Erinnerung zum Budget gemäß § 50 Abs. 3 des Statutes für die Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bitte Sie nunmehr, zu Eingang der Sitzung, sich zu beruhigen. Ich darf sie herzlich zur heutigen letzten Gemeinderatsitzung des Jahres 1978 begrüßen. Ich stelle schon von der Optik her fest, daß allgemein scheinbar eine sehr angeregte Stimmung vorherrscht, was hoffentlich auf den Verlauf der Budgetsitzung abfärben wird. Zu Beginn darf ich bekanntgeben, daß mir von Herrn Gemeinderat Fuchs namens der Freiheitlichen Fraktion ein Antrag zur Behandlung zugegangen ist, der gemäß Geschäftsordnung § 19, Abs. 1, zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung in der nächsten Sitzung vorgelegt werden wird. Ich bitte um Kenntnisnahme. Es betrifft einen Antrag an den Gemeinderat, Auftrag zur Durchführung von Verkehrslärm-messungen bzw. Erstellung einer Verkehrslärmkarte von Steyr. Wir werden uns, wie angekündigt, zu gegebener Zeit damit befassen.

Gemäß Geschäftsordnung stelle ich fest, daß wir auf Grund der Anwesenheit der Gemeinderatsmitglieder beschlußfähig sind. Darüber hinaus darf ich einige Entschuldigungen zur Kenntnis bringen. Wegen Erkrankung fehlt heute Herr Stadtrat Kinzelhofer und Herr Gemeinderat Mayr ist ebenfalls entschuldigt.

Für die Protokollprüfung zur heutigen Sitzung werden vorgeschlagen Herr Gemeinderat Enöckl und Herr Dr. Stellnberger. Ich bitte um Annahme und sehe aus dem Kopfnicken, daß beide Herren mit dieser Aufgabe einverstanden sind.

Dem gemäß sind wir bereits in die Sitzung eingetreten und ich darf noch hinzufügen, daß ich natürlich auch die Vertreter der Presse und die Beamtenschaft herzlich unter uns willkommen heiße.

Bevor wir zu den übrigen Punkten kommen, es sind nur deren drei insgesamt, darf ich Kollegen Schwarz den Vorsitz übergeben, damit mir die Möglichkeit eingeräumt ist, zum Tagesordnungspunkt 1 einige Worte zu sprechen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile vor Eingang in die eigentliche Tagesordnung Herrn Bürgermeister zum Bericht über das Entwicklungskonzept der Stadt Steyr das Wort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

1) Bau2-5469/76

Bericht über das Entwicklungskonzept der Stadt Steyr.

Meine Damen und Herren!

Sie wissen, daß wir im Jahre 1976 uns bereits mit der Vorlage des Entwicklungskonzeptes für Steyr und die Umlandregion befaßt haben. Ich habe Ihnen im September 1976 den Entwurf zur Kenntnis gebracht und vorgelegt. Der Gemeinderat hat sich am 22. Februar 1977 neuerlich mit dem Entwurf befaßt und er wurde auch einstimmig als Konzept beschlossen.

Ursache der Konzepterstellung war die gemeinsame Sorge um die Entwicklung der Stadt Steyr einerseits und die Entwicklung der mit dieser Stadt eng verbundenen Umlandregion, zumal gerade vor dieser Konzeptbeschlußfassung zwei Umstände eingetreten sind. Der eine war, daß man ständig von den Zentralraumentwicklungen Oberösterreichs sprach, auch von verschiedenen politischen Seiten und dabei Steyr nicht erwähnte, was eigentlich uns veranlaßt hat, in Erscheinung zu treten, damit es nicht scheint, als ob wir uns damit einfach abfinden können.

Zum Zweiten hat vor dieser Beschlußfassung das Land Oberösterreich den Arch. Dipl.-Ing. Offterdinger, einen Wissenschaftler beauftragt, mit dem Raum untere Enns ein Entwicklungskonzept zu erfassen. In diesem Konzept, das auch in einem Unterausschuß des Landes Oberösterreich im Landtag behandelt wurde, kam als Resümee zum Ausdruck, daß Steyr für den Zentralraum Oberösterreich eine Schlafstadt sein soll. Ein zweites, das uns veranlaßt hat, hier energisch dagegen aufzutreten, einen Raum, der so hohe Tradition in der Eisenverarbeitung, einen hohen Grad an Wertschöpfung – den zweithöchsten im ganzen Land Oberösterreich – besitzt, einfach zu einer Schlafstadt zu degradieren und hier, glaube ich, kann man das Wort degradieren ohne weiteres anwenden. Es war in diesem Konzept, das wir alle gemeinsam beschlossen haben, beinhaltet, daß wir alljährlich einen Bericht vom Bürgermeister zur Kenntnis gebracht bekommen über die Maßnahmen, die bisher ergriffen wurden.

Ich kann Ihnen auch bestätigen, daß Steyr, die Stadt Steyr, die erste Region in Oberösterreich war, die sich überhaupt Gedanken machte wie es mit der Entwicklung des Raumes weiter gehen soll. Es hat sich dann angeschlossen als Folge dieser vom Gemeinderat Steyr erstellten Entwicklungskonzeption ein Konzept Eisenwurzen, das den hinteren Raum des Bezirkes Steyr in erster Linie einbezieht. Eine Folgeerscheinung unseres gemeinsamen Beschlusses war überdies auch, daß sich andere Bezirke, andere Regionen in einer ähnlichen, weniger ausführlichen Form, ebenfalls mit Konzepterstellung befaßt haben. Dieses Konzept hat aber auch noch eine Ursache darin, daß zu der Zeit, als es im Entwurf erfaßt wurde, von den Ennskraftwerken der Schrumpfungprozeß bereits eingeleitet wurde. Es ist ja bekannt, daß die Ennskraftwerke den Baustab längst aufgelöst haben, es ist jetzt ein Verwaltungsbetrieb mit wesentlich verringerter Personenzahl. In diese Zeit hinein fiel die Auflösung des Betriebes Euromarketing mit den Verlust von immerhin 200 Arbeitsplätzen. Das alles zusammen hat uns berechtigt, uns Gedanken zu machen, Äußerungen zu machen, wie wir uns in diesem Bereich die Entwicklung vorstellen in diesem Bereich, wo wir die Verantwortung tragen. Nun kann ich Ihnen aber wohl sagen, daß wir in diesen zwei Jahren, die inzwischen vergangen sind, vieles erreicht haben, - ich werde darauf noch kurz hinweisen - daß aber dennoch nunmehr eine Überarbeitung dieses Konzeptes erforderlich wird, zumal die Bildung, Gründung oder Errichtung eines Motorenwerkes einen völlig neuen Maßstab an unsere Vorstellungen stellt. Steyr wird nämlich dadurch wesentlich verstärkt in das internationale Blickfeld der Fahrzeugproduktion treten, vor allem auch im Bezug auf die Zulieferindustrie. Es wird sich hier durch die Umstrukturierungsmaßnahmen des größten Betriebes in unserem Raum die Produktpalette wesentlich verändern. Es wird sich die Fertigungsstruktur auf Grund dieser Veränderungen ebenfalls einer Veränderung unterziehen und es werden zweifelsohne auch - das können wir heute schon einigermaßen absehen - die Methoden der Produktion, der Arbeitsabläufe überhaupt, ebenfalls einer Änderung in irgend einer Form unterworfen werden.

Die Ausgangslage habe ich Ihnen schon geschildert. Das sogenannte "Offterdinger-Konzept" war hier nicht unbeteiligt daran. Die Gründe, warum wir mit gutem Recht als Steyrer aufmerksam machen auf unsere Möglichkeiten, liegen schon in dem begründet wie ich sagte vom Wirtschaftsaufkommen, in der Tradition der Eisenverarbeitung. Wir besitzen überdies etwas, was andere Räume nicht haben, eine hohe Zahl von gut ausgebildeten Fachkräften. Wir besitzen in unserem Raum qualitativ hohe Ausbildungsstätten, gerade in technischer und kaufmännischer Hinsicht, wir haben auch immer wieder, untermauert von Aussagen ausländischer Besucher, in den Wirtschaftsbetrieben unseres Raumes eine sehr gute Arbeitsmoral zu verzeichnen. Es ist alles das, was eigentlich eine gut florierende Wirtschaft benötigt, vorhanden. Anderswo, das bedrückt uns etwas, wo viele hunderte Millionen Schilling eingesetzt werden, müssen all diese Strukturen erst geschaffen werden, sie müssen dort aufgebaut werden, es müssen die nötigen Ausbildungsstätten errichtet, die Fachkräfte erzogen werden. Wie gesagt, das verursacht viele und hohe Kosten, die man sich in unserem Raum schon weitgehend ersparen könnte, wenn man die Möglichkeiten voll ausnützt, die sich hier ergeben.

Wir waren auch in dieser Zeit nicht untätig. Ich kann darauf verweisen - das gehört zu meinem Bericht dazu - daß die Vorsprachen bei der Bundesregierung, damals unter Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Kreisky, die Vorsprachen bei der Landesregierung und die direkten Gespräche mit den Landeshauptleuten, den Regierungsmitgliedern, den ständigen Kontakt aufrecht hielten, wenn es um unsere Probleme und deren Bewältigung ging. Ich kann auch darauf verweisen, daß wir nicht unerhebliche Beträge an Hilfsmitteln erhalten haben zur Stützung unserer Bemühungen um die Entwicklung der Stadt und der Region. Beispiele dafür zeigen, die Förderung unseres Strebens, dem Mittelpunkt der Entstehungsgeschichte Steyrs, dem Schloß, ein neues Gesicht zu geben, zu restaurieren. Hier hatten wir die Unterstützung des Herrn Landeshauptmannes in vollem Maße gewonnen. Wir haben vom Gemeindeferenten, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl, unsere Zuweisungen an Bedarfsmitteln in wenigen Jahren von 4 auf 18 Mill. Schilling erhöht bekommen und mit diesen Beträgen wesentliche Teile unserer infrastädtischen Struktur auch errichten und verbessern können. Wir haben ständig aus dem Wohnbausektor die Förderungsmittel erhalten, die nach Steyr geflossen sind,

die wir auch verwerten konnten. Wir erhielten auf sozialer Ebene durch den hier ansässigen Landesrat Ing. Reichl immer die nötige Dotierung zum Ausbau unserer Sozialstätten und wir haben auch im Bereiche der Wirtschaft vom zuständigen Referenten Landesrat Trauner sowohl in direkten Zuweisungen als auch über die jeweiligen Wirtschaftsbetriebe Hilfestellungen in weitem Maße bekommen. Sicherlich sind diese Beiträge noch nicht ausreichend, um die Entwicklung, wie wir sie uns vorstellen, auch weiterhin voll garantieren zu können.

Wir haben Erfolge zu verzeichnen in diesem Berichtszeitraum durch die Inangriffnahme der sehr teuren Märzenkellerumfahrung, die bekanntlicherweise gegenwärtig auch eine nicht unbedeutende Verkehrseinschränkung mitbringt, aber notwendig ist, um die Bautätigkeit ungestört vollziehen zu können. Hier werden allein etwa 19 Mill. Schilling verwendet, in dem jeweiligen Baugebietteil.

Das Landeskrankenhaus Steyr wurde als sogenanntes Schwerpunktkrankenhaus weiter ausgebaut, die Seifentruhenumfahrung ist ein Bestandteil der Verkehrsanbindung an dieses Zentrum. Die nötigen Fußgeher- und Parkinteressen wurden auch mit einbezogen. Wir konnten auch in diesem Berichtszeitraum der Fußgehersicherheit in unserer Stadt erhöhtes Augenmerk nicht nur beimessen, sondern auch dieses Augenmerk tatsächlich umsetzen in höhere Sicherheit. Die Ziffern beweisen das.

Im Schulbau erreichten wir die volle Verbundlichung der Handelsakademie, Handelsschule und auch die Einbeziehung der Bundesanstalt für Kindergärtnerinnen in den Neubau, ein Objekt mit 70 Mill. Schilling Baukosten. Wir befinden uns am kommenden Montag, so hoffe ich, im Endstadium einer Besprechung, einer Projektbesprechung zur Errichtung einer neuen Berufsschule, einer Schule für Frauenberufe, wobei vorgesehen ist eine Schule mit 5 Klassen und Maturaabschluss. Auch diese Schule, die sich gegenwärtig noch in städtischer Hoheit befindet, wird vom Bund übernommen werden. Wir erreichen aber auch mit unseren Initiativen und Entscheidungen im Gemeinderat den Anreiz für Betriebsausweitungen in der Wirtschaft unserer Stadt. Ich denke dabei an die bedeutenden Verbesserungen der AEG Telefunken, denken wir an die Gründung und die kurz darauf folgende Ausweitung der Firma Impex. Ich kann dabei anziehen den Neubau einer Brauerei-Niederlassung in bedeutend größerem Maßstab als bisher vorhanden. Die Fa. GFM hat sich auch wesentlich beteiligt an der Strukturverbesserung. Wir haben dem Gastgewerbe manche Mittel zuführen können und auch hier Verbesserungen dadurch ausgelöst. Als letztes Beispiel - ich kann hier nur Beispiele zitieren, es wäre unmöglich, eine vollständige Aufzählung zu geben - die Fa. Töpel, die sich gegenwärtig auch sehr stark im Aufwind befindet.

Auf regionaler Ebene ist es gelungen, ohne die Gebietsgrenzen zu verändern, das wurde im Konzept damals eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß hier die Absicht nicht besteht, in der Zusammenschließung verschiedener Interessen von 7 Gemeinden, einen Reinhaltungsverband Steyr zu gründen, der auf Sicht gesehen bereits ein Programm erstellt hat bis zum Jahre 2000 in fünfjährigen Abständen. Es ist dieser Reinhaltungsverband durch 7 Gemeinden vertreten, schon dotiert vom Wasserwirtschaftsfonds mit 60 Mill. Schilling derzeit. Wir gründeten kürzlich, im Sommer des Jahres 1978, für drei Gemeinden, und zwar - ich nenne Steyr zuerst als hauptbeteiligte Gemeinde - Garsten und St. Ulrich einen Wasserversorgungsverband. Auch hier haben wir die große Hoffnung, vom Wasserwirtschaftsfonds entsprechende Dotierungen zum Ausbau unserer Trinkwasserversorgung zu erhalten.

Eine Großaufgabe steht uns bevor. Auch hier war Steyr federführend, bei der Anlage, Planung und Errichtung und Betreibung einer Kompostieranlage nach modernsten Gesichtspunkten zur Beseitigung des Abfalls. Hier werden sich 4 Bezirke, Steyr-Stadt, Steyr-Land, der gesamte Bezirk Kirchdorf und Teile des Bezirkes Linz-Land beteiligen mit einem Einzugsgebiet von mehr als 100.000 Einwohnern. Die Entscheidungen in dieser Richtung werden uns im Jahre 1979 hinsichtlich der Finanzierung bevorstehen. Innerstädtisch konnten wir im Zeitraum, den ich mit meinem Bericht einbeziehen will, den Brückenbau vorantreiben. Wir werden, die letzte Bauzeit ist bereits vorüber, die Fertigstellung ist absehbar.

Wir haben uns daran gewagt, zwei Theater zu gleicher Zeit umzubauen, zu erneuern,

zu restaurieren und einen Stadtsaal zu errichten. Hier komme ich noch zu einem Punkt, den ich leider hier nicht mit Erfolg berichten kann, zum Hotelbau. Ich erwähne immer wieder, es kann und wird nicht Aufgabe einer öffentlichen Verwaltung sein können, einen Hotelbau zu errichten oder zu betreiben. Es sind gegenwärtig 2 ernsthafte Bewerber mit uns im Gespräch. Ich möchte aber hier ausdrücklich vor der Öffentlichkeit des Gemeinderates und der Presse feststellen, wir werden den Interessenten eine kurze Frist setzen bis zu einer öffentlichen Erklärung, die zum Bau eines Hotels führen muß und wenn diese Frist verstrichen ist, sind alle Zusagen der Stadt Steyr, soweit sie in den Gesprächen bisher getroffen wurden, als hinfällig zu erklären. Es kann nicht Aufgabe der Stadt Steyr sein, stets nur der Anreizgeber für privatwirtschaftliche Interessen dieser Art zu sein, Mittel zu reservieren, aber die Absicht geht über diese selbst nie hinaus. Ich bin eher der Meinung, daß wir dann, wenn es hier zu keinen ernsthaften Erklärungen oder ersichtlichen Bautätigkeiten kommt, dann die von der öffentlichen Verwaltung für diesen Zweck in Aussicht genommenen Mittel eben nicht dem Hotelbau widmen, sondern jenen zubilligen, die im Bereich der Gastronomie ihre Bettenkapazität erweitern und erhöhen, um auf diese Art ein erhöhtes Bettenaufkommen für das 80iger Jahr, überhaupt für den Fremdenverkehr, zur Verfügung zu haben. Das möchte ich ganz deutlich deswegen aussprechen weil ich hoffe, daß die Presse davon Gebrauch macht und die Herren, die es vielleicht noch nicht wissen, sondern erst schriftlich in der nächsten Zeit das zur Kenntnis bekommen werden, vielleicht aus der Presse schon eine Frühwarnung erhalten können. Mit einem Wort, wenn wir alle diese Dinge, die hier nur auszugsweise angegeben werden, zusammenfassen, dürfen wir mit gutem Recht sagen, daß sich Steyr im Aufbruch befindet und ein wesentlicher Punkt in dieser Aufbruchsstimmung ist der Termin 6. Oktober 1978. An diesem Tag, an dem zwischen dem Generaldirektor der Steyr-Daimler-Puch AG, dem Landeshauptmann von Oberösterreich und meiner Person als Bürgermeister der Stadt Steyr ein Vertrag zur Errichtung des Motorenwerkes von einer Gesellschaft zwischen BMW und Steyr-Daimler-Puch in Steyr festgelegt werden konnte.

Das verlangt aber nunmehr neue Überlegungen und Entscheidungen. Wir werden daher mehr denn je und rascher als bisher und intensiver und vehementer als bisher die Forderung erheben müssen, daß endlich in der Frage der Schnellstraße S 37 von Asten nach Steyr eine Entscheidung getroffen und eine Bautätigkeit in Angriff genommen wird. Soweit ich eine Information des Bautenministers besitze, sind die Grundeinlösen und Grundverhandlungen eindeutig geklärt von Steyr bis nach Asang, in der Nähe des Heuberges. Nicht geklärt ist die Trassierung dieser für uns so wichtigen Straße vom Heuberg weg bis zur Autobahneinbindung. Hier wurden früher 21 Varianten besprochen, heute sind es 4 Varianten, die seit einigen Monaten dem Bautenministerium in Wien vorliegen. Eine Information, die ich mir erlaubt habe, im Bautenministerium einzuholen, geht dahin, daß der Bautenminister für diesen Zweck die nötigen Mittelfreigaben vorsieht, aber die Entscheidung, welche der vier jetzt noch bestehenden Varianten in Angriff genommen werden soll, liegt ausschließlich bei der Planungsabteilung des Amtes der OÖ. Landesregierung, weshalb auch der zuständige Referent, Landesrat Winetzhammer, in dieser Richtung in allernächster Zeit von mir angesprochen werden wird. Das Bautenministerium erklärt, die Festlegung der Variante ist keine Bundesaufgabe, die Planung wurde von Oberösterreich übernommen und Oberösterreich hat die Entscheidung zu treffen, welche Richtung, welche Variante, welche Trasse, gebaut werden muß. Die zusätzliche Forderung, die nunmehr durch das bedeutsame Ansiedeln eines Motorenwerkes in der Größenordnung von etwa 1.500 Arbeitsplätzen an uns herankommt, ist das Verlangen des Baues einer Straßenspanne von Sattledt nach Amstetten, vorbeiführend im Norden von Steyr, wobei es sich nicht unbedingt um eine Autobahntrasse handeln muß. Ich könnte mir ohne weiteres vorstellen, daß es dabei mit einer Schnellstraßenführung sein Bewenden haben könnte. Nur die Dringlichkeit dazu, ob Autobahn, ob Schnell- oder Bundesstraßenqualifikation, ist auf jeden Fall hier besonders wichtig. Dazu gehört meines Erachtens und ich glaube, hier sind Sie mit mir einer Meinung, daß die Forderungserhebung nach dem dringenden Bau einer neuen Brücke unterhalb von Münichholz ein Erfordernis der Zeit mehr denn je ist. Ich glaube also, daß wir uns in dieser Richtung in der nächsten Zeit mit unserem Konzept und dessen

Überarbeitung beschäftigen müssen.

Eine Erklärung darf ich hier auch noch in der Öffentlichkeit abgeben, wozu ich mir sicher bin, daß der Gemeinderat zur Gänze mit mir einverstanden ist. Wir lassen uns, ob mit oder ohne Konzept, nicht zu einer Schlafstadt zwingen oder herabwürdigen, wenn man das Wort in diesem Zusammenhang gebrauchen darf, und damit auch nicht zu einer wirtschaftlichen Stagnation. Eine Schlafstadt an sich wäre ja nichts Schlechtes. Wenn damit aber eine wirtschaftliche Stagnation verbunden ist, dann ist es etwas Schlechtes, denn wirtschaftliche Stagnation bedeutet ein Zurückgehen des Beschäftigungsvolumens, ein Zurückgehen der Finanzkraft und damit ein Zurückgehen der Entwicklungsmöglichkeiten.

Wenn es also X-Forderungen im Land Oberösterreich gibt nach mehr Umfahrungsspannen in Bereichen, wo bereits Umfahrungen in Autobahnqualität bestehen, Forderungen nach Schnellbahnen existieren, wenn es hier diese Forderungen gibt, dann erhebt die Stadt Steyr mit Recht Anspruch auf Anerkennung der hier seit Jahrzehnten erbrachten wirtschaftlichen Leistungen und damit mit Recht auch die Forderung auf mehr Berücksichtigungen bei Entwicklungen dieser Stadt und der Region.

Ich möchte nicht versäumen, auch noch zu danken, daß dieses Erbringen von wirtschaftlichen Leistungen, ich sagte schon, das zweitgrößte Aufkommen in ganz Oberösterreich, mit dem Dank an alle Arbeitnehmer und an alle Arbeitgeber verbunden sein muß, die sich zu diesen Leistungen aufgeschwungen haben, damit verbunden auch viele Risiken sind und vor allem aber auch eine gute Arbeitsmoral, sonst ginge es gar nicht.

Ich habe, glaube ich, einige Dinge angezogen, die uns weiter beschäftigen werden. Es wird uns auch zwingen, in der Frage der Eigenheimbildung mehr Gewicht dieser beizumessen. Wir werden dem Bau von Sonderwohneinheiten im Sinne der Gründung des Motorenwerkes verstärkt unsere Aufmerksamkeit geben, der innerstädtische Verkehrsring wird weiter ausgebaut werden müssen, um die letzten Engstellen und Schwachstellen noch beseitigen zu können. Es wird letztlich auch eine erhöhte Risikobereitschaft des Gemeinderates notwendig sein, damit wir die in Angriff genommenen Arbeiten und neuen Planungen in einer raschen Erledigung verwirklichen können. Denn von der Entscheidungskraft des Gemeinderates der Stadt Steyr wird es weitgehend abhängen, inwieweit die Zukunft der Stadt und ihrer Bürger als gesichert erscheint. Es wird daher, glaube ich, ein gemeinsames Handeln aller politischen Gruppen erforderlich werden. Wir haben hier im Dienste und im Interesse aller Steyrer zu handeln, ich glaube, daß hier auch die Interessen der vielen Einpendler nach Steyr mit einbezogen sind, denn hier finden alle, ob Steyrer oder Einpendler, ihre Arbeit, ihr Einkommen und damit auch die Garantie für die Sicherheit, die Sicherstellung ihrer Familien.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seinen Bericht über das Entwicklungskonzept der Stadt Steyr. Ich bitte um Kenntnisnahme dieses Berichtes. Es ergeben sich ja viele Berührungspunkte mit dem Budget und es besteht sicher für jeden von und die Möglichkeit, in den Budgetverhandlungen zu einzelnen Fragen dieses Berichtes Stellung zu nehmen. Ich danke noch einmal Herrn Bürgermeister und ersuche um Übernahme des Vorsitzes.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich übernehme wieder den Vorsitz. Wir kommen zum nächsten Punkt der heutigen Tagesordnung, betreffend Richtlinien für die Förderung von Kleinbetrieben der gewerblichen Wirtschaft, und zwar die vorgesehene Novellierung.
Ich bitte hier Kollegen Schwarz, seinen Bericht vorzutragen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir alle haben ja gemeinsam am 1. 3. 1977 die Richtlinien über die Förderung von Klein- und Gewerbebetrieben der gewerblichen Wirtschaft beschlossen. Diese Richtlinien wurden

seinerzeit auf Initiative der Sozialistischen Fraktion erarbeitet und hier zum Beschluß erhoben. Auf Grund der Erfahrungen in der Praxis und auf Grund einer Eingabe des freien Wirtschaftsverbandes hat sich die Notwendigkeit ergeben, diese Richtlinien einer Überarbeitung zu unterziehen. Diese Überarbeitung ist nun beendet und die Richtlinien sollen in einigen Punkten entsprechend abgeändert werden.
Ich bitte Sie daher, folgendem Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses die Zustimmung zu geben

2) Ge-5738/76

Richtlinien für die Förderung von Kleinbetrieben der gewerblichen Wirtschaft; Novellierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 24. November 1978 werden die Richtlinien für die Förderung von Kleinbetrieben der gewerblichen Wirtschaft im Bereich der Stadt Steyr (Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 1. 3. 1977) wie folgt geändert:

I.

Im Abschnitt II hat die lit. d zu lauten: "d) eine jährliche Umsatzhöhe von höchstens 4 Millionen Schilling aufweisen."

II.

Im Abschnitt IV hat der Abs. 2 zu Punkt A zu lauten: "(2) Die Höhe des Darlehens, für das Zinszuschüsse gewährt werden, darf nicht unter S 20.000,- liegen und im Einzelfall S 200.000,- nicht übersteigen."

III.

Im Abschnitt IV hat der Abs. 1 zu Punkt B zu lauten: "(1) Ein einmaliger Zuschuß in einer Höhe von S 5.000,- bis maximal S 10.000,- kann gewährt werden, wenn die erforderlichen Anschaffungen unter Berücksichtigung der Eigenleistung in der Regel nicht einen Gesamtbetrag von S 30.000,- erreichen. Die Eigenleistung hat je nach wirtschaftlicher Lage des Unternehmens bis zu 50 % der Anschaffungskosten zu betragen, mindestens jedoch 25 %.

IV.

Im Abschnitt VIII hat der Abs. 3 zu lauten: "(3) Für den Zeitraum der Förderung ist auf Verlangen dem Magistrat die Jahresbilanz bzw. die Vermögensaufstellung des Unternehmens vorzulegen.

V.

Die vorstehenden Änderungen treten mit Ablauf des Tages der Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Steyr in Kraft.

Ich bitte, die Diskussion darüber abzuführen und ersuche um positiven Beschluß.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Bericht. Es haben sich dazu gemeldet Stadtrat Wallner und Stadtrat Watzenböck.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Meine sehr verehrten Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Als ich den Amtsbericht, der heute dem gegenständlichen Antrag zugrundeliegt, überflogen habe, dachte ich mir, das darf doch nicht wahr sein. Das ist doch das reinste Plagiat. Da regt doch glatt der Freie Wirtschaftsverband etwas an, was meine Fraktion schon vor genau 1 1/2 Jahren fast wörtlich verlangt hat. Lesen Sie bitte im Protokoll der GR-Sitzung vom 1. 3. 1977, Seite 42 und folgende und im Abänderungsantrag meiner Fraktion Punkt IV, nach. Schon damals haben wir die Erhöhung von 100.000 auf 200.000 verlangt. Den Pkt: IV b 1 haben Sie allerdings schlecht abgeschrieben, wir haben nämlich im Jahre 1977 bereits 40.000 Schilling verlangt. Fast 2 Jahre später, also im Jahre 1979, sind Sie nur bereit, den Gesamtbetrag von S 20.000,- auf S 30.000,- zu erhöhen. Dafür klappt

die Übereinstimmung zwischen unserem Antrag im Vorjahr und Ihrer heutigen "Initiative" im Punkt VII Abs. 1 und zwar durch Entfall der lit. d vorzüglich. Das war eine der unsinnigsten Bestimmungen in den seinerzeitigen Richtlinien. Ich habe dies bekanntlich im Vorjahr ausführlich erläutert.

Eine weitere unsinnige Bestimmung, und zwar die im Abschnitt VIII, Abs. 3, die übrigens mit daran Schuld ist, daß kaum jemand von den Gewerbetreibenden die Förderung im Jahre 1978 in Anspruch genommen hat, haben Sie ebenfalls nach unserem Vorschlag im Vorjahr abgeändert. Dafür kann ich Ihnen nur meine volle Anerkennung zollen. Wären Sie allerdings schon damals unseren Vorstellungen gefolgt, hätten Sie weit mehr für die Gewerbliche Wirtschaft in diesem Zeitraum von 1 1/2 Jahren tun können, als Sie es durch Ihr 1 1/2jähriges "Abliedenlassen" tatsächlich getan haben. Diesen Vorwurf, meine sehr geehrten Damen und Herren, in eine bestimmte Richtung gedacht, müssen Sie sich gefallen lassen und den werden Sie, glaube ich, kaum entkräften können.

Wie dem auch sei, Sie haben es als Freier Wirtschaftsverband in Ihrer Partei eben nicht leicht. Aber das ist nicht mein oder unser Problem, das ist Ihre Sache. Mir persönlich geht es nur um das mit seiner Existenz kämpfende Kleingewerbe. Dafür lohnt es sich zu arbeiten, für diese Betriebe, die echt Arbeitsplätze schaffen und sie auch erhalten, in solchen Zeiten extremer Belastung sowohl in steuerlicher als auch in anderer Hinsicht, extrem unterstützt zu werden. Da müssen Sie mir alle recht geben, so glaube ich jedenfalls, auch die abgeänderte Form der Richtlinien ist noch keine ausreichende Hilfe für unsere kleinen und mittleren Gewerbebetriebe. Es ist traurig, daß die Sozialistische Regierung es im Laufe der Jahre zuwege gebracht hat, unsere Gewerbetreibenden zu Subventionsempfängern, Bittstellern, Beihilfenbegehren, ja fast zu Almosenempfängern der öffentlichen Hand zu degradieren. Lesen Sie den Beitrag eines mir gut bekannten Kaufmannes in Waldneukirchen in den OÖ. Nachrichten vom 2. Dezember. Ich habe einen Auszug davon. Dort steht im Leserforum unter der Überschrift: Noch viele "Greißler" werden sterben", es sei mir daraus ein Satz erlaubt, der glaube ich, sehr bezeichnend ist: "Da helfen auch billige Kredite nicht viel, denn jeder Kaufmann baut sein Geschäft verständlicherweise lieber auf Gewinn auf als auf Krediten. In der verfehlten Wirtschaftspolitik der Sozialistischen Bankrottregierung liegt der wahre Grund dafür, daß wir uns heute überhaupt mit Beihilfen in dieser Sitzung beschäftigen müssen.

Wir werden im Hinblick darauf, daß in den Richtlinien durch den vorliegenden Novellierungsantrageinige unserer Forderungen verwirklicht worden sind, dem Antrag unsere Zustimmung geben, bezeichnen diese Richtlinien aber nach wie vor als nicht praktikabel, als nicht ausreichend in ihrer Verwirklichung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Wallner. Als Nächster hat sich Kollege Watzenböck zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Es mag sein, daß an diesem Entwurf, der heute eingebracht wurde, mehrere politische Gruppen beteiligt waren, bzw. Vorarbeit geleistet haben. Als Gewerbetreibender, Kleingewerbetreibender, muß ich trotzdem meiner Befriedigung Ausdruck geben, daß diese Verbesserungen hier vorgeschlagen werden. Jedem einigermaßen mit der Wirtschaft Vertrauten ist bekannt, daß es kaum mehr einen Gewerbebetrieb gibt, der über Eigenkapital, über ausreichende Betriebsmittel verfügt, auf der anderen Seite ist aber jeder Gewerbebetrieb, besonders der, der Serienerzeugung betreibt, also fabrikmäßige Fertigung, gezwungen, seine Waren stetig zu verbessern, neue Artikel auf den Markt zu bringen, was entsprechende Investitionsprobleme mit sich bringt. Nicht immer können die Kosten genau vorausgesehen werden, denn es gibt Schwierigkeiten sowohl in technischer Hinsicht bei der Entwicklung neuer Produkte, auch zeitliche Verschiebungen, was beides zu erheblichen finanziellen Schwierigkeiten führt. Verfügt der Betrieb nicht über größere Gebäude und Grundstücke, sind die Möglichkeiten einer Kreditbeschaffung bekanntlich sehr begrenzt. Sie beschränken sich zumeist bei Kleinbetrieben auf den teuren Girokredit. Zinsen erdrücken den Betrieb und die Schwierigkeiten der Neuentwicklungen, die auf Grund

dieser Investitionen entstehen, sollen irgendwie überbrückt werden. Hier glaube ich, daß es doch Aufgabe der öffentlichen Hand ist, diese Überbrückungsschwierigkeiten zu mildern.

In diesem Sinne halte ich doch diese Verbesserungen, diesen Antrag überhaupt, für geeignet.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Als nächster Sprecher hat sich Kollege Treml gemeldet, anschließend Kollege Mayrhofer.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr verehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich werde selbstverständlich dieser Verbesserung der Förderung der Klein- und Mittelbetriebe zustimmen. Meine Damen und Herren, was ist denn daran so schlecht, wenn die Mehrheitsfraktion bestimmte Vorschläge von Oppositionsparteien übernimmt? Ich glaube, in diesem Fall können wir das nur begrüßen und auch von Seiten der Österr. Volkspartei könnte hier verstärkt begrüßt werden, daß zumindest heuer und im kommenden Jahr die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe verbessert wird. Aber meine Damen und Herren, so ist es schließlich und endlich auch nicht, daß es in erster Linie Aufgabe einer Stadtgemeinde ist, alle Probleme und Schwierigkeiten, die in unserer Gesellschaftsform auftreten, zu lösen. Das ist einfach nicht möglich. Wir sehen das wahrscheinlich beim nächsten Tagesordnungspunkt, daß es gerade unserer Gemeinde gar nicht so gut geht. Wir verschulden noch weiter und wir bekommen nicht diese Mittel, die notwendig sind, um unsere Aufgaben in erster Linie zu erfüllen. Sicherlich ist es für die kleinen und mittleren Gewerbebetriebe in der heutigen Zeit der ständigen Konzentration und des Kapitals, daß man natürlich auf Grund dieser Konzentration, die in der Wirtschaft vor sich geht, natürlich die Klein- und Mittelbetriebe am meisten zu leiden haben, um in diesem harten Konkurrenzkampf überhaupt bestehen zu können. Daher begrüßt die Kommunistische Partei auch die Forderung vor allem dieser Klein- und Mittelbetriebe unserer Stadt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Nächster Sprecher ist Gemeinderat Mayrhofer.

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es freut mich, daß gerade ich als Vertreter des Freien Wirtschaftsverbandes heute, wenn Sie diese Verbesserung der Richtlinien für die Förderung von Kleinbetrieben beschließen, mitgewirkt habe. Stadtrat Wallner ich kann Dir versichern, sicherlich sind einige Punkte damit ident, jedoch abgeschrieben direkt wurde nicht. Im Grunde genommen geht es darum, daß echt eine Verbesserung für kleine Betriebe geschaffen wird. Nach einer längeren Verhandlung zwischen dem Freien Wirtschaftsverband und dem Magistrat Steyr ist dieses Ergebnis herausgekommen. Es soll hier nicht so scheinen, daß es ein Weihnachtsgeschenk sein soll, es hat sich zeitlich eben so ergeben. Zu dem ist ein Ihnen allen bekanntes Ereignis eingetroffen, das diese Sache gefördert hat. Bekanntlich wurde aber diese Regelung, die sogenannte Linzer Regelung, von den Vertretern der Kammer, aber auch von dem Wirtschaftsreferenten des Landes Oberösterreich, Herrn Landesrat Trauner, als durchaus praktikabel bezeichnet und auch einvernehmlich beschlossen. Wenn wir heute mit dieser Verbesserung über die Linzer Regelung hinausgehen, so bin ich sehr dafür, und dafür habe ich mich sehr eingesetzt, weil ich glaube, daß es richtig ist, daß Kleinbetriebe, vor allem aber auch Kleinbetriebe, die der Nahversorgung dienen, eine verbesserte Förderungsmöglichkeit geboten wird. Notwendig wird es aber trotzdem sein, daß die sonstigen Förderungsmaßnahmen, die über diese Kleingewerbeförderung hinausgehen, hier kommt ja ein relativ kleiner Kreis in Betracht, weiterhin vorgenommen werden. Ich möchte hier einiges aufzeigen und daran erinnern, auf wieviel Ebenen und durch wieviel Maßnahmen die Stadtverwaltung echte Wirtschaftsförderung betreibt. Es beginnt mit der erst kürzlich beschlossenen Förderung eines neuen Motorenwerkes in Steyr in einer Höhe von nicht nur 21 Millionen Schilling, sondern darüber hinaus noch mit verschiedenen anderen Leistungen, die ebenfalls in Millionenhöhen gehen. Es ist dies allerdings ein Aus-

nahmefall, der unter ganz besonderen Voraussetzungen zustande gekommen ist. Aber erst im letzten Gemeinderat, also vor wenigen Tagen, haben wir beschlossen, – der Herr Bürgermeister hat das heute bereits angeführt – daß wir einen Mittelbetrieb, nämlich AEG Telefunken, durch innerbetriebliche Einrichtungen gefördert haben.

Einem weiteren Gewerbebetrieb wurde ein ausgesprochen günstiges und zinsenloses Darlehen gewährt, das ebenfalls einer sehr guten Förderung gleichkommt. Nicht vergessen möchte ich aber, trotz des kleinen Betrages, die Förderungen für Errichtung von Sanitäreinrichtungen in Gasthäusern oder Verbesserung solcher.

Die Stadtgemeinde verkauft aber auch aufgeschlossene Gewerbegründe zu günstigen Bedingungen und zu günstigen Preisen. Die Probleme des Fremdenverkehrs bringen ebenfalls immer wieder Ausgaben mit sich, die von der Stadtgemeinde abgedeckt werden müssen.

Es ist aber auch die Vergabepolitik darauf abgestimmt, vorwiegend und man kann sagen, fast ausschließlich Steyrer Wirtschaftstreibende mit Aufträgen zu versorgen. Kaum jemals hat die Stadt in dieser Beziehung so viel an Arbeiten vergeben, wie in dem abgelaufenen Finanzjahr. Die 5 %-Ortsschutzklausel von anderen Einrichtungen des Bundes, des Landes, nicht angenommen, vom Rechnungshof sogar kritisiert, wird von uns, wenn möglich, immer angewendet. Hier würde, glaube ich, eine starre Vergabeordnung, wie von manchen gewünscht, sicherlich nicht dienlich sein.

Das sind nur einige Beispiele, die ich noch fortsetzen könnte. Zusammengefaßt darf ich sagen, würde es den im Budget festgesetzten Betrag bei weitem übersteigen, auch den erhöhten Betrag, über den viele Herrschaften von den anderen Fraktionen schimpfen. Es ist daher nicht entscheidend, ob im Budget 500.000 Schilling, 1 Million, 2 oder mehr Millionen für Wirtschaftsförderung stehen. Wichtig allein ist, was auf allen Gebieten gemacht wird und daß spontan geholfen wird. Wichtig ist auch, daß sich der Gemeinderat ganz eindeutig dazu bekennt, die heimische Wirtschaft nach Kräften zu fördern. Ich glaube, das ist bisher noch jedes Mal der Fall gewesen. Wir alle zusammen, meine Damen und Herren, also alle 36 Gemeinderäte, sind, glaube ich, sehr wohl in der Lage, durch ihre Zusammensetzung der Stadt ein echtes Bild zu vermitteln, wo Förderungswürdigkeit, wo Unterstützung notwendig ist oder wo noch etwas ausgebaut werden soll. Heute erst hat der Bürgermeister das angezogen, daß es eine Fristsetzung gegeben hat für die Hotelinteressenten. Sollte das sogenannte Schiffmeisterhotel wirklich nicht kommen, so bin ich derselben Meinung und ich danke Herrn Bürgermeister für das, was er heute gesagt hat, daß jene Förderungsmittel, die in dieses Projekt gesteckt hätten werden müssen, jenen privaten Initiatoren zukommen, die neue Betten schaffen.

Bekanntlich war vor einer Woche Landesrat Trauner in Steyr und nicht unerwähnt soll bleiben, daß die gute Zusammenarbeit mit unserem Bürgermeister für einzelne Gewerbebetriebe und für Steyr manche günstige Lösung gefunden wurde. Auch diesmal hat nach der Besichtigung mehrerer Gewerbebetriebe eine sehr positive Aussprache stattgefunden. Als Wirtschaftstreibender aber möchte ich eines noch ganz offen sagen. Daß es nicht der Verantwortung dieses Gemeinderates entsprechen würde, für utopische Vorhaben oder aber um Firmenzusammenbrüche vielleicht um ein, zwei oder mehrere Monate hinauszuschieben, öffentliche Mittel einzusetzen. Ich bin daher überzeugt, daß wir in all diesen Fragen bisher den richtigen Weg gegangen sind und nicht nur wir von der Sozialistischen Fraktion, sondern in der Regel einvernehmlich Lösungen getroffen wurden.

Ich wiederhole daher, daß ich mich trotzdem freue, wenn heute die Verbesserung dieser Richtlinien beschlossen wird. Ich könnte mir auch gar nicht vorstellen, daß jemand dagegen sprechen würde, denn letztlich ist es eine Verbesserung und letztlich ist es auch so, daß es eine wirksame Hilfe für manchen Kleinbetrieb oder vielleicht auch eine Existenzsicherung darstellen wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Mayrhofer. Eine weitere Wortmeldung zu diesem Punkt habe ich nicht mehr vorliegen. Der Referent wünscht noch ein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren!

Es ist in der Diskussion die Einhelligkeit zum Ausdruck gekommen und jede Fraktion hat hier Stellungnahme bezogen. Es soll sich also jeder das "Federl" an den Hut stecken, wo es hingehört. Ich möchte aber doch eines dazusagen und eindeutig feststellen. Es handelt sich hier um eine freiwillige Leistung der Gemeinde. Wirtschaftsförderung ist nämlich Sache des Landes. Was wir hier heute beschließen, beschließen wir als freiwillige Leistung für unsere Gewerbebetriebe und für unsere Wirtschaftstreibenden. Das möchte ich ganz eindeutig feststellen. Wir haben Richtlinien geschaffen, damit – wie Kollege Wallner richtig angeführt hat – der Eindruck des Bittstellens nicht so sehr zum Ausdruck kommt. Eben dadurch, da Richtlinien vorhanden sind und wenn jemand unter bestimmten Voraussetzungen in diese Richtlinien hineinfällt, hat er gewissermaßen Anspruch auf diese Förderung, die wir hier festlegen. Ich glaube, daß das ein richtiger Weg ist. Ich betrachte das nicht so sehr als Bittstellung, sondern ich glaube, wir müssen uns doch dazu bekennen, daß zumindest ein Ansuchen erforderlich ist in diesen Dingen. Es sind ja die Ansuchen zu prüfen, wir müssen die Möglichkeit haben, auch entsprechende Untersuchungen durchzuführen. Auch wir als Politikertreten immer wieder als Gesuchsteller auf. Das trifft uns genau so, ob das bei Dienststellen oder entsprechenden Behörden des Landes oder des Bundes und auch wir haben dort die Interessen, die wir zu vertreten haben, entsprechend vorzutragen. Im Interesse der Bevölkerung, müssen wir das machen. Wir können auch nicht immer auf Richtlinien pochen, sondern sind vielfach auf den guten Willen angewiesen. Auch dafür gibt es Beispiele, daß eben je nachdem, wie die Gesinnung uns gegenüber ist, entweder soviel oder soviel herauschaut. Das möchte ich dazu sagen. Ich glaube aber, daß wir sehr zufrieden sein können, daß wir uns seitens der Gemeinde entschlossen haben, diese Richtlinien entsprechend zu verbessern.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Referenten, Kollegen Schwarz, für das Abschlußwort. Wir stimmen nunmehr ab. Wer mit dem vorgetragenen Antrag einverstanden ist, den bitte ich ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Ich ersehe, daß bereits jetzt die Einstimmigkeit gegeben ist. Die Gegenprobe und die Frage nach Enthaltungen erübrigen sich. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen damit zum Hauptteil unserer heutigen Sitzung, zur Behandlung des Voranschla- ges 1979 und zur Behandlung einer Erinnerung zum Budget gemäß § 50 Abs. 3 des Statu- tes für die Stadt Steyr. Der Finanzreferent wird dazu Stellung nehmen. Ich bitte Koll- gen Fürst zum Pult.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Hochgeschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Das Jahr 1978 geht dem Ende zu. Das Ergebnis unseres kommunalpolitischen Wirkens in diesem Jahr steht bereits fest. Es kommt zum Ausdruck, sichtbar für alle Bürger Steyrs, an den vielen Baustellen, in neuen Wohnungen, am Neubau der Brücken und den vielen renovierten Häusern der Altstadt, in den neuen Schulen, in die unsere Kinder gehen und unsere älteren Bürger reden in den Seniorenklubs über den erweiterten Seniorenpaß. Für diese Vorhaben und viele andere mehr, faßten Sie, meine Damen und Herren des Ge- meinderates, die Beschlüsse bzw. gaben dazu die Mittel frei. Damit aber eine positive, lückenlose Entwicklung in allen Lebensbereichen für unsere Bürger auch im nächsten Jahr gewährleistet ist, bleibt uns eine letzte, wesentliche Aufgabe in diesem Jahr, die Erstel- lung des Haushaltsvoranschla- ges für das kommende Jahr 1979.
Dieser Voranschlag sieht generell gesehen vermehrte Anstrengungen in Richtung 1980 vor. Im Jahre des 1000jährigen Bestehens unserer Stadt soll diese den heutigen Erfordernissen angepaßt, wirtschaftlich gesund, ihren Bürgern Arbeit geben und in einem festlichen Kleid den Steyrern eine gute Heimat sein.
Bevor ich mich mit diesem Voranschlag für das Jahr 1979 im Einzelnen befasse, lassen Sie mich einige grundsätzliche Aussagen zu seiner Charakteristik in seiner Gesamtheit machen. Ein Kriterium des Voranschla- ges des Jahres 1978 wird es sein, für Steyrer Verhältnisse

abnormal angestiegener Kreditbedarf. Gerade dieses Merkmal trifft auf den zu beschließenden Voranschlag 1979, in noch sehr verstärktem Maß zu. Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr zustande, sondern ergibt sich zwangsläufig aus den einstimmig gefaßten Beschlüssen von Vorhaben, die die Schwerpunkte für diese verstärkte Kreditaufnahme bilden. Diese Beschlüsse bzw. die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen reichen weit über das Jahr 1979 hinaus, ja sie sind bereits heute als fix einzuplanende Finanzgrößen für Voranschläge mehrerer künftiger Jahre. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Summen, die zur Arbeitsplatzschaffung, sprich Errichtung des Dieselmotorenwerkes Steyr/BMW, auf längere Sicht Bestandteil von Voranschlägen in den verschiedenen Haushaltsansätzen sein werden.

Die Besserung der städtischen Infrastruktur, das heißt die Versorgung der Bewohner mit ausreichend einwandfreiem Trinkwasser, sowie die Abwasserbeseitigung werden noch lange Zeit wesentliche Teile des aOH ausmachen.

Die ständige Anpassung an die Erfordernisse des Verkehrs, mit deren Notwendigkeit wir dauernd konfrontiert werden, nimmt immer größer werdende Summen in Anspruch, wengleich auch auf dem Sektor Brückenbau nach 1979 für längere Zeit ein wesentlich geringerer Finanzbedarf zu erwarten ist. Es werden gewaltige Anstrengungen unternommen, um dem Steyrer seine Stadt lebens- und liebenswert zu machen, indem man der Stadt ihren historischen Baucharakter erhält und sich so ihrer 1000jährigen Vergangenheit würdig erweist.

Die Erhaltung der kulturell wertvollen Bauten aus mehreren Jahrhunderten ist eine Verpflichtung unsererseits, gegenüber unseren Nachkommen, kostet aber enorm viel Geld. Es sind hier seit längerer Zeit bereits Maßnahmen im Realisierungsstadium, die das Jahr 1980 als Ziel haben, d. h. zum 1000jährigen Geburtstag der Stadt, soll eine große Anstrengung in der Stadtbildpflege sichtbaren Ausdruck finden. Die dementsprechenden Finanzmittel stehen auch im Voranschlag 1979 zu Buche. In Steyr hat die Vergangenheit eine Zukunft, soll nicht nur eine Parole im Schaukasten des Rathauses sein.

Vorhaben und Verpflichtungen in dieser Größenordnung können aber nur durch vermehrte Kreditaufnahme bewältigt werden, einerseits um die Projekte in einer wirtschaftlich vertretbaren Zeit zu realisieren und zweitens, die Lasten über einen angemessenen, längeren Zeitraum aufzuteilen. Die Stadt verfügt eben nicht über die Einnahmen, um innerhalb von 10 Jahren 3 Brückenneubauten finanziell zu verkraften und im gleichen Zeitraum alle infrastrukturellen Maßnahmen zu bewältigen, verstärkte Altstadtsanierung, mit Blickpunkt auf 1980, zu betreiben und kurzfristig Mittel bereit zu stellen, die notwendig sind, um den Verpflichtungen nachzukommen, die die Stadt mit dem Werk Steyr/BMW eingegangen hat.

Das Resümee daraus ergibt: Die Stadt Steyr sieht sich mit der größten finanziellen Herausforderung seit Ende des 2. Weltkrieges konfrontiert. Diese Entwicklung bzw. dieser finanzielle Zustand muß bei Entscheidungen über Vorhaben in der Zukunft immer Berücksichtigung finden, wenn die Voraussetzung jeder freien Entscheidung, die gesunde finanzielle Basis, erhalten bleiben soll.

Die andere Seite dieses Problems ist darin zu sehen, daß noch nie in einem derartigen Maß die Stadt als Auftraggeber und Kunde im Bau- und Nebengewerbe den Firmen den Bestand und den Beschäftigten den Arbeitsplatz sichern half.

Auch ein großer Teil eines vorhandenen kommunalen Nachholbedarfes wird beseitigt. Es wird aber die Pro-Kopf-Verschuldung pro Steyrer Einwohner die Höhe von S 7.000,- erreichen und die Legende von "Steyr, der reichen Stadt" ad absurdum geführt.

Der Voranschlag 1979 widerspiegelt die große finanzielle Anstrengung, mit welcher die Stadt versucht, den normalen kommunalen Notwendigkeiten gerecht zu werden und darüber hinaus noch Maßnahmen zu setzen, wie man am Beispiel Steyr/BMW ersehen kann, die wirtschaftliche Entwicklung und Prosperität in Zukunft zu sichern.

Nach diesen generellen Feststellungen über die finanzielle Lage der Stadt im Zusammenhang mit dem Voranschlag 1979 wende ich mich diesem selbst zu.

Ohne Zitierung von Paragraphen und deren Absätze kann ich sagen, der Voranschlag 1979 ist den Verpflichtungen des Statutes gemäß erstellt worden und dem gemäß angegliedert ist der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, die Fonds der Stadt, denen keine Rechtspersönlichkeit zukommt, der Dienstpostenplan, die Wirtschaftspläne des Städt.

Wirtschaftshofes sowie der Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt und der Reinhaltungsverband.

Als Finanzreferent habe ich mich bemüht, die Wünsche aller Fraktionen im Gemeinderat zu erfahren und diese nach Möglichkeit in dem von Ihnen heute zu beschließenden Zahlenwerk zu berücksichtigen bzw. einzuarbeiten. Alle für die Erstellung des Budget zu beachtenden Termine wurden eingehalten und dieser am 16. 11. 1978 in den Stadtsenat eingebracht. Formalrechtlich sind alle Voraussetzungen zu einer Beschlußfassung durch den Gemeinderat gegeben. Die öffentliche Auflage des Voranschlages erbrachte keine Einwände, jedoch eine Erinnerung. Sehr geehrte Damen und Herren, Sie gestatten mir, diese Erinnerungen dem ihr zugeordneten Budgetabsatz Ihnen vorzutragen.

Soweit meine Aussage über die Bereiche, die der Voranschlag umfaßt und seine rechtliche Begründung.

Sehr verehrte Damen und Herren! Über die Zielsetzung und die finanziellen Möglichkeiten des Voranschlages habe ich bereits gesprochen. Zu wiederholen wäre nur die Aussage der letzten zwei Jahre, daß taugliche Orientierungshilfen für eine, in ihren Ansätzen genauere und haltbarere Budgetierung, nicht zugewachsen sind. Im Hinblick aber auf die schon hingewiesene Ausweitung des Voranschlagsrahmens muß auf die Notwendigkeit einer angemessenen Vorsicht bei der Erstellung hingewiesen werden.

Ich darf, Ihr Einverständnis annehmend, für welches ich danke, mit der Erläuterung der wesentlichsten Fakten des Voranschlages beginnen.

Der ordentliche Haushalt ist ausgeglichen gehalten und sieht Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von S 353.850,900,- vor, im außerordentlichen Haushalt sind Einnahmen von S 101,026.300,- und Ausgaben in der Höhe von S 126,890.000,- präliminiert, damit ein Abgang von S 25,863.700,-. Wenn Einsparungen in dieser Höhe nicht möglich sein sollten, muß auch für diesen Abgang eine Bedeckung auf dem Kreditmarkt gefunden werden. Die Höhe des Gesamtvoranschlages 1979 erreicht damit die Summe von S 480,740.900,-. Durch Ausscheiden der im ordentlichen Haushalt enthaltenen Vergütungen zwischen den Verwaltungszweigen in der Höhe von S 22,303.000,- ergeben sich Reineinnahmen von S 432,574.300 und Reinausgaben von S 458,437.900. In diesen Summen sind noch die im ordentlichen Haushalt vorgesehenen Mittel zur Teildeckung des aoH von S 25,096.300,- enthalten und die Rücklagengebarung, welche per Saldo eine Zuführung in der Höhe von S 153.000,- erfährt. Der Finanzertrag der Gebarung ergibt somit S 401,600.900. Der wirksame Aufwand S 427,311.600,-.

Wenn man einen Vergleich mit dem Vorjahr anstellt, so ist der Finanzertrag 1979 mit S 401,386.800,- um 22,785.800 niedriger. Dies ist bedingt durch die erhöhten Darlehensaufnahmen für die im Nachtragsvoranschlag 1978 enthaltenen zusätzlichen Ausgaben. Gegenüber dem Voranschlag 1978 hingegen ergibt sich eine Erhöhung des Finanzertrages von 48,8 Millionen und eine Steigerung des wirksamen Aufwandes von 61,5 Millionen Schilling. Diese scheinbare Minderung im Finanzertrag ergibt sich, wie im Vorjahr, aus der Präliminierung eines Abganges in der Höhe von S 25,863.700,- für 1979.

Nun zum ordentlichen Haushalt 1979 selbst. Ich darf Ihnen zur besseren Übersicht die Einnahmeentwicklung nach Art und Herkunft im Vergleich mit 1978 aufzeigen.

Die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes stammen mit 263,7 Millionen Schilling aus eigenen Steuern, Abgaben und Abgaben-Ertragsanteilen, gegenüber 1978 mit S 240,106.000. Die Einnahmen aus Leistungen - sie betreffen Fleischbeschauegebühren, Gastschulbeiträge, Kindergartenbeiträge, Altersheimgebühren, die Leistungen des Städt. Wirtschaftshofes und dergleichen mehr - betragen S 64,608.700 gegenüber S 57,738.600 im Jahre 1978. Die Transfer-Einnahmen fast unverändert 1979 mit S 6,415.200,- gegen 6,429.200 1978. Sie betreffen im wesentlichen Zuschüsse, Zuwendungen, Beiträge und Beihilfen und dergleichen.

Die sonstigen Einnahmen steigen von S 13,098.000,- im Jahre 1978 auf S 14,325.500,- und die Rückzahlung investitionsfördernder Darlehen ist 1979 mit 3,45 Millionen gegen 1978 mit 3,9 Millionen Schilling präliminiert, um nur die dem Aufkommen nach größten Ansätze zu nennen.

Eine genauere Durchleuchtung verdienen die eigenen Steuern, Abgaben und Abgabenertragsanteile bzw. deren Entwicklung.

Die Grundsteuer B ist mit 11,5 Mill. Schilling gegen 1978 mit 11,62 Millionen fast unver-

ändert angenommen, während bei der Gewerbesteuer mit 31 Millionen gegen 30 Mill. Schilling 1978 eine Steigerung von 1 Million erwartet wird. 2 Millionen beträgt die Steigerung bei der Lohnsummensteuer gegen 1978, welche 1979 einen Ansatz von 49 Millionen Schilling aufweist. Eine leichte Steigerung wird auch bei der Getränkesteuer um 0,5 Millionen auf 13,5 Millionen Schilling prognostiziert. Die Kanalbenützungsgebühren lassen eine Steigerung um 1,8 Millionen auf 15 Millionen erwarten, wie auch bei der Müllabfuhr eine solche von 720.000 Schilling auf 4,4 Millionen erwartet wird.

Die Abgabenertragsanteile sollen 127,5 Millionen gegenüber 120,71 Millionen Schilling erbringen.

Die Anzeigenabgabe und die Verwaltungsabgabe werden in ihrem Aufkommen unverändert angenommen, die Gebrauchsabgabe läßt eine leichte Steigerung vermuten, so wie bei der Lustbarkeitsabgabe 1979 eine Mindereinnahme in etwa derselben Größenordnung angenommen wird.

Die Vergleichszahlen zu 1978 beziehen sich immer auf die im Nachtragsvoranschlag korrigierten Ansätze. Die Einnahmen-Entwicklung darf im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung der allerletzten Zeit als real bis leicht optimistisch gesehen werden. Ich darf nur auf die Auswirkung der Entlassung der Steyr-Werke, auf das Aufkommen der Lohnsummensteuer hinweisen.

Soweit meine Ausführungen über die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes ihrer Herkunft und Entwicklung nach.

Die Ausgaben des ordentlichen Haushaltes stellen hauptsächlich Pflichtausgaben dar, und zwar S 317,318.900, das sind 89,7 %, die sich einer weiteren Beschlußfassung durch den Gemeinderat entziehen. Den Rest bilden einmalige Ausgaben mit 7,6 Millionen und 28,932.000 Schilling Ausgaben mit besonderem Anordnungsvermerk, das sind 10,30 %, die noch einer weiteren Beschlußfassung unterliegen.

Daß bei der Erstellung der Ausgabenansätze für den laufenden Betrieb im besonderen mit der gebotenen Sparsamkeit zu Werke gegangen wurde, sei erwähnt, stellt aber bei Verwendung von Steuermitteln eine Selbstverständlichkeit dar.

Wie bei den Einnahmen sind die Ausgaben nach Verwaltungszweigen aufgeschlüsselt im Voranschlag selbst dargestellt. Zur Übersicht darf ich Ihnen hier eine Zusammenstellung über den Personal- und Sachaufwand geben.

An der Spitze und mit einem Anteil von 36,23 % am ordentlichen Haushalt und einer Summe von S 128,214.000,- stehen die Personalkosten gegen 121,250.000,- im Voranschlag 1978 mit Nachtrag. Diese Ausweitung von S 6,964.000 Schilling oder 5,75 % beinhaltet die Bezugsregelung ab 1. 1. 1979, die Kosten der Zeitvorrückungen und der Vorsorge für die Bedeckung der Personal-Soll-Standerhöhung. Der Personalstand im Gesamten verringert sich gegenüber 1978 im Ist-Stand um 3 Bedienstete, im Soll erhöht sich die Zahl per 1. 1. 1979 von 721 auf 726 Bedienstete. Die Erhöhung des Sollstandes um 5 Bedienstete ist bedingt durch eine Erhöhung des Sollstandes im Zentralaltersheim, durch Ausweitung der Pflegeabteilung, durch Einstellung eines 2. Heizungsmonteurs bei der Liegenschaft (GWG), eines zusätzlichen B-Bediensteten für die Mag. Abt. II und die Umorganisation des Presereferates. Die Stadt Steyr beschäftigte am 1. 10. 1978 74 Beamte, 566 Vertragsbedienstete, 13 Kollektivvertragsarbeiter, 12 nebenberuflich Tätige und 57 Teilzeitbeschäftigte, das sind zusammen 722 Bedienstete, gegenüber 725 mit 1. 1. 1978. Diese Reduzierung um 3 Bedienstete des Ist-Standes ergibt sich aus dem Umstand, daß nicht alle Fehlstellen durch Karenzurlaub, Krankenstand und Präsenzdienst durch Aushilfen besetzt waren. Daß mit dieser verringerten Anzahl von Bediensteten die anfallenden Aufgaben zufriedenstellend geleistet wurden, stellt dem Personal, wie auch den Personalverantwortlichen, ein gutes Zeugnis aus.

Die Pensionen und Ruhebezüge sind gegen 1978 um S 4,015.000,- höher mit 19,475.000 Schilling präliminiert, was mit einer im Jahre 1979 größeren Anzahl von Pensionierungen zusammenhängt.

Die Aufwandsentschädigung bzw. der Bezug der Funktionäre steigt um S 200.000,- auf 4,8 Millionen Schilling, das sind 1,36 % des ordentlichen Haushaltes gegenüber 4,6 Millionen Schilling und 1,42 % im Jahre 1978.

Wesentliche Posten sind noch:

Verwaltungs- und Betriebsaufwand S 75,175.300,-, Verbrauchsgüter und Betriebsstoffe S 18,941.500,-, Transferzahlungen S 48,146.000,-, Saldo vortrag der laufenden Geba-

zung oder die Zuführung zum aoH S 25,096.300,-, Zuführung an die Rücklagen S 6,030.000, Tilgung von Darlehen für Investitionen S 5,653.000,- und verschiedene Ausgabengruppen S 22,320.000,-.

Mit den vorzitierten Summen für den Personalaufwand ergibt sich die Ausgabensumme des ordentlichen Haushaltes von S 353,850.900,-.

Bevor ich meine Ausführungen über den oH abschließe, darf ich Ihnen ein klares Bild über den Zuschußbedarf in den einzelnen Verwaltungszweigen machen. Die Hauptansätze, wie Personal, Pensionen, Funktionäre und der Verwaltungskostenaufwand wurden bereits besprochen.

Die Zuschüsse für die öffentliche Sicherheit beträgt 4 Millionen Schilling rund, deren größte Teilsumme, der laufende Aufwand der Freiwilligen Feuerwehr mit 1,636.000,- Schilling ist.

Unterricht, Erziehung und Sport erfordern 35,26 Millionen an Zuschüssen. Davon benötigt der Kindergartenbetrieb allein S 8,736.500, dies bei einem Gesamtbedarf von S 14,343.000,-. Dem gegenüber stehen 2,2 Millionen Beiträge der Eltern und der Beitrag in der Höhe von 3 Millionen des Landes Oberösterreich. Die Stadt Steyr leistet also einen um 5,7 Millionen höheren Zuschuß als das Land. So sieht also die vom Land Oberösterreich in der Bevölkerung propagierte 75 %-Tragung der Kindergartenkosten aus. Eine echte Lösung dieses Problems wäre nicht nur im Interesse der Finanzlage der Stadt, sondern auch im tariflichen Interesse der Eltern gelegen.

Die Volks-, Haupt- und Sonderschulen inklusive der Polytechnischen Lehrgänge erfordern S 12,215.966,- Zuschuß, die berufsbildenden Pflichtschulen einen solchen von S 2,328.000 rund, wie die berufsbildenden mittleren Schulen einen Zuschuß von 3,24 Millionen rund. Die Schülerhorte mit 901.000,- und die Volkshochschule mit 774.000,- sind die letzten Posten für Zuschüsse auf dem Schulsektor.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich zu diesem Punkt die Erinnerung zum Budget zur Kenntnis bringe. Sie ist diesem Titel zugeordnet. Die Erinnerung wurde von Ing. Brandstätter zum Voranschlag 1979 eingebracht und ich kann dazu folgendes berichten: Von Ing. Josef Brandstätter wurde eine Erinnerung zum Voranschlag 1979 betreffend die Errichtung einer Turnwiese bei der Plenkelbergschule eingebracht. Die Erinnerung entspricht den gesetzlichen Voraussetzungen des § 50 Abs. 3 des Gemeindestatutes. Der Gemeinderat hat daher bei der Beratung dieses Voranschlages über den Wunsch des Herrn Ing. Brandstätter verhandelt. Hiezu kann berichtet werden, daß das Vorbringen des Herrn Brandstätter identisch ist mit einem Antrag des Bezirksschulrates Steyr-Stadt, in welchem der Ausbau der Turnwiese hinter der Plenkelbergschule für die Benützung im Unterrichtsfach Leichtathletik beantragt wurde. Es handelt sich um die Anlegung einer Sprunggrube mit dazugehöriger Laufbahn und um die Schaffung einer Kugelstoßanlage. Darüber hinaus hat Ing. Brandstätter auch noch die Außenvergitterung der Fenster zum Turnsaal angeregt. Bereits bei den Budgetberatungen wurde das Vorbringen des Bezirksschulrates dahingehend entschieden, daß Bürgermeister Weiss anordnete, daß der Ausbau der Schulwiese für den Turnunterricht der Volksschule Plenkelberg im Jahre 1979 vorzunehmen ist. Die Mittel hierfür sind aus der laufenden Instandhaltung bzw. aus dem Sammelnachweis zu nehmen. Einer Kostenschätzung der MA VI entsprechend, werden die beantragten Ausbaumaßnahmen 200.000 Schilling ausmachen. Es ist anzunehmen, daß der Gemeinderat dieser Vorgangsweise die Zustimmung erteilen wird. Die entsprechenden Beschlüsse werden dann im kommenden Budgetjahr zwecks Vergabe der Arbeiten neuerlich vorgelegt werden. Damit würde auch der Erinnerung des Herrn Ing. Josef Brandstätter entsprechend Rechnung getragen werden.

Im Kapitel Kunst und Kultur erfordert die Volksbücherei 1,226.000,-, die Musikschule 971.500,- und das Theater, durch die zeitweilige, durch den Umbau bedingte Betriebseinstellung, den gegen 1978 verringerten Betrag von S 727.000,-, und letztlich das Heimathaus 678.000 Schilling an Zuschüssen.

Die soziale Wohlfahrt nimmt mit einem Zuschußbedarf von knapp 35 Millionen den 3. Rang in der Größenordnung ein. In dieser Summe steckt als größter Anteil der Zuschußbedarf des Altersheimes mit 12,664.000,-. Nur stellt das Altersheim zu einem immer größer werdenden Teil, ob wir es wollen bzw. planen oder nicht, ein Pflegeheim dar, was zum großen Teil den Zuwachs des Zuschußbedarfes begründet. Ich darf hier, wie im Vorjahr,

auf das Fehlen einer geriatrischen Abteilung und einer Langzeit-Abteilung am hiesigen Landeskrankenhaus verweisen. Es wird dadurch die fast vollständige stationäre Krankenbetreuung alter Menschen auf die Stadt abgewälzt, die darüber hinaus einen Krankenanstaltenbeitrag von 9 Millionen gegenüber 7,5 Millionen im Jahre 1978, als Zuschußbedarf unter dem Kapitel Gesundheit zu leisten hat. In diesem Kapitel sei auch noch auf die Erhöhung des Ansatzes für den Schulgesundheitsdienst hingewiesen sowie auf den von S 640.000,- für den Rettungsdienst.

Die Straßenreinigung benötigt die nicht kleine Summe von rund 6 Millionen, die Park- und Gartenanlagen sowie die Kinderspielplätze 5,3 Millionen und die Beleuchtung rund 5 Mill. an Zuschüssen.

Die Stadtwerke benötigen auf Grund von Sozialtarifen für das Stadtbad und die Kunsteisenbahn Zuschüsse von rund 3,5 Millionen Schilling.

Die letzte Gruppe, die Finanzwirtschaft, zeigt auf, daß die Landesumlage mit 21 Millionen präliminiert ist. Diesem Betrag lagen jedoch noch die Unterlagen des derzeit geltenden Finanzausgleichsgesetzes zur Schätzung zugrunde. Das am 1. 1. 1979 geltende Finanzausgleichsgesetz wird auf dem Gebiet der Landesumlage zwar eine Erleichterung bringen, deren ziffernmäßige Größe sich zum Zeitpunkt der Präliminierung jedoch nicht aussagen ließ. Die Summe der bereits aufgenommenen und noch aufzunehmenden präliminierten Darlehen, ohne Berücksichtigung einer eventuellen Darlehensbedeckung des Abganges im aOH, wird rund 285 Millionen Schilling Ende 1979 ausmachen. Dies unter Zugrundelegung eines Schuldenstandes am 31. 12. 1978 von 224,997.000,- und einer präliminierten Darlehensaufnahme im Jahre 1979 von rund 60 Millionen Schilling. Es ist für das Jahr 1979 eine Tilgung von 5,691.300,- und ein Zinsendienst von 18,847.100,- Schilling vorgesehen. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Steyrer Bevölkerung beträgt zum jetzigen Zeitpunkt S 5.583,- und wird durch die vorgesehenen Kreditaufnahmen, wie schon ausgeführt, die S 7.000-Mark übersteigen.

Über die Notwendigkeit der Kreditaufnahme habe ich bereits eingangs meiner Ausführungen gesprochen und ich will mich in diesem Sinne an dieser Stelle nicht wiederholen, möchte aber angesichts der Bedenken, die über die Verschuldung der Stadt anlässlich der Debatte über den Nachtragsvoranschlag 1978 von Ihnen geäußert wurden, auf dieses Problem eingehen.

Das kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum in Wien hat eine Broschüre über die Ergebnisse der Finanzbedarfserhebung 1976 - 1979 mit dem Titel "Kommunale Investitionen und deren Finanzierung", deren Autoren namhafte Fachleute aus dem Kommunal- und vor allem aus dem Hypothekar-Bankwesen sind, herausgegeben. Zum Punkt "Verschuldung der Gemeinden" ist hier zu entnehmen, daß die Verschuldung unserer Größenordnung kein spezifisches Steyrer Merkmal ist, sondern daß sich die Investitionsausgaben von Gemeinden über 20.000 Einwohner, ohne Wien, seit dem Jahre 1955 bis 1975, verzehnfacht hat und der Schuldendienst um das achtundzwanzigfache explodierte. So ist die Pro-Kopf-Verschuldung in diesen Gemeinden bereits Ende 1975 auf S 9.174,- angewachsen. Der Schuldendienst macht analog bereits 16,7 % an den eigenen Einnahmen und Ertragsanteilen aus. Einer gesunden Entwicklung nach soll aber der jährliche Schuldendienst die Höhe von 10 - 12 % der jährlichen Abgabenerträge nicht überschreiten. Unsere Stadt wird dazu im Vergleich, nach der nächstjährigen Kreditaufnahme, auf einen ungefähren Schuldendienst in der Höhe von 24,5 Millionen Schilling oder auf 10,75 % der eigenen Einnahmen und Ertragsanteile kommen. Dieser Vergleich zeigt, daß die aufzunehmenden Kredite zwar notwendig, aber nicht erfreulich sind, daß aber die Basis einer gesunden finanziellen Entwicklung nicht verlassen wird. Der Schuldenstand an sich, ebenso die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinde ist nicht das Wesentlichste, sondern die hohen Lasten des Schuldendienstes, welche künftig die Aufnahme neuer Darlehen erschweren.

Ich habe anfangs meiner Ausführungen auf die Gründe hingewiesen, die dazu führten, daß im heurigen Jahr und im kommenden Jahr 1979 die Kreditaufnahme für Steyr eine Größenordnung erreicht hat, die das Normalmaß erheblich übersteigt. Es mag Sie beruhigen, daß die Finanzbasis und Entwicklung auch im Jahre 1979 eine gesunde ist, wengleich dadurch eine Obergrenze der Darlehensaufnahme näher gerückt ist und bei allen größeren Entscheidungen nicht außer Betracht gelassen werden darf.

Es ist zu hoffen, daß in dieser Situation Land und Bund über die präliminierten Zuweisungen hinaus vom Bund 3,258.700 und vom Land 6,469.000 unterstützend tätig werden, wenn

der Bürgermeister mit den Verantwortlichen wie bisher um Bedarfszuweisungen vorstellig wird.

Soviel wäre zum ordentlichen Haushalt, wenn man nur die wichtigsten Fakten aufzeigt, zu sagen.

Der außerordentliche Haushalt zeigt auf der Einnahmenseite eine Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt von S 25,096.300,-, Veräußerungen von unbeweglichem Vermögen S 8,000.000,-, Entnahme aus Rücklagen S 5,230.000,-, Aufnahme von Darlehen S 62,700.000,-, also eine Gesamtsumme der Einnahmen von S 101,026.300,-.

Die Ausgaben belaufen sich auf S 126,890.000,-, das ergibt einen Abgang von S 25,863.700. Hier müssen wir auf erhöhte Mehreinnahmen hoffen, ansonsten ist eine weitere Kreditaufnahme nicht zu umgehen.

Nun zu den wesentlichen Vorhaben im außerordentlichen Haushalt bzw. deren finanzielle Ansätze. Für unsere Amtsgebäude ist nur mehr ein Rest für den Umbau Ennskai 27 vorgesehen und zwar S 100.000,- Schilling.

Für Investitionen bei der Feuerwehr ist für die Restzahlung des Rüstwagens vorgesorgt, ebenso eine erste Kaufrate eines neuen Fahrzeuges mit zusammen 1,5 Millionen Schilling. In diesem Zusammenhang soll einmal aufgezeigt werden, daß seit dem Jahre 1970, also in knapp 8 Jahren, 15.402.790,- Schilling insgesamt seitens der Stadt investiert wurden und unsere Feuerwehr eine der modernsten und bestausgerüsteten Österreichs ist. 5 Mill. Schilling sind vorgesehen für Schulbauten, das heißt, für die Sanierung bestehender Schulen und den Neubau eines Kindergartens.

5 Millionen dienen der Restaurierung des Stadttheaters im Volkstheater und 12,5 Millionen der Altstadterhaltung und Ortsbildpflege. Davon sind 5 Millionen für die Revitalisierung des alten Stadttheaters, 1 Million als Beitrag der Stadt an den Bund für die Arbeiten am Schloß Lamberg und der Fassadenrenovierung an städtischen Objekten sind 2 Millionen sowie dem Festsaal im Rathaus S 500.000,- gewidmet.

Der Wohnbauförderung sind 6,5 Millionen Schilling zugedacht. Dem Straßenbau einschließlich der Anteile am Bundes- und Landesstraßenbau sind 39,4 Millionen Schilling gewidmet. Davon fallen 6 Millionen für Verkehrsbauten an, die dem Fußgänger und seiner Sicherheit zugute kommen, wie Fußgängerlösung Ennsknoten, Fußgängerunterführung Marienstraße, Fußgängerüberführung Märzenkeller, Fußgängerüberführung Krankenhaus und Blümelhuberstraße und Hubergutberg, wie der Neu- und Ausbau der Fußgängerwege Ennsleitenhang und Schloßleitenweg.

Im Zusammenhang mit den Verkehrsbauten nimmt natürlich der Brückenbau mit einer Summe von 14 Millionen Schilling eine nicht zu übersehende Position ein.

3,5 Millionen Schilling dienen der Gewerbeförderung, wobei 3 Millionen bereits die erste Rate des Förderungsbetrages von 21 Millionen zur Errichtung des Steyr/BMW-Dieselmotorenwerkes dienen. 500.000 Schilling an Gewerbeförderung bedürfen noch einer Widmung. Obwohl es nicht primär Aufgabe einer Gemeinde ist, privaten oder halbstaatlichen Firmen mit mehr oder weniger großen Gewinnen Zuschüsse zur Errichtung von Werken oder zur Rettung wirtschaftlich schwacher Firmen zu geben, tut die Stadt dies aus der Verantwortung gegenüber ihrer Bevölkerung heraus, um einerseits die Arbeitsplätze, die heute und morgen notwendig sind, um unserer tüchtigen und fleißigen Bevölkerung die Verdienstmöglichkeit zu sichern und der Stadt heute für die Zukunft ihre wirtschaftliche Basis zu sichern.

Ich möchte mich nicht mehr weiter verbreitern, daß die Wirtschaftsförderung im großen Landessache ist, das wurde heute schon mehrmals angezogen und was die Wirtschaftsförderung ist, zu der wir uns entschlossen haben, alle anderen müssen eine Ausnahme bleiben, haben Sie vor dem Budget beschlossen.

20,7 Millionen Schilling sind der Abwasserbeseitigung, sprich dem Kanalbau, zugedacht. Eine Planungspost mit 100.000 Schilling steht für die Müllverrottungsanlage zur Verfügung.

Für die im Frühjahr für die Bevölkerung zum Benützen kommende Erweiterung des Hallenbades und der Sauna, sowie diverser Sanierungsarbeiten in diesem, stehen 4 Mill. zur Verfügung. 6 Mill. beträgt der Ansatz im aOH um allfälligen Grundankäufen gerecht zu werden.

Für die Erschließung des Brunnenfeldes Wolfers muß auch bereits mit einem Erstbetrag von 1 Million Schilling vorgesorgt werden. Das Tabor-Restaurant soll auch 1980 den An-

forderungen der Zeit, vor allem in sanitärer Hinsicht, gerecht werden. Hiezu ein Ansatz von 1 Million Schilling.

Die letzte aber nicht minder bedeutende Post ist mit 10 Millionen Schilling dem Bau des Stadtsaales gewidmet. Damit ist die Aufzählung der großen Vorhaben im aOH beendet.

Dem Voranschlag angeschlossen ist der Dienstpostenplan, der in seinen Einzelheiten bereits bei den Ausgaben zum ordentlichen Haushalt besprochen wurde. Der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung in der Höhe von S 261.000,- ergibt einen Zinsenertrag von rund S 10.000,-, welcher an Stipendiaten zur Verteilung gelangen kann.

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke ist ebenfalls dem Voranschlag angeschlossen und sieht im Erfolgsplan für das Jahr 1979 Aufwendungen in der Höhe von S 62,660.000 Schilling vor. Zur Deckung der Verluste beim Stadtbad und der Kunsteislaufbahn sind an Gemeindegewerkschaften insgesamt 3,5 Millionen veranschlagt und zwar das Stadtbad mit S 2,850.000,- und die Kunsteisbahn mit 610.000,- Schilling. Ein weiterer Verlust trifft den Verkehrsbetrieb mit S 2 Millionen.

Im Finanzplan sind Investitionen in der Höhe von rund 9,2 Millionen vorgesehen. Hievon entfallen auf das Wasserleitungsnetz 1,6 Millionen und auf das Gasrohrnetz 3,6 Millionen Schilling zu dessen Erneuerung. Für den Ankauf von Geräten und zur Instandhaltung und Aufforstung sind ebenfalls Beträge vorgesehen.

Für den Ankauf eines Linienbusses sind ebenfalls 1,4 Millionen vorgesehen.

Die Finanzierung der Investitionen ist buchmäßig mit Eigenleistungen aus Rücklagen und Förderungsmitteln für den Nahverkehr ausgewiesen.

Zum Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung. Im Rahmen des Reinhaltungsverbandes sind Kanalbauten in der Höhe von 15,3 Millionen Schilling vorgesehen. Diese Aufwendungen, die vorschußweise von der Stadt übernommen werden, bedingen endgültige Beiträge der Mitgliedsgemeinden in der Höhe von 1,5 Millionen Schilling.

Als letzten, aber bestimmt nicht den unwichtigsten Wirtschaftsplan, der dem Voranschlag angeschlossen ist, darf ich den Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr anführen. Die Erträge und Aufwendungen sind mit 72,3 Millionen Schilling ausgeglichen. Die jährliche Umsatzsteigerung ist auf die laufende Fertigstellung und Vergabe von Wohnungen zurückzuführen. Der Finanzplan sieht Wohnungsbauten in der Höhe von 80,5 Millionen vor.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Voranschlag 1979 und die diesem angeschlossenen Wirtschaftspläne, die ich jetzt zitiert habe, umfassen einen Finanzrahmen von 614,1 Mill. Schilling. Aufträge im Wert von 312,1 Mill. Schilling ergehen daraus direkt an die Wirtschaft und tragen so erheblich bei, konkurrenzfähigen Firmen den Bestand und deren Beschäftigten die Arbeitsplätze zu sichern.

Der Voranschlag mit seinen angegliederten Wirtschaftsplänen stellt, so glaube ich, den tauglichen Versuch dar, nicht nur verschiedene kommunale Wünsche zu realisieren, sondern den wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten gerecht zu werden.

Ich darf nun am Schluß meiner Ausführungen an Sie, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, den Antrag, der Ihnen zur Beschlußfassung vorliegt, zur Verlesung bringen. Er lautet:

3) Ha-4000/78

Voranschlag 1979 und Behandlung einer Erinnerung zum Budget gemäß
§ 50 Abs. 3 des Statutes für die Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1979 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je	S 353,850.900
der außerordentliche Haushalt bei den Ausgaben mit	S 126,890.000
und bei den Einnahmen mit	S 101,026.300
daher mit einem Abgang von	S 25,863.700

festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die im Sammelnachweis zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städt. Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift ZI. 5209/1948 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 62,660.000 und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 9,200.000, sowie der Voranschlag der Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbeskapital	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

Ich ersuche Sie, Herr Bürgermeister, die Debatte über den Voranschlag 1979 einzuleiten und die Abstimmung darüber durchzuführen.

Ich danke Ihnen für die meinen Ausführungen erwiesene Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Finanzreferenten für seinen Bericht. Ich weiß, daß ein Finanzbericht, zumal er sich über ein ganzes Rechnungsjahr erstreckt, nicht immer gerade voller Enthusiasmus ist, aber das ist gerade erforderlich, weil es sich hier immerhin auch im Einzelnen um sehr wichtige Entscheidungen handelt und deswegen auch eine gewisse Länge beansprucht. Wenn Sie das Einverständnis geben, würde ich vorschlagen, daß wir vorEingehen in die Diskussion, die es zweifellos geben wird, die Sitzung kurz unterbrechen, es ist eine kleine Erfrischung vorbereitet. Es ist daran gedacht, nach Wiederbeginn die 4 Sprecher der Fraktionen zu Wort kommen zu lassen, in der Reihenfolge Schwarz, Fritsch, Fuchs und Tremel. Weitere Wortmeldungen liegen bei mir schon vor, die ich schon eingereicht habe. Ich werde sie im Laufe der Sitzung bekanntgeben. Inzwischen setze ich das Einverständnis voraus. Die Sitzung ist unterbrochen.

Pause von 15.00 bis 15.20 Uhr

GEMEINDERAT DR. BURGER UND GEMEINDERAT DR. SCHNEIDER ERSCHEINEN UM 15.15 Uhr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir setzen die Gemeinderatsitzung wieder fort und nehmen die Beratungen auf. Als erster Sprecher ist Kollege Schwarz als Sprecher der Sozialistischen Fraktion am Wort. Ihm folgt namens der ÖVP Kollege Fritsch, Fuchs für FPÖ und Tremel für KPÖ. Die weitere Reihung der Diskussionsteilnehmer werde ich im Anschluß noch rechtzeitig verlauten. Es waren immer ca. 4 - 5, damit sich jeder entsprechend einrichten kann. Ich bitte Dich, das Wort zu nehmen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf nochmals unseren Fraktionsobmann, Kollegen Kinzelhofer, entschuldigen, er ist an einer hartnäckigen Erkältung erkrankt und muß einige Tage das Bett hüten. Ich darf daher an seiner Stelle die Stellungnahme der Sozialistischen Fraktion zum Budget 1979 vorbringen.

Nach den Ausführungen unseres Finanzreferenten wäre es natürlich verlockend, zu einzelnen Kapiteln unseres Voranschlags Stellung zu nehmen. Aber ich erblicke hier heute meine Aufgabe darin, eine grundsätzliche Überlegung für das Budget 1979 anzustellen. Dies auch deshalb, weil wir bei Berücksichtigung und Bewertung aller Einzelinteressen doch immer das Gesamte im Auge behalten müssen. Nur in diesem Rahmen können Einzelwünsche verwirklicht werden, und gerade für die sozialistische Fraktion, die die Mehrheit dieses Gemeinderates darstellt, ist es notwendig, nie diese Gesamtübersicht aus dem Auge zu verlieren.

Für die kommunale Finanzabwicklung gibt es verschiedene Grundsätze. Einer der wichtigsten ist zweifellos der, daß alle laufenden Ausgaben, also Personalaufwand, Sachleistungen, reine Instandhaltungs- und Ersatzbeschaffungen aus den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes gedeckt werden müssen. Eine zweite, fast ebenso wichtige Forderung ist es, daß der Schuldenstand einer Gemeinde nie größer sein darf, als der Schuldendienst noch immer aus den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes gedeckt werden kann. Wer bereits schulden machen muß, um alte Schulden bezahlen zu können, hat eine überaus bedenkliche Entwicklung eingeleitet, die sofortige Abhilfe verlangen würde.

Es ist unsere Aufgabe, meine Damen und Herren, als verantwortungsbewußte Funktionäre dieser Stadt, die vorher angeführten Grundsätze bei jeder Budgeterstellung zu beachten und im Interesse der gesamten Bevölkerung zu handeln.

Wie sieht es nun mit unserem eigenen Budget aus? Wir können noch immer alle Aufgaben des ordentlichen Haushaltes bei Beobachtung der nötigen Sparsamkeit und Zurückhaltung aus den ordentlichen Einnahmen decken. Ich möchte aber nicht anstehen zu erklären, daß dies nicht der alleinige Verdienst dieses Gemeinderates ist,

sondern vor allem der Finanzkraft und der Steuerleistung unserer Steyrer Bürger und Betriebe zuzuschreiben. Die Lohnsummensteuer, die Gewerbesteuer, die Getränkesteuer, die Grundsteuer, unser Anteil an den gemeinsamen Abgaben sind Gott sei Dank noch immer so hoch, daß wir all diesen Verpflichtungen des ordentlichen Haushaltes nachkommen können. Ich möchte auch nicht verabsäumen, darauf hinzuweisen, daß es ein ständiges Bemühen unseres Bürgermeisters, des Finanzreferenten und des Magistrates ist, wo es nur irgendwie möglich ist, Subventionen, Bedarfszuweisungen und sonstige Zuwendungen zu erhalten, die besonders in letzter Zeit sehr erfolgreich waren. Sie können kaum budgetiert werden, weil man den Erfolg dieser Tätigkeit nicht im vorhinein voraussagen kann. Auch die Geber dieser freiwilligen Zuwendungen wären sicher nicht erfreut darüber, wenn man ihnen durch einen Budgetbeschluß bereits sozusagen vorschreiben würde, was wir von ihnen erwarten. Erst der Rechnungsabschluß gibt uns darüber Aufklärung, daß wir hier wirklich sehr, sehr erfolgreich sind, wenn auch die Budgetwahrheit bei den Einnahmen darunter etwas leidet. Aber ich bin sicher, daß dies kein Grund sein kann, diese Bemühung um Erlangung zusätzlicher Mittel nicht besonders zu betreiben. Ich darf die Erfolge auf diesem Gebiet auch durch einige Zahlen untermauern.

Während wir vor 4 Jahren noch – der Herr Bürgermeister hat in seinem Bericht schon darauf hingewiesen – mit 5 und 6 Mill. Schilling zufrieden sein mußten, haben wir im Jahre 1978 18 Mill. Schilling erhalten. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung bekommen wir seit Jahren jährlich 1 Million. Das sind aber nur einige größere Posten. Was sonst noch an kleineren Zuwendungen oft nur in Höhe von unter S 100.000,- hereinkommt, stellt dann in der Summe doch Beträge dar, die bei weitem den Millionenrahmen sprengen, so vor allem bei der Förderung der sozialen Aufgaben unserer Stadt durch den zuständigen Referenten des Landes Oberösterreich.

Diese im Verhältnis zu vielen anderen Städten günstige Situation des ordentlichen Haushaltes ermöglicht uns auch, den Schuldendienst noch aus diesen Einnahmen zu tätigen, ja im Gegenteil, wir haben aus den Ausführungen des Finanzreferenten gehört, ist es noch immer möglich, Zuwendungen an den außerordentlichen Haushalt zu geben. Der außerordentliche Haushalt wiederum stellt im wesentlichen Ausgaben dar, die nicht durch ein Jahr hindurch sondern über Jahrzehnte hinaus Bedeutung und Bestand haben werden. Als Musterbeispiel muß ich hier den Bau der beiden Brücken in Zwischenbrücken über Enns und Steyr anführen und mit allen Nebenkosten wird er sicherlich weit über 30 Millionen Schilling zu Buche stehen.

Der Brückenbau in Steyr scheint mir ein sehr gutes Beispiel für die erhöhten Anforderungen an die Budgets der letzten und künftigen Jahre zu sein. Die historische Entwicklung unserer Stadt war schon immer geprägt durch die Flüsse Enns und Steyr. Die Einheit und Geschlossenheit unserer Stadt kann nur hergestellt werden durch den Bau von Brücken und Stegen. Die Anforderungen des Verkehrs und der Stadtentwicklung in der letzten Zeit haben es mit sich gebracht, daß gerade auf diesem Gebiet wesentlich höhere Anforderungen als in früheren Jahren auf uns zukommen.

In einem Zeitraum von weniger als 20 Jahren haben wir schon 4 Großbrücken über Enns und Steyr errichten müssen und wie Sie bereits heute gehört haben, steht die 5. Brücke im Gebiet Münichholz ebenfalls bereits zur Diskussion.

Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich, wie sehr unsere Budgets von der Stadtentwicklung beeinflußt werden. Im ao. Budget finden aber nicht nur der Brückenbau, sondern viele andere unbedingt notwendige Vorhaben ihren Niederschlag, so wie durch den Neubau des Mehrzwecksaales Münichholz. Ein jahrzehntelanger Wunsch wurde nunmehr erfüllt. Er wird aber auch über Jahrzehnte hinaus einem Bedürfnis Rechnung tragen, was diesem Stadtteil eben in gesellschaftlicher Beziehung zusteht. Der Umbau des Stadttheaters wird ebenfalls nicht nur uns, sondern auch eine kommende Generation noch erfreuen, ebenso wie der Bau eines Stadtsaales und der Umbau des alten Stadttheaters. Wenn man ehrlich ist, sind es beinahe 200 Jahre her, daß aus einer ehemaligen Klosterkirche dieses alte Stadttheater entstanden ist. Es entspricht heute wirklich nicht mehr den Erfordernissen der Theaterpolizei und der Sicherheit, sodaß es wohl an der Zeit war, hier eine durchgreifende Restaurierung, die praktisch einem vollkommenen Umbau unter Wahrung des alten Bildes gleichkommt, in die Wege zu leiten.

Auch unsere Kanal- und Straßenbauten werden sicherlich noch in Jahrzehnten Bestand haben und von unseren Nachkommen genutzt werden.

Wie unser Bürgermeister schon gesagt hat, ist auch jetzt eine besondere Häufung von Ausgaben notwendig, um im Jahre 1980 einen Nachholbedarf erfüllt zu haben, und um auch vielleicht in diesem Jubiläumsjahr besonders verkehrsbehindernde Baustellen zu vermeiden.

Bei einer so an sich durchaus vertretbaren Finanzpolitik erhebt sich natürlich immer die Frage, ob wir auch im Sinne der Gesamtbevölkerung unsere Ansätze richtig verteilt haben. Sicher wird es Stimmen geben, die einen mehr für jene Bevölkerungsgruppe, die anderen mehr für jenen Stadtteil. Gleichzeitig wird vielleicht die Frage erhoben werden, wozu brauchen wir einen Hallenbadzubau, ich gehe sowieso nicht schwimmen, die anderen werden sagen, ein Theater ist sinnlos, ich gehe dorthin sowieso nicht. Es ist sicherlich nicht leicht, hier bei der Einhaltung der mir vorher geschilderten Grundsätze das richtige Maß der Verteilung zu finden. Alle 36 Gemeinderäte machen sich praktisch das ganze Jahr darüber Gedanken und deponieren sie bei den Beratungen zum Budget. Ich kann von der sozialistischen Gemeinderatsfraktion berichten, daß wir meistens in zwei Tagungen uns bemühen, hier ein gewisses Gleichmaß zu erreichen, wobei uns zugute kommt, daß wir Vertreter aus allen Stadtteilen und Bevölkerungsschichten besitzen und so fast erreichen, daß überall ein möglichst wirklichkeitsgetreues Bild über Notwendigkeiten entstehen kann. Es unterstützt aber auch unsere Beratungen, daß die anderen Fraktionen uns ebenfalls Überlegungen zum Budget zur Verfügung stellen, die wir zweifellos auch in Erwägung ziehen. Oftmals decken sich die Auffassungen, sodaß es wenig Schwierigkeiten gibt, sie noch im Voranschlagsentwurf unterzubringen. Manchmal allerdings gehen unsere Meinungen auseinander. Meistens gar nicht so sehr dem Grunde nach, als der Summenhöhe, die eingesetzt werden soll. Alle, meine Damen und Herren, sind wir für Förderung der heimischen Wirtschaft, alle sind wir bereit, Mittel aus der öffentlichen Hand bereitzustellen und es gibt in der Regel nur einstimmige Beschlüsse über gewerbefördernde Maßnahmen. Nicht klar sind wir uns jedoch über die Voraussicht, ob wir eine halbe Million oder 10 Millionen oder noch mehr dafür vorsehen sollen. Ich glaube aber doch feststellen zu müssen, entscheidend ist, daß wir uns alle zu einer aktiven Wirtschaftsförderung auch unter Einsatz öffentlicher Mittel der Stadt bekennen und es wird vielmehr Aufgabe sein, im Einzelfalle dann konkret uns über eine vertretbare Summe zu einigen, als ohne genau zu wissen, was auf uns zukommt, das Budget mit großen Summen aufzublähen. Das gleiche gilt ja auch sagen wir für Grundstücksankäufe oder Grundstücksverkäufe. Wer kann voraussagen, ob uns ein Grundbesitzer ein größeres Grundstück anbietet von so großer Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Stadt, daß wir auch Ausgaben, wie es erst vor kurzem war, von fast 30 Mill. Schilling, überplanmäßig ohne weiteres auf uns nehmen. Solche Beträge aber von vornherein einzusetzen, ohne überhaupt eine konkrete Ankaufsmöglichkeit zu sehen, wäre unrealistisch. Das gleiche gilt natürlich auch für Verkäufe. Ich bitte daher die anderen Fraktionen, diese Überlegungen zu beachten. Wir wollen das Budget nicht übermäßig aufblähen, sind aber bereit, durch entsprechende Ansätze eindeutig kund zu tun, daß wir, um nochmals auf das Beispiel Wirtschaftsförderung zurückzukommen, jederzeit bereit sind, über konkrete Maßnahmen, auch über unsere Budgetsummen hinaus, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

Ich muß Sie aber auch bitten, Verständnis zu haben, daß wir nicht alle Wünsche berücksichtigen konnten. Auch in unserer Fraktion und auch manchem sozialistischen Gemeinderat sind Wünsche nicht erfüllt worden und Forderungen offen geblieben. Und so wie meine Fraktionskollegen sich hier einer größeren Übersicht fügten und oft zufrieden waren, daß ihnen im konkreten Falle eine neuerliche Behandlung zugesichert wurde, bitte ich auch Sie, Ihre Vorstellungen, die nicht gleich ihren Niederschlag gefunden haben, einzuschränken. Es ist auch oft sehr schwer, allgemeine Vorstellungen dann in die starren Richtlinien eines Budgets einzubauen, es handelt sich dann doch meistens nur um mehr oder minder ungenaue Schätzungen, die die Aussagekraft des Budgets nur verringern würden.

Aber wenn ich ehrlich bin und auch einschätze, welche Wünsche aus der sozialistischen

Fraktion eben im Sinne einer ausgeglichenen Budgetierung keine Berücksichtigung finden, können Sie mir schon glauben, daß auch Ihren Vorstellungen mit den gleichen Einschränkungen Rechnung getragen wurde. Eine Nichtaufnahme heißt nicht, daß wir sie ablehnen. Es bedeutet nur, daß wir eben noch nicht jene Übereinstimmung gefunden haben, die auch bereits eine konkrete Verwirklichung im nächsten Budgetjahr erkennen lassen. Wir sind jederzeit gesprächsbereit, solche Fragen laufend mit Ihnen zu diskutieren und dann, wenn eine grundsätzliche Übereinstimmung besteht, auch die nötigen Budgetansätze dafür vorzusehen. Es stellt dies, meine Damen und Herren, eine echte Einladung dar, in solchen Fragen mit uns ins Gespräch zu kommen, die ich hier als Vertreter der Mehrheitsfraktion an Sie ausspreche. Werten Sie es als ein Angebot zur verstärkten Zusammenarbeit im Sinne jener guten Tradition, die wir seit dem Zweiten Weltkrieg hier in diesem Gemeinderat gepflogen haben.

Meine Damen und Herren, wir sollten aber auch bei der Budgetberatung und bei den Budgetbeschlüssen bedenken, daß im menschlichen Leben auch andere Werte als materielle vorhanden sind und daß wir alle nicht übersehen sollten, daß nicht alles durch das Budget geregelt werden kann. Wenn wir den Stellenwert dieser Lebensbereiche etwas anheben könnten, so täten wir uns sicher leichter bei der Lösung mancher finanzieller Probleme.

In diesem Zusammenhang kann wohl jeder Einzelne von uns seinen Beitrag leisten, aber auch jeder Mitarbeiter des Magistrates seinen Beitrag dafür einbringen.

Im Namen der Sozialistischen Fraktion möchte ich für diese Leistungen, die besonders im Dienstleistungsbereich vorhanden sind, herzlich danken. Ich danke allen Bediensteten und Mitarbeitern des Magistrates für ihren Einsatz im Dienste der Bevölkerung von Steyr, aber ich darf auch die Bitte aussprechen, auch weiterhin, so wie bisher, unseren Mitbürgern zur Verfügung zu stehen.

Meine Ausführungen möchte ich schließen mit dem Wunsch, daß nicht Konfrontation sondern Zusammenarbeit unsere künftige Arbeit für Steyr bestimmen möge. In diesem Sinne gibt die Sozialistische Fraktion des Gemeinderates gerne ihre Zustimmung zum Budget 1979.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Schwarz für seinen Diskussionsbeitrag und die Erklärung. Als nächster ist Kollege Fritsch an der Reihe.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf anschließen an die Ausführungen meines Vorredners Kollegen Schwarz. Er hat die Einladung und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit namens der Sozialistischen Fraktion dokumentiert und bekundet. Ich darf namens meiner Fraktion erklären, daß wir dieser Einladung gerne Folge leisten und daß für uns immer der oberste Grundsatz geherrscht hat, miteinander im Interesse unserer Stadt, sicherlich dort und da getrennt durch ideologische Gegebenheiten, arbeiten zu wollen. Ich gebe nochmals die Zusicherung ab, daß für uns Zusammenarbeit im Interesse aller das oberste Leitprinzip der Gedanken ist.

Wenn ich aber nun an diese Ausführungen von Kollegen Schwarz anschließe, dann darf ich vielleicht gleich einiges an neuen Gedanken bringen, wie diese gewünschte und erklärte Zusammenarbeit vor sich geht. Gerade an einem Tage, wo das Budget für das kommende Rechnungsjahr zu beschließen sein wird, ist es glaube ich angebracht, auch die Erstellung dieses für das Jahr 1979 maßgebliche Budget, aber auch für die kommenden Jahre, einer Durchleuchtung, aber vielleicht auch einer Verbesserung der Erstellungsmodalitäten zu unterziehen. Ich glaube, es wäre notwendig, die Vorgangsweise zur Erstellung eines Budgets etwas zu überdenken. Es genügt aus der Sicht meiner Fraktion sicherlich nicht, obwohl es anerkannt werden wird und wurde, die anderen, nicht der Mehrheit angehörenden Mitglieder des Gemeinderates, zur Deponierung ihrer Vorstellungen einzuladen. Es ist aber die Frage damit sofort in Zusammenhang zu stellen, wann wird diese Einladung ausgesprochen? Wenn Kollege Schwarz sagte, daß sich

die Sozialistische Fraktion, das ist ja allgemein bekannt, in zwei Tagen mit der Budgeterstellung beschäftigt hat, so sind da bereits gewisse Fixierungen zu diesem Zeitpunkt getroffen worden. Es wird sicherlich sehr schwierig sein, ich kann mir das vorstellen, ohne weiteres, nun Wünsche anderer Fraktionen, auch wenn sie realisierbar und denkbar erscheinen, noch einzubauen in ein Korsett, das vorliegt. Es wäre also in meinen Augen sicherlich denkbar, Wünsche der anderen Mitglieder des Gemeinderates, die nicht der SPÖ angehören, zu einem früheren Zeitpunkt einzubringen. Es wäre sicherlich auch denkbar, interfraktionell vorzeitig Gespräche zu führen, um ein Budget tatsächlich zu beraten. Denn Kollege Schwarz hat, als er Bürgermeister Weiss das Wort gab zur Antragstellung bzw. zur Budgetberatung, eigentlich für den heutigen Tag einen falschen Ausdruck geprägt. Heute, meine Damen und Herren, beraten wir nicht mehr das Budget, das Budget steht bis auf den letzten Beistrich. Heute debattieren wir nur mehr darüber, über die Zweckmäßigkeit dort oder da. Aber wir sind uns alle - die Usancen sind uns ja bekannt - sicherlich gewiß, daß heute das uns vorgelegte Budget auf Grund der bisherigen Praktiken und Gegebenheiten nicht mehr änderbar ist. Wenn wir aber diese Beratungen zu wesentlich früherer Zeit beginnen, dann haben sie echten Charakter einer Beratung, auch auf interfraktioneller Basis ausgedacht, dann glaube ich würden sich dort oder da Mißverständnisse, die sich eingeschlichen haben, die angenommen als eine Unwilligkeit ausgelegt werden, rechtzeitig ausgeräumt werden. Dann hätten wir vielleicht dort und da die Möglichkeit, uns noch mehr in dem erklärten gemeinsamen Wollen auf der Basis, unsere Stadt schöner und lebenswerter zu machen. Vielleicht hilft uns zu dieser von mir erwähnten Vorgangsweise noch etwas dazu, die ja in absehbarer Zeit erfolgende Änderung des Stadtstatutes. Auch von diesem Ansatzpunkt her sehe ich eine Möglichkeit, den gemeinsamen Beratungen näher treten zu wollen.

Nun zum Budget selbst, meine Damen und Herren, werden Sprecher meiner Fraktion zu einzelnen Kapiteln noch ausführlich Stellung beziehen.

Ich beziehe mich nur auf einen ganz bestimmten Punkt, das ist der Schuldenstand. Die Pro-Kopf-Verschuldung unserer Stadt ist mit S 7.000,- sicherlich als nahezu bedenklich erscheinend. Wir sind uns aber, wenn wir ehrlich sind, alle bewußt, daß wir im nächsten Rechnungsjahr, da denke ich schon voraus, diesen Schuldenstand werden kaum abbauen können, sondern unter Umständen sogar noch ausweiten werden müssen. Nicht nur auf Grund der unbedingt notwendigen kommunalen Bauten und Einrichtungen, sondern wir sind uns auch alle miteinander bewußt, daß gerade unser Jahr 1980, die 1000-Jahr-Feier unserer Stadt, entsprechende Mittel von uns als dafür Verantwortliche, noch wird erfordern. Nur muß einmal der Plafond des Schuldenmachens erreicht sein. Das sind wir alle miteinander der Stadt und ihren Bürgern schuldig. Die Frage steht natürlich dann im Raum, wo soll man beginnen einzusparen, wo soll man beginnen, Reduktionen herbeizuführen? Es gibt sicherlich dort oder da Möglichkeiten der Einsparung. Ich mache sie jetzt nicht publik, sie werden noch von Mitgliedern meiner Fraktion dargestellt werden. Fassen Sie das bitte als Denkanstöße, fassen Sie das bitte als ernst gewolltes Wollen zu einer geordneten Finanzpolitik auf. Wir können unser Wollen als Gemeinderat ja nur in jenen Ansatzpunkten, die im aoH begründet sind, zum Ausdruck bringen. Die Pflichtausgaben des ordentlichen Haushaltes sind für uns ein Fixum, über die kommen wir nicht hinweg. Hier muß ich auch offen sagen, sind wir froh darüber, daß nicht so wie in anderen vergleichbaren Bereichen die Finanzpolitik so weit gediehen ist, daß der aoH noch aus sich selbst heraus zu decken ist. Es ist sicherlich auch mit eine Ursache für unsere gemeinsamen Überlegungen.

Das heutige Budget, das heißt das Budget des Jahres 1979, heute zu beschließen, beinhaltet eine ganze Menge von Vorstellungen, Vorschlägen aller Fraktionen. Ich binnur befugt, für meine zu sprechen. Bei sehr ernsthafter und langwieriger und nicht nur zwei- sondern mehrmaliger Beratung, ist meine Fraktion zur Auffassung gekommen, daß ca. 60 % der Budgetansätze sich mit unseren Wünschen und Vorstellungen oder Auffassungen decken, sie als begrüßenswert erscheinen. Daß aber bei den restlichen 40 % über die Ansätze, über die Höhe oder aber auch über das Nichtansetzen man geteilter Meinung und Auffassung sein kann.

Bei Hintanstellung verschiedener noch so berechtigter Interessen namens meiner Fraktion ist allerdings die Österreichische Volkspartei zur Auffassung gelangt, daß gerade

im Hinblick auf die 1000-Jahr-Feier unserer Stadt, im Hinblick auf das Jahr 1980, alle unsere Anstrengungen, alle unsere einmütigen und gemeinsamen Anstrengungen hinzielen müssen, um die Stadt Steyr so in der Öffentlichkeit darzustellen, nicht nur in diesem, sondern auch in den folgenden Jahren, wie es ihr gebührt. Gerade das betonte Interesse für unsere Stadt, für unsere Bürger, das betonte Interesse für das Gemeinsame, haben uns veranlaßt, diesem Budget auch mit der Zustimmung zu geben. Wobei sicherlich Sprecher meiner Fraktion – das sei ihnen gestattet – nicht die positiven Aspekte, sondern unter Umständen doch etwas negative oder doch zu realisieren gewesene Aspekte anführen werden. Ich bitte um Verständnis dafür, bin aber überzeugt davon, daß auch die Sprecher der Sozialistischen Fraktion in ihrem Interesse die Aussage treffen werden.

Wenn man dieses Budget von meiner Fraktion positiv beschließt, so ergeben sich daraus natürlich auch Überlegungen, wie man einer weiteren Zusammenarbeit, nicht nur auf der Basis der Budgetvorberatung, sondern auch auf anderen Gebieten mehr das Wort reden könnte. Es wäre heute verfrüht und es wäre sicherlich auch nicht angebracht zum jetzigen Zeitpunkt, dazu schon konkretere Aussagen zu treffen. Wir werden uns gestatten, und das Wort Ihres Fraktionssprechers ermutigt mich, auf dieses gemeinsame Diskutieren, auf dieses laufende Diskutieren, zurückzukommen. Denn damit erfüllen wir, auch wenn ein Wahljahr vor unserer Tür steht, jene Aufgabe, die uns primär zu erfüllen hat, Vertreter der Stadt, und nicht nur ausschließlich der einen oder anderen Partei zu sein. Aus dieser Sicht Vertreter der Stadt Steyr zu sein, gebe ich nochmals die Zustimmung zum Voranschlag 1979.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch Kollegen Fritsch für den Beitrag und die Erklärung. Ich bitte nun Herrn Gemeinderat Fuchs zum Wort.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir beschließen heute das letzte Budget in dieser Legislaturperiode, das Budget eines Wahljahres. Wir haben es aber nicht mit einem Wahlbudget zu tun, mit einem Voranschlag der tausend Gefälligkeiten, der Wahlzuckerln und der kleinen Geschenke. An diesem Budget haben – das muß gerechterweise festgestellt werden – die Versuchungen des Wahljahres 1979 nur wenige Spuren hinterlassen. Daher werden wir, wie schon seit 1973, dem Budget die Zustimmung erteilen.

Noch nie zuvor fiel es uns aber so schwer, eine zustimmende Entscheidung zu einem Budget zu fällen. Eine Ja-Entscheidung fiel bei uns nur deshalb, weil wir erstens nicht den Vorwurf erhalten wollen, daß wir, nachdem wir bisher zugestimmt haben, ausgerechnet das Budget 1979 ablehnen könnten und ich glaube, wir wollen von Haus aus es nicht auf ein Nein darauf ankommen lassen. Zu diesem knappen Ja hat sehr viel beigetragen, daß wir, so wie im Vorjahr, zur Budgeterstellung zwar nicht früh, aber auch nicht zu spät von Herrn Finanzstadtrat eingeladen wurden und somit auch wir Freiheitliche Wünsche für das Budget deponieren konnten und auch teilweise erfüllt erhalten haben.

Allerdings ist zu kritisieren, daß wir den detaillierten Budgetentwurf diesmal sehr, sehr spät erhalten haben. Meinen Unmut darüber habe ich bereits bei der Finanz- und Rechtsausschußsitzung deponiert. Ich glaube auch sagen zu müssen, wie der geschätzte Herr Vorredner, daß es zweckmäßig wäre, künftighin im Rahmen von interfraktionellen Gesprächen die Vorberatungen über dieses Budget rechtzeitig einzuleiten. Ich glaube, dieser Vorteil ist sicherlich von den Minderheitsfraktionen her zu begrüßen.

Das Budget 1979 ist von unserer Sicht betrachtet gekennzeichnet durch 1. den größten Abgang seit dieser Gemeinderat entscheidet, nämlich gemessen an den Ausgaben und Einnahmen des ordentlichen Haushaltes wird diesmal ein Abgang von 25,8 Mill. veranschlagt, das heißt, 24 % des aoH sind nicht gedeckt – und gemessen am Gesamthaushalt sind 5,3 % nicht gedeckt.

Meine Damen und Herren, Defizite sind leicht zu machen, aber mühsam ist das Zurückzahlen der Schulden. Die Versuchung ist deshalb so groß, weil diejenigen, die die Schulden machen und jene, die sie zurückzahlen, nicht die gleichen sind. Mit jedem aufgenommenen

Schilling greifen wir nämlich in die Taschen der nächsten Generation, lassen sie für das zahlen, was wir uns leisten. Die geschichtliche Überlieferung tut noch das ihre dazu: Die Geschichtsschreiber berichten das gewissenhaft, wer diesen oder jenen Palast oder Saal errichtet, verschweigen aber den, der die Schulden dafür zurückgezahlt hat oder zurückzahlen muß. In den Vorjahren wurden nur 16,4 bzw. 18,7 Mill. Abgang präliminiert. Noch nie mußte zur Teilfinanzierung des aoH eine derart hohe Darlehenssumme, nämlich gleich 60 Mill. ins Auge gefaßt werden, sodaß wir voraussichtlich am Ende des Jahres 1978 und das dauert nicht mehr lange, auf eine Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als S 5.500,- anlangen. Das ist im Budget ersichtlich. Am Ende des Jahres 1979 wird diese Verschuldung etwa 7.000,- Schilling sein. Das wurde von Herrn Stadtrat bereits erwähnt. Wir stehen somit an der Wende einer bisher noch erträglichen Finanzsituation, die auch jedesmal - bei Rechnungsabschlüssen ersichtlich - gekennzeichnet war von größeren Mittelzuführungen vom oH an den aoH. Aber auch diese große Finanztransaktion blieb bereits 1978 aus und wird budgetär 1979 noch weiter geschmälert. Geschmälert von 37,3 Mill. im Budget 1978 auf 25,1 Mill. Mittelzuführung im Voranschlag 1979.

Und da es im ao Etat nichts wesentlich Neues zu sehen gibt, außer jenen Dingen, die wir bereits im Laufe dieses Budgetjahres 1978 beschlossen haben, fällt es uns gewiß nicht leicht, ja zum Budget 1979 zu sagen. Mit Ausnahmen der ersten Ratenzahlungen für das Dieselmotorenwerk in der Höhe von 3 Mill. und dem längst fälligen Stadtsaalbau, für den 1979 10 Mill. freigegeben werden, enthält der aoH zweifellos nur Fortsetzungen von bereits beschlossenen Baumaßnahmen, die im wesentlichen von Projekten für den Straßen-, Kanal- und Saalbau getragen werden.

Nun zu einem anderen Teil. Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bereitet derzeit überhaupt große Sorgen. Insbesondere die Industrie hat sehr hart zu ringen. Die Schwierigkeiten im Hüttenbereich der Stahlerzeugung in Oberösterreich halten ja schon längere Zeit an und sind bekannt. Neu und aktuell sind die bereits vorhandenen aber immer größer werdenden Beschäftigungsprobleme bei den Steyr-Werken und in anderen Betrieben der Stadt, weshalb in diesem Bereich viele Arbeitsplätze ersetzt werden müssen. Diese Aufgaben erfordern den Einsatz und die Freigabe beträchtlicher Mittel durch die öffentliche Hand. Darum begrüßen wir, daß es gelungen ist, den Standort des gemeinsamen Dieselmotorenwerkes von Steyr-Daimler-Puch und BMW für Steyr zu sichern. Sehr viel dazu beigetragen haben neben den Standortvorteilen auch die fachlichen Qualitäten der Arbeitnehmer in unserer Stadt im allgemeinen und in den Steyr-Werken im besonderen. Jeder könnte sich ein Mascherl des Erfolges umhängen, da alle drei Parteien, wenn auch auf verschiedenen Wegen, für diese Standortbestimmung, beim Land und Bund intervenierten und Erfolge verzeichneten. Ebenso wichtig wie die Sicherung der Betriebsstruktur in unserer Stadt sind die Erhaltung und der Ausbau einer lebensfähigen mittelständischen Wirtschaft. Gerade die kleineren und mittleren Betriebe haben sich in den letzten Jahren, allerdings nur in geringem Maß, in Steyr als besonders aufnahmefähig für das zusätzliche Angebot an Arbeitskräften erwiesen.

Während die Beschäftigten in der Großindustrie erheblich weniger wurden, nahm die Zahl der in der mittelständischen Wirtschaft Tätigen beträchtlich zu. Besonders für die Jugend sind Handel und Gewerbe unersetzliche Arbeitgeber. Während das Gewerbe in Oberösterreich 17,4 % des Bruttonationalproduktes erzeugt, bildet es 52 % aller Lehrlinge aus. Dies erscheint insbesondere jetzt so bemerkenswert, wo geburtenstarke Jahrgänge ins Erwerbsleben treten und Lehrplätze so wertvoll geworden sind wie kaum zuvor. Doch nun wieder zurück zu den Budgetdetails.

Erfreulich ist die Tatsache, daß das Kulturetats insgesamt von 12 auf 28 Mill. gestiegen ist. Wobei zu bemerken ist, daß in dieser Beziehung verschiedene andere Variationen wahrscheinlich die hier im Gemeinderat vertretenen Parteien vor sich gehabt haben. Ich möchte aber dennoch zumindest für diesen Teil des Budgets sagen, daß es unsere Billigung findet. Insbesondere freut es uns, daß unsere Forderung nach mehr Mittel für die Fassadenaktion erfüllt wurde, nämlich von 1 auf 2 Mill. Ich möchte mich nicht dieses Erfolges rühmen, weil ich glaube, daß dies auch der Wunsch der anderen Fraktionen war, aber immerhin ist diese Verdoppelung zu begrüßen und daß mit Zügigkeit die drei wesentlichsten Neubauten, das alte und neue Stadttheater sowie der Stadtsaal hoffentlich noch vor der 1000-Jahrfeier ihrer Vollendung entgegen gehen. Dafür wurde das Schul- und Sportetat von 21,1 auf 5,2 Mill.

zusammengestutzt, was auf die fast Fertigfinanzierung der HAK schließen läßt. Daß im aoH die Wohnbauförderungsmaßnahmen von 7,2 Mill. im Vorjahr auf 6,5 Mill. im Jahre 1979 zusammenschumpften, das sind mehr als 11 % Kürzung, spricht nicht – erlauben Sie mir das zu sagen – besonders für das Durchsetzungsvermögen des diesbezüglich Verantwortlichen. Unsere Anregung wäre, daß Maßnahmen auch zur Bildung von Eigenheimen unbedingt im nächsten Budgetjahr angestrebt werden müssen. Auch im Landesstraßenbau gibt es mit Ausnahme der Aufschliessung "Industrieegründe" und dem Ausbau der Zufahrt "Christkindl", für die insgesamt S 600.000,- aufgewendet werden sollen, nur Baufortsetzungen. Beim Gemeindestraßenbau, in dem ja der Brückenbau inkludiert ist, werden jedoch die Mittel um fast 6 Mill. auf nun 21,2 Mill. angehoben, was vor allem dem Neubau "Zwischenbrücken", weiters dem Straßenbau Dornach und den 5 Fußgängerüberführungsbauten zugute kommen soll. Hoffentlich bleibt die Planungspost wie im Vorjahr nicht unberührt, nämlich die S 500.000,- für die Überführung der Blümelhuberstraße. Ich hoffe, daß dies nicht nur eine Fiktion bleibt. Von der besprochenen Ennsknoten-Fußgängerunterführung ist ja mittlerweile nicht mehr die Rede, da scheinen auf höherer Ebene, auf Landes- oder Bundesebene, Planungsverderber am Werk zu sein. Vielleicht könnte man diesbezüglich eine nähere Aufklärung über den letzten Stand der Dinge in dieser Beziehung erhalten. Ich glaube schon, daß das notwendig ist, sehr bald zu einer raschen Sicherung der Verkehrslösung zu kommen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Darf ich Sie kurz unterbrechen. Es wurden heute im Stadtsenat S 170.000,- Planungskosten beschlossen für die Neuplanung. Leider muß ich sagen, denn das andere ist nunmehr für die Katze.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Das wollte ich mit diesem Beitrag zum Ausdruck bringen. Ich hoffe, daß diese Planungspost von S 170.000,- einer Verwendung zugeführt wird und recht bald den Bau dieser Unterführung oder einer anderen Lösung zum Ziele haben werden. Im Budget ersichtlich sind erhöhte Beträge für den Parkplatzbau. Ob die Erhöhung zur Schaffung von Parkplätzen beim Schloß Lamberg von 500.000 auf 1 Mill. S für die gesamten Parkplatzwünsche aller Stadtteile ausreicht, das wollen wir anzweifeln. Immerhin sind für den Gemeindestraßen-, Wasserbau und Verkehr die veranschlagten Mittel um fast 6 Mill. auf nun 30,3 Mill. gestiegen und finden somit unsere Billigung. Doch nun zu einem größeren Problem. Für ein umfassendes Verkehrskonzept auf moderner und zukunftsorientierter Grundlage fehlen uns jedoch in diesem Budget sowohl die Planungstitel als auch in ausreichendem Maß die Finanzierungsmittel. Die Antwort in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung: S 50.000,- sind für technische Erhebungen im aoH vorgesehen. Wir haben für diese Mittelfreigabe bei den Vorberatungen plädiert. Ob das für eine umfassende Verkehrskonzeption ausreicht, ist anzuzweifeln. Immerhin wurde unsere Forderung wenigstens teilweise in dieser Hinsicht erfüllt. Und Steyr muß sich mit einem zukunftsorientierten Gesamtverkehrskonzept befassen und nicht nur über Altstadt-Detailverkehrslösungen im Gemeinderat debattieren, wie dies schon einige Male getan worden ist. Für den Kanalbau werden nun voranschlagsmäßig fast 6 Mill. mehr investiert, als im Vorjahr. Neue Vorhaben jedoch in dieser Hinsicht, mit Ausnahme der Kanalisierung Schloß Lamberg und Berggasse, sind nicht zu erwarten. Es handelt sich mehrheitlich um die Fortsetzung von bereits in Angriff genommenen Maßnahmen der Abwasserbeseitigung, die in Steyr weit früher in Angriff genommen hätten werden müssen. Neu im aoH sind die Erschließung eines neuen Brunnenfeldes in Wolfern, wofür 1 Mill. eingeplant sind, sowie der geplante Umbau Taborrestaurant und die schon erwähnte Errichtung eines Stadtsaales. Diese sogenannten, unter der Gruppe Dienstleistung aufscheinenden Projekte, lassen in der Gruppe 8 den Ausgabenrahmen von bisher 24 auf 42,7 Mill. anschnellen und tragen damit wesentlich zur Expansion des aoH von bisher 106 auf nun 127 Mill. Ausgaben bei. Meine Damen und Herren! Neigt sich auch die laufende Gesetzgebungsperiode dieses Gemeinderates ihrem Ende zu, so bleiben noch viele Aufgaben ungelöst, die sich aber schon seit Jahren abgezeichnet haben.

Ich fühle mich veranlaßt, nach meinen bisher mehrheitlich positiven Budgetbetrachtungen nun zum Grundsätzlichen zu kommen. Wir sind weit davon entfernt, im Jubiläumsjahr 1980, trotz mittelfristiger Budgetkonzeption, eine repräsentative Mehrzwecksportstätte zu besitzen. Wir sind weit davon entfernt, ähnlich wie in Villach, Leoben oder Kapfenberg, echte Großveranstaltungen auf sportlicher oder kultureller Ebene im Jahre 1980 durchführen zu können, weil wir dafür, für diese Maßnahmen, die 1974 im mittelfristigen Budgetkonzept zwar eingeplant waren, kein Geld mehr haben. Weil sich andere, wichtige Aufgaben anbahnten und zwar in einem Tempo – in einer kurzen Zeitspanne – wie nie zuvor. Ich verweise auf die laufenden Vorhaben, wie Brückenbauten, Kanalbauten, Straßen- und Schulbauten, Kindergärten und Hallenbadbau, Saunaerweiterung sind in den 70iger Jahren herangestanden, sind unumgänglich notwendig geworden und haben unsere Budgets der Vorjahre derart belastet, daß wir binnen kurzer Zeit, binnen eines Zeitraumes von nur 5 Jahren, von 1.500,- Pro-Kopf-Verschuldung auf nun 6.000,- gelangt sind, also 224 Mill. Schuldenstand angelangt sind. Wir werden am Ende des Jahres 1979 wahrscheinlich, wenn nicht größere Erträge noch von irgendwoher kommen, auf einem Schuldenstand von 300 Mill. anlangen. Daher möchte ich die Frage in den Raum stellen, können wir es uns noch leisten, künftighin jährlich 60 – 80 Mill. an Schulden dazu zu machen? Zweifellos sind Versäumnisse die Ursachen, zweifellos haben die früheren Finanzreferenten unseres Erachtens nach zu viel Wert auf das Sparen in Zeiten der Hochkonjunktur gelegt und dabei wesentliche notwendige Projekte versäumt, sie rechtzeitig zu realisieren. Das Motto lautete: "Steyr hat keine Schulden". Hauptsache, die Stadt Steyr braucht zur Ausfinanzierung der Budgets keine großen Darlehen aufzunehmen. Steyr war eine reiche Stadt. Das war, wie wir nun sehen, nicht richtig. Denn jetzt sollen wir in aller Eile und nur 1 Jahr mehr, nur 1 Budgetjahr haben wir noch Zeit, jetzt sollen wir Wunder vollbringen und in aller Eile Projekte realisieren. Jetzt soll die Stadt schöner werden, jetzt soll restauriert, revitalisiert und die großen Bauvorhaben, wie altes Theater, Stadtsaal, neues Theater, Brückenbau, zentrale Kläranlage, um nur einige Vorhaben zu nennen, jetzt sollen diese Bauvorhaben bald fertig werden und müssen natürlich finanziert werden. Es rächt sich auch die Finanzierungstaktik der letzten Jahre. Es rächt sich das Geben und Träufeln von Hunderttausenden und mit der Zeit Millionen von Schillingen, die als Subventionen Kleinst- und Kleinvereinen und parteipolitisch ausgerichteten Vorfelddorganisationen gegeben wurden. Sicherlich wurde allerhand damit geschaffen, viele kleine Sportplätze ausgebaut, viele kleine Hallen und Gebäude, die nicht immer der Stadt gehören, finanziert. Aber was ist das Fazit: Die Stadt muß die vielen kleinen Hallen und Sportplätze, aber auch teilweise die der Mehrheitspartei gehörenden Institutionen in Form von Subventionen und Darlehen finanzieren und erhalten helfen. Und hat aber letzten Endes nichts besonderes Repräsentatives für das viele Geld, das jährlich hinausträufelte, geschaffen. Erst durch gewissen Druck Anfang dieses Jahres ist es gelungen, eine stadt eigene Stadthalle zu schaffen, die bald fertig sein wird und aus der sicherlich eine positive Ausstrahlung zu verzeichnen sein wird. Steyr, die Stadt der vielen kleinen Hallen, Säle und Sportplätze, die es zu erhalten und zu subventionieren gilt. Steyr, auch die Stadt der Supermärkte, die zur Gefährdung der Nahversorgung und zum Zusperrern von Kleinbetrieben führen. Ob diese Politik richtig war, möchte ich dahinstellen ...

Schade, daß bei der Träufel-Subventionspolitik keine echten großen, sondern nur kleine Erfolge herauszuschauen. Vielleicht können wir mit jenem Geld, das wir zur Vorausfinanzierung für die Schulbauten ausgaben und hoffentlich bald zurückbekommen, doch noch ein Mehrzweckstadion in den 80iger Jahren bauen. Denn die Ansätze im Jahre 1978 von S 200.000,- und heuer von gar nur 100.000,- S für den Rannbahnsportplatz haben höchstens eine Alibi-Funktion. In dieser Beziehung wurde das mittelfristige Budgetkonzept aus dem Jahre 1974 nicht eingehalten. Aus diesen Gründen, weil die Stadt Steyr einer ernststen Verschuldung entgegen gehen würde, haben wir Freiheitliche unsere Budgetwünsche nicht hoch angesetzt.

Unsere Wünsche für das Budget kosten keine Millionen. Ich glaube, es wäre verkehrt und nicht realistisch von uns allen, wenn wir in der Situation Projekte fordern, die Millionen kosten. Denn 1980, also bis zur 1000-Jahr-Feier, ist es nicht mehr weit und da gilt es

vorerst das Ziel zu erreichen, das wir vollkommen unterstützen, die begonnenen Bauten und Aufgaben abzuschließen, die unsere Billigung finden. Steyr, nach außen hin zumindest, schöner denn je zu gestalten. Daher haben wir mit unseren Anliegen, mehr Mittel für die Altstadtsanierung, für Fassadenrestaurierung, auch für Gebäude außerhalb des Stadtplatzes, bereit zu halten, eigentlich nichts Neues gefordert.

Nichts Neues, aber notwendig durch die Brückenfertigstellung ist es, ein umfassendes technisch untersuchtes und wissenschaftlich untermauertes Verkehrskonzept zu bekommen. Wobei Sicherheit Vorrang haben muß. Später soll auch, das ist ein freiheitlicher Wunsch, ein City-Bus angekauft werden, der der Entlastung des Stadtplatzes vom Individualverkehr dienen soll. Auch nicht neu ist unser Wunsch, für mehr Parkraum zu sorgen und unsere Zielvorstellung wäre es, zu untersuchen, ob sich die Märzenkeller- oder Schloßbergstollen, die sich ja größtenteils im Besitze der Stadt befinden, für den Ausbau zu Parkräumen eignen. Gleichzeitig wäre damit auch dem Zivilschutz gedient. Gestatten Sie mir, daß ich auch dieses sage in meiner Eigenschaft als Bezirksobmann-Stellvertreter des Zivilschutzverbandes Steyr-Land. Denn das Fernziel, den Stadtplatz vom Individualverkehr oder vorerst als Parkplatz-Blechstauraum freizuhalten, sollte doch im Auge behalten bleiben. Alle modernen Städte Mitteleuropas streben eine womöglich verkehrsfreie Innenstadt mit Fußgängerzonen an und die gesamte Stadt, vor allem die Wirtschaft, profitiert enorm von derartigen Maßnahmen.

Nun wiederum zu einem anderen Projekt, das heute auch schon angezogen wurde. In unmittelbarer Nähe des Zentrums sollte ein Hotel auf dem Wurz-Areal errichtet werden. Wir sind nicht nur auf Grund des Scheiterns der Verhandlungen mit Hotelbauinteressenten der Meinung, daß sich diese Gründe nicht als Hotelareal eignen, sondern wir glauben, daß dieser Standort nicht günstig ist und sich eher als Naherholungsgebiet eignen würde. Als Treff für Wanderer von Nord und Süd würde sich dieses Gebiet geradezu anbieten, daher gehört es bepflanzt und begrünt und gleichzeitig könnte ein langer schöner Wanderweg von Münichholz bis Garsten angelegt werden. Ins Auge gefaßt könnte dabei die Revitalisierung des Schiffmeisterhauses und Felbingerhauses werden.

Ein Kaffee und ein Eisenmuseum würde dort ein Anziehungspunkt für Jung und Alt, aber auch für Fremde werden können.

Doch nun zum Wohnen in der Stadt. Man kann nicht mehr wie in den 50iger Jahren und 60iger Jahren von einem halbwegs ruhigen Wohnen in Steyr sprechen. Der Verkehrslärm wird immer ärger. Die Nerven der Bewohner werden stärker denn je strapaziert. Daher fordern wir eine umfassende Verkehrslärmerhebung, um zu wissen, wie viele Dezibelstärken auf die Bewohner der einzelnen Stadt eindringen. Wir haben daher heute vor der Sitzung einen Antrag abgegeben, zum Zwecke von Lärmmessungsmaßnahmen. Für diese Lärmerhebungen sollte der Gemeinderat außerordentliche – die nächste Sitzung ist, glaube ich, im März 1979 – Mittel für 1979 bereitstellen. Denn wir müssen künftig zu Lärmschutzmaßnahmen gelangen, auch wenn diese etwas kosten, um der Bevölkerung das Wohnen in Steyr besser und zufriedenstellender gestalten zu können. Mit einem Wort, um zu verbesserter Wohnqualität zu gelangen, müssen in dieser Richtung Maßnahmen, vorerst einmal Erhebungen, getroffen werden. Von Ruhe, z. B. in den Neubauvierteln der Nordstadt, bei dieser gegenwärtigen Baukonzeption, ist keine Rede. Wo bleiben, um eine Frage zu stellen, die schallschützenden Einbauten im Zuge der Straßenbauvorhaben? Und wie schlecht sind doch die Versorgungsstränge in den Neubauwohnungen mit lärmdämmendem Verschalungsschutz ausgerüstet.

Damit das Wohnen in Steyr wohnlicher wird, muß auf dem Sektor Lärm- und Umweltschutz mehr als bisher in Zukunft geschehen. Unter der Gruppe 5, VA-Stelle 52-90 auf Seite 17, ist der neue Ansatz für Maßnahmen des Umweltschutzes auf 0 gesunken. Im Vorjahr waren noch 15.000,- S veranschlagt!

Nun wiederum zu einem anderen Kapitel, das ich bereits in der letzten GR-Sitzung erwähnte. Ca. 1,6 Millionen hätte sich die Stadtgemeinde ersparen können, wenn die SPÖ das Amtsblatt, so wie es war, belassen hätte. Jetzt weist man Ausgaben von S 1.092.000,- aus. Die 1,2 Millionen an Druckkosten und die Nebenkosten von ca. S 400.000,- sind im Budget 1979 scheinbar vergessen worden bzw. nicht ersichtlich., weil zum Zeitpunkt des Druckes dieser Beschluß noch nicht vorhanden war.

Also für das "Weiss-Schwarz-Amtsmagazin" bzw. für die Presse- und Propagandastelle werden 1979 nicht 1,092.000 Schilling im Voranschlag ausgegeben, sondern 2,4 Mill. nötig sein. Bisher haben wir für die Pressestelle mit 662.000,- Ausgaben, die z. B. im Jahre 1978 veranschlagt gewesen sind, das Auslangen gefunden. Diese Mehrausgaben von rund 1,7 Mill. in diesem Betrag sind, das möchte ich gerechterweise nicht unerwähnt lassen, auch die Gehaltskosten für den ausgezeichneten neuen Leiter der Pressestelle inkludiert. Für diese Mehrausgaben hätten wir eine andere Verwendungsmöglichkeit finden können. Z. B. für Lärmschutz oder stärkere Wohnbauförderungsmaßnahmen, als einer Eitelkeit einiger weniger nachzugeben. Gestatten Sie mir, das zu sagen. Für die Schüleraufsicht - offene Schule - sind 120.000 S unter der Voranschlagsstelle 2320 eingeplant. Ein freiheitlicher Antrag bzw. ein einmütiger Gemeinderatsbeschuß wird damit - hoffentlich - erfüllt, ab 1979. Vielleicht ist es auch möglich, endlich einen weiteren Gemeinderatsauftrag zu erfüllen. Nämlich doch noch ein Reglement für die Gewährung von Subventionen zu schaffen. Wir wissen, daß die niemals zur Rückzahlung gelangenden Fiktions-Rückzahlungsraten des Vereines Arbeiterheim für die aufgenommenen Pseudo-Darlehen von insgesamt 1,9 Millionen und die Summe, die die ÖVP am 29. Juni 1972 erhalten hat, deshalb nicht zurückgekommen, weil sie getarnte Geschenke sind und diese Darlehen erst 1982 auslaufen und man daher keine Subventionsordnung braucht. Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Aber man kann ja für die künftig zu beabsichtigende Geschenkepolitik endlich einmal ein ansonsten bei anderen Zweigen überall vorhandenes Regulativ, der Ordnung wegen, schaffen. Hunderttausende Schillinge und damit die Träufel-Subventionspolitik könnte man damit einsparen und diese Gelder beispielsweise dazu benützen, um ein Büro für Bürgerhilfen und Bürgerinitiativen zu errichten. Auch darüber wollen wir zu einem späteren Zeitpunkt unsere Gedanken und Absichten deponieren und mit den anderen Parteien über diesen freiheitlichen Vorschlag sprechen. Somit nehmen wir auch in dieser Beziehung das Angebot des Fraktionssprechers Bürgermeister Schwarz gerne an, nämlich der Einladung zu Gesprächen über künftige Gemeinderatsmaßnahmen zu folgen.

Dieses Budget wollen wir jedoch mit unseren Sonderwünschen nicht weiter belasten. Außer einen Wunsch wollen wir noch hinzufügen, nämlich den, daß sich die Führung dieser Stadt, daß sich der Gemeinderat auch ab dem nächsten Jahr wieder mit der Erstellung eines mittelfristigen Budgetkonzeptes für die 80iger Jahre zuwenden möge. Es war bestimmt kein Nachteil, daß der Gemeinderat 1971 ein derartiges Konzept, als Budgetleitlinie, erstellt hat. Eine derartige Leitlinie ist besonders für die 80iger Jahre notwendig, um verschiedene längerfristige kommunale Projekte besser in den Griff zu bekommen, um auch in Befolgung der Ausführungen des Herrn Bürgermeisters zu seinem Entwicklungskonzept auch eine Leitlinie zu besitzen, denn dieses Entwicklungskonzept findet, das haben wir auch zum Ausdruck gebracht, bei der damaligen Gemeinderatsitzung, unsere Zustimmung.

Ein weiterer Wunsch ist an den Herrn Bürgermeister gerichtet. Wir ersuchen Sie, Herr Bürgermeister, entsprechend den Intentionen Ihrer Antrittsrede als Bürgermeister, die Minderheitsfraktionen zu behandeln. Verwenden Sie bitte nicht Worte, die Sie bereits öfter äußerten, etwa die: "Auf Ihre Meinung bin ich, der Bürgermeister, nicht angewiesen." Natürlich brauchen Sie unsere Stimmen nicht, wenn sie verschiedenes im Gemeinderat durchdrücken wollen, außer bei der letzten Gemeinderatsitzung, weil die ÖVP auszog. Aber verschiedene Härtestandpunkte könnten abgelegt werden und es hängt vorwiegend von Ihnen ab, ob Sie ein sachliches Klima der Zusammenarbeit im Gemeinderat wollen. Das könnte gelingen, wenn Sie, Herr Bürgermeister, z. B. öfters mit den Minderheitsfraktionen über Gemeindevorhaben im Rahmen von Fraktionsobmännerbesprechungen diskutieren. Wir haben es sehr bedauert, daß diese Besprechungen leider beendet worden sind. Die letzten fanden im Zuge der Statutenänderungen statt. Es hängt auch davon ab, daß Sie die Ihnen zu eigene, aber nicht immer vorteilhafte Härte und Alleingänge zu Gunsten von mehr Stadtoberhaupt- oder Bürgermeisterimage ablegen und nicht das Image als SPÖ-Oberhaupt oder SP-Fraktionssprecher vorziehen. Es wäre auch für uns leichter, dann dem Bürgermeister mit Respekt und Achtung gegenüberzutreten, wenn auch von Ihrer Seite den Minderheitsfraktionen gegenüber ein gewisses Maß an Respekt und Toleranz entgegengebracht wird. Diese Vorstellungen sind von unserer Seite nicht unbedingt nur als Kritik, sondern vor allem als Wunsch für die Zukunft anzusehen. Auf

jeden Fall ist es unser Wille, eine konstruktive Zusammenarbeit, die von Toleranz geprägt sein muß, zu erreichen. Auf Grund Ihres Machteinflusses, Herr Bürgermeister, liegt es aber hauptsächlich bei Ihnen, diesen Zusammenarbeitswunsch zum Wohle der Steyrer Bürger auch tatsächlich zu erreichen. Hier sind 63 % an Wählerstimmenanteil, dort 26 %, bei uns mehr als 7 % und ganz links etwas über 3 %. 63 % sind viel, aber nicht das ganze Steyr.

Mehr will ich dazu nicht sagen. Dem Voranschlag 1979 stimmen wir, mit Ausnahme der Teile, die wir kritisch betrachtet haben, zu.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Dieser Beitrag wird auch zur Kenntnis genommen. Als nächster Sprecher Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich werde mich wahrscheinlich, wie Sie wissen, nicht in erster Linie mit persönlichen Angelegenheiten in unserem Haus beschäftigen, sondern bevor ich auf den Haushaltsvoranschlag und auf wichtige Probleme unserer Bevölkerung eingehe, möchte ich einige grundlegende Bemerkungen zur Budget- und Steuerpolitik der Regierung machen, die auch die Grundlage der Gemeindefinanzen bildet. Das von Finanzminister Androsch präsentierte Budget 1979 ist gekennzeichnet von neuen Belastungen für die werktätigen Menschen. An Lohnsteuer will die SP-Regierung im nächsten Jahr insgesamt über 53 Milliarden Schilling einnehmen, das sind um 2,6 Milliarden Schilling mehr. Der Bundeszuschuß im Bereich der Sozialversicherung soll um 2 Milliarden S reduziert werden.

Die Lebensmittelpreise werden sich erhöhen durch den Subventionsabbau bei Grundnahrungsmitteln und dennoch erhöht sich das Budgetdefizit auf rund 50 Milliarden S und die Staatsschulden wachsen weiter an.

Die KPÖ hätte Verständnis dafür, daß der Staat neue Einnahmen brauche, aber die soll die Regierung nicht durch neue Belastungen der Arbeitenden, sondern durch eine soziale Umschichtung der Steuerlasten holen. Es sei meiner Meinung unverantwortlich, immer noch mehr für das Bundesheer auszugeben und dabei den Gemeinden, wie wir sehen, die notwendigen finanziellen Mittel vorzuenthalten. Unter der nun 8-jährigen Regierungszeit Kreisky wurden die Militärausgaben von 4 Milliarden Schilling auf nun 13 Milliarden S im Jahr 1979 erhöht und damit mehr als verdreifacht.

Die Kommunisten lehnen die geplanten allgemeinen Belastungen durch Steuer-, Preis- und Tarifierhöhungen ab, weil sie unsozial sind, die Massenkaufkraft und damit das Wirtschaftswachstum bremsen und daher keinen Ausweg aus den zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten im Staatshaushalt darstellen. Neue Einnahmequellen des Staates könnten erschlossen werden durch den Abbau der ungerechten Steuerprivilegien des Großkapitals, durch Anhebung des Spitzensteuersatzes und der Besteuerung großer Vermögen sowie auch durch die rigorose Eintreibung der weit über 10 Milliarden Steuerschulden von den Großunternehmern und Kapitalisten in unserem Staat. Dazu gehört natürlich auch der radikale Abbau der Privilegien und die steuerlichen Sonderbegünstigungen für die Politiker. Die KPÖ geht seit vielen Jahren von dem Standpunkt aus, daß auch kommunale Fragen und Probleme Klassenfragen sind. Der Gemeinde als unterstes Organ - trotz SP-Mehrheit - wird nur ein bescheidenes sogenanntes freies Entscheidungsrecht eingeräumt. Die Gemeinden werden von Bund und Ländern weitgehend zu Vollzugsorganen ihrer Politik degradiert und mit erpresserischem Druck werden die Gemeinden gezwungen, von der werktätigen Bevölkerung höchste Steuern, Abgaben und Gebühren zu verlangen. Wer dies nicht voll ausschöpft, das wissen Sie, läuft Gefahr, die ohnehin recht kärglichen Subventionen des Landes zu verlieren bzw. bekommt keine Zuschüsse für den Ausbau von kommunalen Einrichtungen, wie Wasser, Kanal- und Müllabfuhr. Wenn man berücksichtigt, daß die gemeindeeigenen Haupteinnahmequellen, die Gewerbe- und Lohnsummensteuer, überaus labil und weitgehend vom Willen der Gemeindevertretung unabhängig sind, besteht die vielbesungene Gemeindeautonomie und die Finanzhoheit der Gemeinden eigentlich nur darin, einen sogenannten autonomen Prozentsatz bei der Getränkesteuer und der Lustbarkeitsabgabe sowie die Höhe der Hundesteuer vorzuschreiben. Alle anderen Einnahmen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, hängen vom gemeindefeindlichen Finanzausgleichsgesetz, das die Großparteien bisher in voller Eintracht beschlossen haben, sowie von dem jeweiligen Geschick und von den Bettelaktionen almosenheischender Bürgermeister bei den

zuständigen Stellen der Länder und des Bundes ab. Damit möchte ich auf keinen Fall die Bemühungen der einzelnen Funktionäre, auch die unseres Bürgermeisters, mindern. Seit Jahren zeige ich als Vertreter der KPÖ auf, daß einerseits auf die Gemeinden immer mehr und unerläßliche Aufgaben fallen, andererseits aber weder der Bund, noch die Länder bereit sind, die zur Erfüllung dieser Aufgaben nötigen Finanzmittel bereitzustellen. Dabei sind die Gemeinden jene Körperschaften im Staat, die 60 Prozent aller öffentlichen Investitionen tätigen und somit einen wichtigen Beitrag zur Arbeitsbeschaffung leisten. Und nahezu alle Gemeinden haben die Grenze der Verschuldung erreicht, dies mußte auch Stadtrat Kollege Fürst in der letzten GR-Sitzung bestätigen, als er in der Beantwortung meines Diskussionsbeitrages – und er hat das auch dies auch heute in seiner Budgetrede getan – mitteilte, daß bei Städten mit über 20.000 Einwohnern die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung bereits 9.000 S beträgt. Viele Gemeinden haben sich Hoffnungen gemacht, daß der neue Finanzausgleich sie aus dieser tristen finanziellen Lage herausführen werde. Und wie Ihnen bekannt ist, gab es ja auch viele Resolutionen – man hat auch bei uns sehr viel gesprochen – in denen auf die Notwendigkeit eines neuen Finanzausgleiches hingewiesen wurde, der für die verschuldeten Gemeinden eine spürbare Verbesserung bringen müßte. Vor allem einen höheren Anteil an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und der ersatzlosen Streichung der Landesumlage. Morgen, meine Damen und Herren, wird das neue Finanzausgleichsgesetz im Parlament behandelt und sicher auch mit Mehrheit von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen. Daher ist es auch heute klar, daß der neue Finanzausgleich auch unserer Stadt nahezu nichts bringt. Aber dessen ungeachtet werden die Steyrer Abgeordneten Kammerhofer von der ÖVP und der SPÖ-Abgeordnete Prof. Radinger brav die Hand erheben und diesem FAG zustimmen. Als Kommunist kann ich nur sagen, der neue Finanzausgleich ist vollkommen unbefriedigend. So bedeutet die Senkung der Landesumlage um 2 % für die Gemeinden, gesamtösterreichisch gesehen, nur eine Entlastung von rund 500 Millionen S pro Jahr. Bei der gestrigen Landtagssitzung-Budgetdebatte hat der Gemeindefereferent, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl, besonders auch die Belastung der Gemeinden herausgestrichen, die dadurch zustandekommt, daß die Abgaben an die Körperschaften sehr hoch sind und besonders auch die Frage der Landesumlage herausgestrichen, die eine große Belastung für die Gemeinden darstellt. Allerdings hat der Klubobmann Koll. Freischlag vor ihm besonders herausgestrichen, daß es ein Erfolg der SPÖ sei, daß die Landesumlage um 2 % gesenkt wurde. Sie können sich selbst ausrechnen diese 2 %ige Senkung der Landesumlage, das ist ein Ersparnis für die gesamten Gemeinden von Oberösterreich von sage und schreibe 74 Mill.

Die Stadt Steyr zahlte laut Voranschlag 1978 17 Mill. S an Landesumlage und für das Rechnungsjahr 1979 sind bereits 21 Mill. S, um 4 Mill. S mehr, an das Land zu entrichten. Durch die Mini-Steuerreform des Bundes wird der Einnahmefall für die Gemeinden allein im Jahr 1979 1,1 Milliarden S betragen und die Gemeinden sind die Draufzahler. Wäre die KPÖ im Parlament vertreten, so würde sie gegen diesen gemeindefeindlichen Finanzausgleich stimmen und von der Regierung im Interesse der notleidenden, verschuldeten Gemeinden, die Forderung erheben nach einem höheren Anteil an den gemeinsamen Bundesabgaben, die ersatzlose Beseitigung der Landesumlage, und die Aufstockung und Dynamisierung der Zweckzuschüsse sowie für verbilligte Bankkredite.

Meine Damen und Herren!

Im Voranschlag unserer Stadt ist ein Rahmen von insgesamt 480,7 Mill. S vorgesehen, davon 126 Mill. S für den außerordentlichen Haushalt. Der ordentliche Haushalt ist, wie wir schon gehört haben, nach Zuführung eines Einnahmenüberschusses in der Höhe von 25 Mill. S an den außerordentlichen Haushalt in der Höhe von 353,8 Mill. S ausgeglichen und weist auch eine bestimmte Ausweitung auf, und zwar gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1978 um nur rund 13 Mill. S gegenüber dem Voranschlag 1978 um rund 31 Mill. S. Im Hinblick, daß das Jahr 1979 ein Wahljahr ist, wird bei der Gebühren- und Tarifpolitik Zurückhaltung geübt, da ja, wie Sie wissen, bereits 1977 und auch 1978 die Erhöhungen bei den wichtigsten kommunalen Einrichtungen, wie Verkehr, Kanal, Wasser- und Müllabfuhrtarifen u. a. im Ausmaß zwischen 30 und 200 % erfolgten. Obwohl vom ordentlichen Haushalt voraussichtlich rund 25 Mill. S zur Teilabdeckung dem außerordentlichen Haushalt zugeführt werden, müssen bereits 60 Mill. S zur vollen Deckung auf dem teuren privaten Kreditmarkt aufgenommen werden. Und damit erhöht sich die Verschuldung unserer Stadt auf 277 Mill. S, was einer Pro-Kopf-Verschuldung, vom Neugeborenen bis zum Opa, von rund

7.000 S entspricht. Als Vergleich möchte ich anführen, daß z. B. im Jahre 1964 Steyr keine Schulden hatte. Der erste Ausweis war bei der Budgeterstellung 1965, wo Steyr eine Pro-Kopf-Verschuldung aufzuweisen hatte von ganze S 10,-.

Bei der letzten GR-Sitzung haben wir ja bereits die Aufnahme eines Darlehens von 30 Mill. S zur Teilfinanzierung des außerordentlichen Haushaltes für das Rechnungsjahr 1979 beschlossen, wobei ich schon auf die enorme Zinsenlast, in 20 Jahren 100 %, verwies und daß sich die Banken dabei gigantisch bereichern und die Stadtfinanzen schwer belasten. Der Schuldendienst für aufgenommene Darlehen betrug laut Voranschlag 1978 rund 16 Mill. S und steigt im kommenden Jahr auf fast 25 Mill. S an. Aber trotzdem scheint mir die Vorsicht auch in diesem Budget stellenweise zu weit gegangen. So etwa sind die Bundesertragsanteile in diesem Voranschlag mit 127,5 Mill. S angegeben, obwohl bereits laut Nachtragsvoranschlag 1978 118 Mill. S ausgewiesen sind. Die Gewerbesteuer wurde mit 31 Mill., also nur um 1 Mill. S höher eingesetzt. 1972, das ist auch ganz interessant für uns, erbrachte die Gewerbesteuer damals schon 32 Mill. S. Auch die Lohnsummensteuer erbrachte 1978 bereits 47 Mill. S und ist daher mit 49 Mill. S meiner Meinung nach zu niedrig angesetzt, außer die sozialistischen Gemeinderäte rechnen im kommenden Jahr mit einer größeren Arbeitslosigkeit bzw. Lohnkürzungen in den Steyrer Betrieben. Bei den Abbaumaßnahmen der Steyr-Werksdirektion, wobei bisher 200 Arbeiter mit Zustimmung der SP-Betriebsräte hinausgeschmissen wurden, handelt es sich um ausgesprochene, das möchte ich unterstreichen, kapitalistische Rationalisierungsmaßnahmen, darunter politische Maßregelungen kommunistischer Betriebsratskandidaten, Funktionäre, Spitzenfacharbeiter und Familienväter. Und wenn unser Herr Bürgermeister in seinem Bericht zum Entwicklungskonzept besonders herausgestrichen hat, daß wir dieses Entwicklungskonzept gemeinsam beschlossen haben vor 21 Monaten, daß Steyr nicht zur Schlafstadt werden soll, sondern daß wir uns bemühen müssen, durch Betriebsansiedlungen und darüberhinaus natürlich auch – das steht auch im Konzept – daß die bestehenden Betriebe weiter ausgebaut werden sollen, damit die Arbeitsplätze gesichert werden. Ich glaube kaum, daß man heute das sagen kann. Aus diesem Grund allein schon hat er vollkommen recht, wenn er unterstreicht, dieses alte Konzept, das wir allerdings erst vor 21 Monaten beschlossen haben, gehört neu überarbeitet. Es gibt verschiedene Veränderungen und ich glaube, man kann hier nicht mehr von einer Vollbeschäftigung sprechen, sondern weitgehend – Koll. Fürst hat das auch in seiner Budgetrede deutlich unterstrichen – daß es hier um die Verdienstmöglichkeiten zu sichern geht. Ich kann es mir nicht anders vorstellen, daß man sonst so optimistisch in die Zukunft sieht. Im einzelnen wenn man weiß, daß die Arbeitslosenzahl am heutigen Tag in unserer Stadt bereits 1.000 zählt. Wir haben heute in unserer Stadt 1.000 Arbeitslose. Diese Erhöhung ist weitgehend zustande gekommen durch diese Rationalisierungsmaßnahmen der Steyrer Werksdirektion.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Durch Handels- und Kooperationsverträge der Hauptwirtschaftsträger unserer Stadt mit den sozialistischen Ländern wird das Jahr 1978 und auch 1979 für die Steyr-Werke, GFM und andere Steyrer Betriebe ein wirtschaftlicher und finanzieller Erfolg. Z. B. GFM ist im Jahre 1979 mit Aufträgen ausgelastet, darunter wesentliche Aufträge von der Sowjetunion, DDR und Rumänien. Die Steyr-Daimler-Puch AG wird heuer mit verringertem Belegschaftsstand einen Umsatz von 12 Milliarden S erzielen und im kommenden Jahr soll die 13-Milliardengrenze übertroffen werden. Und wie Generaldirektor Dir. Malzacher mitteilte, wird die Ertragslage auch heuer wieder die Ausschüttung einer Dividende ermöglichen. Im Vorjahr konnte die Dividende bereits auf 9 % erhöht werden. Schaurig ist allerdings dabei, für mich zumindest, daß der Umfang der Exporte im Militärgeschäft mit 3 – 3,5 Milliarden Schilling von Malzacher angegeben wird und bereits 1/4 des Gesamtumsatzes des Konzerns ausmacht. Wie Sie sicherlich wissen, war am 1. Dezember, also vor 14 Tagen, der stellvertretende Außenhandelsminister General Smeljakov mit technischen und kaufmännischen sowjetischen Experten, darunter der stellvertretende Generaldirektor von der größten Autofabrik der Sowjetunion, in den Steyr-Werken und bei Puch Graz. Und wie ich aus Gesprächen sicher weiß, interessiert man sich von sowjetischer Seite stark für eine weitere Zusammenarbeit bei der Produktion von Schwerst-LKW und auch für die Leichtdieselmotoren, die im Steyrer Versuch von unseren Technikern, Ing. und Arbeitern entwickelt und gebaut wurden. Der manchmal in diesem Raum geäußerte Antikommunismus wird die Zusammenarbeit auf keinen Fall fördern, sondern kann dem Betrieb und damit auch unserer Stadt und ihrer Bevölke-

rung nur schaden.

Die Kommunistische Partei hat zum Voranschlag 1979 eine Reihe von Vorschlägen entwickelt. Es ist allgemein bekannt, daß in unserer Stadt noch immer das Hauptproblem – so sehen es wir – die Wohnungsnot ist, da noch immer 2000 Steyrer Familien auf der Warteliste für eine GWG-Wohnung stehen. Daher vertritt meine Partei nach wie vor die Auffassung, daß neben den allgemeinen Wohnbauförderungsmitteln des Landes Oberösterreich auch die Stadt Steyr verpflichtet ist, mehr zinsfreie Darlehen und Zuschüsse zu gewähren. Im Voranschlag, das wurde auch schon festgestellt, sind nur 6 Mill. S vorgesehen. Auch für die notwendigen Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten der Substandardwohnungen in den alten gemeindeeigenen Wohnhäusern auf der Ennsleite und im Wehrgraben sollen angemessene Zuschüsse bereitgestellt werden. Die KPÖ schlägt zum wiederholten Male vor, daß es höchst an der Zeit wäre, durch finanzielle Zuwendungen der Stadtgemeinde mitzuhelfen, den aus der Kriegszeit stammenden miserablen Tarnanstrich an allen Wohnbauten in der Arbeitersiedlung in Münchenholz zu beseitigen. Wir schlagen ferner vor, im kommenden Jahr als erste Etappe den Kindergartentarif zu halbieren, damit auch die finanziell schwächeren Familien in unserer Stadt ihre Kinder in den Kindergarten schicken können. Aber gleichzeitig treten wir für eine Novellierung des öö. Kindergartengesetzes noch vor den Wahlen ein, daß jedem Steyrer Kind ein unentgeltlicher Kindergartenplatz zur Verfügung steht. Die Voraussetzung dazu wäre, daß die Personalkosten zur Gänze vom Land Oberösterreich übernommen werden.

Auch hier, meine Damen und Herren, glaube ich, müßten mehr Initiativen geschehen. Es war auch bei der gestrigen Landtagsdebatte, da hat ebenfalls der Sprecher der Sozialistischen Partei, Klubobmann Freischlag, in seiner Budgetrede darauf hingewiesen, daß es wiederum ein Erfolg der Sozialisten in Oberösterreich sei, daß sie zumindestens die Förderung eines Teiles des Personalaufwandes bei den Kindergärten durchgesetzt habe und dies besonders als große Entlastung der Gemeinden hingestellt hat. Wir haben das in der Budgetrede unseres Finanzreferenten anders gehört und ich erspare mir daher, wie hoch der Zuschuß dadurch vom Land ist bzw. wie hoch der Zuschußbedarf ist, den die Stadt gewährt. Daher glaube ich, anknüpfend auch an das Wahlversprechen der Sozialistischen Partei von Oberösterreich vom Jahre 1973, das sie der Bevölkerung gegeben hat, daß im Laufe der Funktionsperiode jedes Kind einen unentgeltlichen Kindergartenplatz bekommt. Das, was ich bis jetzt alle Jahre verlangt habe, ist eigentlich nur das Wahlversprechen, das die Sozialistische Partei 1973 der öö. Bevölkerung gegeben hat.

Ein langer Wunsch im Interesse unserer Jugend ist der Umbau der gutbesuchten Kunsteisbahn zu einer Rollschuhbahn im Sommer, der eigentlich nichts kostet und daher der Abgang für die Kunsteisbahn bestimmt nicht größer wird, sondern nur dazu führt, daß man einen neuen Verwendungszweck hätte. Ein weiterer Wunsch wäre die Verbesserung und der Ausbau der städtischen Verkehrslinien durch verstärktes Anfahren der Randgebiete, vor allem der Waldrand- und der Gründbergsiedlung. Die Autobusse müßten mindestens ab 6 Uhr früh bis 20 Uhr abends eingesetzt werden. Bei weniger frequentierten Strecken wäre der Einsatz eines Steyrer Citybusses wirtschaftlicher.

Auch für die Schaffung von Erholungs-, Ball- und Kinderspielplätzen, die auch immer wieder bei den Stadteilgesprächen gefordert wurden, müßten mehr Mittel im Budget bereitgestellt werden.

Der Werkunterricht für die Schüler des polytechnischen Lehrganges wird in schlecht ausgestatteten Räumen des Luftschuttkellers der Karl Punzerschule durchgeführt. Es ist daher unser berechtigter Vorschlag, diesen Mißstand abzuschaffen. Wir verlangen die Renovierung der Räume und die Erneuerung der Einrichtungsgegenstände sowie die zur Verfügungstellung von fehlenden Arbeitsmitteln. In der Taborschule sind bekanntlich die Sportklassen untergebracht. Fast ein ganzes Jahr lang wurden vom Elternrat dieser Schule Maßnahmen verlangt, daß der verwilderte Turnplatz wieder instandgesetzt wird. Erfreulicherweise wurde ein dementsprechender Betrag im Voranschlag vorgesehen. Ein weiteres ähnliches Problem wurde dem Gemeinderat in Form der einzigen Erinnerung an des Budget 1979 dargelegt. Bis zum Frühjahr 1978 konnten 400 Schüler der Volksschule und der Polytechnischen Schule in Münchenholz die Schulwiese der Volksschule Plenkberg für den Turnunterricht nicht benützen. Es bedurfte einem Ansuchen der Leitung der Polytechnischen Schule sowie meiner Intervention beim Bezirksschulinspektor Schodermayr, daß seit Mai 1978 der Turnunterricht überhaupt im Freien möglich ist. Bis zu diesem Zeitpunkt diente

nämlich diese Schulwiese nur als Hundenauslauffläche. Es ist daher erfreulich, daß auf Weisung des Herrn Bürgermeister Weiss dieser Mißstand 1979 behoben wird und damit auf diesem Schul-Turnplatz die fehlende Laufbahn samt Sprunggrube um 200.000 S errichtet wird und sicherlich den Haushaltsvoranschlag 1979 nicht in Unordnung bringt. Und nun einige Bemerkungen zu Unzulänglichkeiten und Mängel im Landeskrankenhaus Steyr. Vor kurzem, am 23. November, wurde ein Steyrer Pensionist nach einem schweren Herzanfall mit der Rettung in das Landeskrankenhaus Steyr eingeliefert. Zwischen der Betätigung des Notrufes um 20.30 Uhr und dem Eintreffen des Rotkreuzwagens beim Taborrestaurant um 20.47 Uhr wurde der Mann mit Herzmassage und künstlicher Beatmung behandelt. Die Verständigung des Arztes erfolgte aber erst nach dem Eintreffen der Rettung im Krankenhaus und es vergingen etwa 25 - 30 Minuten nach dem Herzanfall. Der Pensionist verstarb 10 Minuten später. Dieser Fall wirft wieder einmal das Problem der sofortigen ärztlichen Hilfe in Notfällen auf. Es hat sich in unserer Stadt eingebürgert, daß die erste Hilfe allein den freiwilligen Helfern des Roten Kreuzes überlassen wird, die bis an die Grenzen ihrer physischen Möglichkeiten strapaziert sind. Es ist auch eine Tatsache, daß trotz emsiger Bemühungen des Roten Kreuzes es noch Rettungsfahrzeuge gibt, die nicht ausreichend mit ärztlichen Apparaten ausgerüstet sind, weil dieses Rote Kreuz eben nur sporadisch mit Almosen versorgt wird. Im konkreten Fall müßte bei Herzattacken oder anderen schweren Unfällen ein Notarzt unverzüglich im Rettungswagen zum Patienten mitfahren und diesen während des Transportes ins Krankenhaus mit lebensrettendem Sauerstoff versorgen. Daher wäre es die Aufgabe des gesamten Gemeinderates, Schritte zu unternehmen, daß auch in unserer Stadt ein Ambulanzwagen mit Notarzt, eben für solche Notfälle, bereitsteht. Die Stadt hat heuer einen Krankenanstaltensprengelbeitrag in der Höhe von 7,5 Mill. S entrichtet und wird laut Voranschlag einen Betrag von 9 Mill. S zu bezahlen haben. Davon ableitend hat die Stadtverwaltung auch ein bestimmtes Recht, vom Land zu fordern, daß mehr Ärzte im Landeskrankenhaus eingestellt werden, damit Tag und Nacht ein Aufnahmearzt im neu errichteten Aufnahmegebäude zur Stelle ist. Derzeit ist es so, daß nur wochentags und nur vormittags der Aufnahmearzt anwesend ist. Daß es darüber hinaus noch eine Reihe anderer Mängel im Landeskrankenhaus gibt, wissen Sie ebenfalls. Auch hier müßte sich die Stadtverwaltung stärker einsetzen, daß der gute Ruf des Landeskrankenhauses sowie unserer Unfallstation wieder hergestellt wird.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn ich mir unser demokratisches, soziales Alternativprogramm durchsehe, mit dem die KPÖ-Fraktion vor 5 Jahren vor die Steyrer Bevölkerung trat, dann muß ich heute feststellen: Nicht alles konnte gegen die übermächtige Mehrheit des Gemeinderates durchgesetzt werden. Aber es konnten immerhin eine Reihe von Verbesserungen erreicht werden, vor allem für die arbeitende Bevölkerung. Unsere Stadt ist schöner geworden, auch die Wohnbedingungen wurden für hunderte Familien verbessert. Allerdings konnte dabei unsere Vorstellung nach sozialen und billigen Mieten nicht erfüllt werden. Dafür konnte zumindest das Einsichtsrecht in die Mietenberechnung durchgesetzt und Härten gemindert werden und auch teilweise überhöhte Mietzinse zurückgeführt werden.

Der geforderte Schutz der Fußgänger, besonders der Schulkinder, konnte verbessert werden durch die Errichtung von Schutzwegen und Überführungen sowie Verampelung gefährlicher Kreuzungen. Und wie allgemein bekannt ist, befinden sich weitere in Planung und im Bau, mit einem budgetierten Kostenaufwand für das kommende Jahr von fast 4 Mill. S. Auch bei den Sozialleistungen konnten auf Grund unserer Vorschläge Verbesserungen erzielt werden, wie der Seniorenpaß für Frauen schon ab dem 60. Lebensjahr sowie auch die Weihnachtswendungen für unsere 1300 Ärmsten der Bevölkerung, die nach wie vor mit rund etwas mehr als 3.000 Schilling im Monat ihr Leben fristen müssen. Außerdem wird die Forderung des Umbaus des Volksskinos zu einem Kulturzentrum realisiert und es sind ja 15 Mill. S dafür im Voranschlag eingesetzt. Die Restaurierung des alten Stadttheaters wurde bereits vor mehr als 8 Jahren von meinem Vorgänger Gemeinderat Moser angeregt und es sind für den Umbau 8 Mill. S im Budget vorgesehen. Auch der Bau des Stadtsaales, für dessen Errichtung im Voranschlag 10 Mill. S vorgesehen sind, wurde von der KP-Fraktion unterstützt. Es gibt natürlich eine Reihe von Vorschlägen, die nicht realisiert wurden, wo eben unsere Kraft mit nur einem Vertreter im Gemeinderat nicht ausreicht, wie zum Beispiel: Eine soziale, zurückhaltende Gebühren- und Tarifpolitik für kommunale Leistungen oder weiters die Rückführung bzw. Halbierung der überhöhten Politiker- und

Pensionsbezüge sowie die Abschaffung der Reisekostenpauschale für Bürgermeister und Stadträte. Der richtigen Information nach muß ich dazu sagen, daß durch mein langjähriges Auftreten im Gemeinderat gegen die SPÖ-, ÖVP- und FPÖ-Fraktion es zumindest gelungen ist, daß diese Privilegien nicht in dem Maße ausgeweitet wurden, wie in den zwei anderen Statutargemeinden Linz und Wels. Allerdings werden auch bereits in Steyr rund 5 Mill. S im Jahr an die Gemeinderatsmitglieder ausbezahlt.

Abschließend möchte ich als Sprecher der Steyrer Kommunisten erklären, daß ich so wie in den vergangenen Jahren auch im kommenden Jahr meine ausschließliche Aufgabe darin sehe, im Gemeinderat vor allem die Interessen der Steyrer Werktätigen zu vertreten. Und damit für die Arbeiter, Angestellten, Pensionisten und Gewerbetreibenden sowie für die sozial Schwächeren in unserer Stadt zu wirken. Das heißt, daß ich nach wie vor die Belastungen durch die unsozialen Gebühren- und Tarifierhöhungen sowie die überhöhten Politiker- und Pensionsbezüge ablehne. Sicherlich werden nicht alle Forderungen, Wünsche und Vorschläge der Kommunistischen Partei und der werktätigen Bevölkerung, die wir zum Budget gestellt haben, erfüllt werden. Ich bin aber zugleich davon überzeugt, daß in dem zu beschließenden Voranschlag für das Jahr 1979 ein gewisser finanzieller Spielraum vorhanden ist, um weitere Anliegen zu verwirklichen.

In diesem Sinne, natürlich auch einbezogen meine kritischen Feststellungen, werde ich als Vertreter der Kommunistischen Partei dem Voranschlag 1979 die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Erklärungen.

Meine Damen und Herren, die Fraktionssprecher sind nun alle zu Wort gekommen. Die nächste Reihenfolge wäre Frau Stadtrat Kaltenbrunner, anschließend Stadtrat Wallner, dann Gemeinderat Dr. Burger und Frau Gemeinderat Liebl.

Bevor ich jedoch Frau Kaltenbrunner das Wort erteile, sei es mir gestattet, selbst zu einigen Dingen Stellung zu nehmen, obwohl ich das ursprünglich nicht vorgehabt hätte.

Es scheint mir aber doch notwendig, einige Aufklärungen zu geben.

Ich bitte Kollegen Schwarz, den Vorsitz zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister zur Diskussion das Wort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, ich darf Sie nicht im Unklaren lassen, daß ich hier eine Meldung des ORF in Händen habe, die soeben eingetroffen ist, aus der hervorgeht, daß der ERP-Kredit für das neue Motorenwerk in Steyr in der Höhe von 300 Mill. Schilling nunmehr bereits erteilt wurde. Es ist darüberhinaus das ERP-Büro angewiesen, für die Bereitstellung einer Zinsstützung über die Investitionskredite zu sorgen. Die österreichischen Kreditinstitute werden dazu in einer Gesamthöhe von 1,3 Milliarden Schilling beitragen. Die Kredite werden auf 3 Jahre aufgeteilt, 1979, 1980 und 1981.

Das geht aus einer Erklärung von Bundeskanzler Kreisky an den öö. Gemeindereferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl hervor, wobei Letzterer erklärt, so die ORF-Meldung, daß das Werk aufgefördert wird, gerade auf Grund dieser Maßnahmen der Landes- und städtischen Förderung von weiteren Freisetzungen Abstand zu nehmen und daher auch eine Beschäftigungsgarantie über das nächste Jahr hinaus geben zu müssen. Der vorhandene Beschäftigtenstand müßte also bis zur Betriebserweiterung unbedingt erhalten bleiben. Das wird Sie sicherlich interessieren und ich glaube, das gehört auch zur heutigen Debatte hinsichtlich des Voranschlages 1979 mit dazu.

Meine Damen und Herren, ich habe aber auch einen zweiten Grund, mich zu Wort zu melden. An sich stelle ich mich immer gerne einer Diskussion, beim Budget kann alles diskutiert werden, denn hier betrifft es sämtliche Bereiche der Verwaltung, der Beschlüsse des Gemeinderates und alle Vorgänge hier in der GR-Sitzung an sich. Aber es ist scheinbar eine liebe Gewohnheit des Herrn Gemeinderates Fuchs geworden, mich immer persönlich zu zitieren und dabei mit Ausdrücken wie "persönliche Eitelkeit" und sonstigen Dingen herumzuwerfen. Im gleichen Atemzug aber auch immer wieder zu erklären, daß die FPÖ für alle Gespräche stets bereit wären und Sie verlangen Fraktionsobmännerbesprechungen und sonstiges mehr und in dem Verlangen nach mehr Zusammenarbeit, der Bürgermeister muß sozusagen das Maul halten, wenn er angegriffen wird und sollte sich nicht rühren. Sie kennen mich zur Genüge, daß ich solchen Wünschen nicht entsprechen kann, sondern daß ich hier doch einige Aussagen treffen darf.

Zunächst einmal eines, ich habe es nie am persönlichen Respekt fehlen lassen gegenüber dem Gesprächspartner und möchte das auch immer wieder hervorheben und wenn hier erklärt wird, das Amtsblatt ist "Weiss-Schwarz" gefärbt und ist das persönliche Sprachrohr des Bürgermeisters und mehr, dann muß ich ganz ehrlich sagen, ich bin stolz darauf, daß wir gerade in der Frage der Informationstätigkeit wesentlich weitergekommen sind als das früher der Fall war. Wir sind auch weitergekommen deshalb, weil es von den Bürgern gewünscht wird. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Zuschriften vorweisen, wo gerade die dritte Seite, wo ich mir immer erlaube, Meinungen und Aussagen kundzutun, was geschehen ist in der Stadt, daß das äußerst begrüßt wird, wenn auf diese Weise Informationen bekannt werden. Daher, glaube ich, ist auch die Verbesserung des Amtsblattes in meinen Augen auch wesentlich, nämlich nicht nur wegen der Bürgermeisterseite sondern wegen der gesamten Gestaltung, der Lesbarkeit und der Informationsverbreiterung. Daß Sie, Herr Gemeinderat Fuchs, glauben, zu kurz zu kommen, das müssen Sie der Größe Ihrer Partei zuschreiben und nicht mir in die Schuhe schieben. Ich darf Sie wohl daran erinnern, daß es ja auch einen sehr großen Bürger-

meister in Österreich gibt, der ein Amtskollege von mir ist, und ich möchte nicht in seiner Haut stecken, denn Sie haben heute auch in Ihrem Debattenbeitrag einige Male die Verschuldung angezogen, die zweifelsohne größer geworden ist, ich bezweifle das nicht und streite es auch nicht ab, mit einem Schuldendienst von etwa 10,7 %. Wenn ich noch alte Ziffern heranziehe, wo nachweisbar ist, daß die Gemeinden in Österreich insgesamt etwa eine Verschuldungsquote von 60 % aufweisen, davon 40, die Länder 11, dann ist es auch verständlich, daß man in erster Linie bei den Finanzausgleichsverhandlungen hier auf die Länder losgegangen ist, denn dort stehen ja die Mittel und Gelder, die für die Gemeinden bereitstehen sollten.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Ich habe gesagt, noch vertretbar.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Ihnen für die Erklärung, ich halte es auch für vertretbar. Insbesondere dann, wenn ich noch hinzufügen darf – der Finanzreferent hat das glaube ich schon gesagt in seiner Erklärung zum Budget – daß wir nicht inkludiert haben bei unserer Präliminierung die Zusicherungen, die wir jetzt schon, damals noch nicht, aber jetzt schon in Händen haben, daß ich versichern kann aus dem Gemeinderat wiederum 18 Mill. Schilling für 1979 zugesichert bekommen zu haben, daß aus den Finanzausgleichsverhandlungen ein Minus an Landesumlage hier von 2 Mill. auftritt, die wir an das Land nicht bezahlen brauchen. Das ist für uns ein weiterer Vorteil, er mag bescheiden sein im Hinblick auf die Ausführungen des Kollegen Tremel, aber es sind 2 Mill. Schilling. Wir haben bei den Gesprächen mit Landesrat Trauner in Wirtschaftsfragen 1 Mill. für die städtische Infrastruktur zugesichert bekommen. Ich könnte hier die Einzelbeträge aus dem Sozialbereich noch anziehen. Wenn ich aber alles zusammenfasse sehe ich jetzt schon, wenn das Präliminar so abläuft, wie wir uns das denken, wenn die ganze Vorschau so abläuft wie das Präliminar erstellt ist und gewisse Unsicherheiten sind jedes Jahr mit eingebaut, dann wird es ohne weiteres möglich sein, ein ausgeglichenes Budget auch im außerordentlichen Haushalt beim Nachtragsvoranschlag beschließen zu können. Hier ist der Verantwortung der Stadt Steyr, sowohl des Gemeinderates, wie auch meine als Bürgermeister, der auch immerhin den Prüfungen des Rechnungshofes standhalten muß, wie auch der Stadtverwaltung schlechthin Rechnung getragen. Ich glaube also, daß hier doch verschiedene Dinge aufklärungsbedürftig sind. Zum Unterschied dessen, – da wende ich mich wieder an Sie, Herr Gemeinderat Fuchs – es ist nicht so, daß wir jetzt massiert investieren und dann sozusagen im Jubiläumsjahr der Abschluß der Investitionstätigkeiten ist, weil das Festjahr vorüber ist, sondern das Jubiläumsjahr, das ist uns allen bekannt gewesen, war nur ein zusätzlicher Impuls, bestimmte Dinge zu beschleunigen, die wir sowieso erledigen hätten müssen. Im Hinblick auf diese Ereignisse wurden sie teilweise vorgezogen oder mußten vorgezogen werden. Es ist aber kein Entwicklungsabschluß damit verbunden. Das wäre Stagnation und was Stagnation ist, das habe ich heute schon gesagt, das wäre ein allmähliches Absterben unserer ganzen Entwicklungen in der Stadt.

Die Investitionen sind hier sehr zielgerichtet und zukunftsorientiert und wenn auch künftige Generationen zur Bezahlung herangezogen werden, sie werden ja Nutznießer der Brücken sein, des Stadtsaales, der Theater, der Straßen, Kanäle und der sonstigen Einrichtungen. Hier ist eine Kostenaufteilung gerechtfertigt. Wie käme die heute lebende Generation dazu, die heute verantwortliche Generation, alles allein tragen zu müssen. Das sind langfristige Güter, die auf Jahrzehnte, wenn nicht auf ein Jahrhundert, hier zu betrachten sind.

Aus diesen Überlegungen heraus darf ich abschließend sagen, der Finanzreferent hat sich wirklich sehr bemüht, in Zusammenarbeit mit dem Rechnungsdirektor hier ein Budget vorzulegen, einen Voranschlag vorzulegen, der wohl überdacht ist. Und es wäre eine Stimmungsmache etwa in Katastrophenrichtung völlig fehl am Platz. Wenn ich schon diese Überlegungen in meine Ausführungen einbeziehe – Herr Gemeinderat Fuchs, das geht an Sie – dann muß ich ganz ehrlich sagen, ich habe bis heute sehr

wenig davon Gebrauch gemacht bei meinen öffentlichen Aussagen und jenen Vorgängen, die fast nur der Magistratsdirektor kennt, die letztlich zum Abschluß des Vertrages über das Motorenwerk geführt haben. Ich bin heute auch gar nicht dazu angetan, das hier noch einmal zu sagen oder zu wiederholen. Aber Sie können versichert sein, daß ich hier reichlich Gelegenheit hätte, wenn ich diese Eitelkeit besäße, die Sie mir unterschieben, sie in diesem Fall sehr gut anzulegen und anzuwenden.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Steht nicht im Zusammenhang mit dem Motorenwerk.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich hoffe, daß Ihr Parteiobmann von Osterreich, Herr Dr. Götz, der Bürgermeister von Graz, sich auch in dieser Sache so sicher fühlt wie ich, was die Verantwortung betrifft, denn wenn man die öffentlichen Berichte und Medienaussagen hört, so werden hier Kontrollen angesetzt, weil die Stadt Graz in eine derartige Verschuldung gelangt ist, daß es einfach unverantwortbar ist, diesen Zustand von der öffentlichen Kontrolltätigkeit zu ignorieren.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Finanzreferent Stoisser SPÖ!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Denn Graz ist bereits Ich schiebe in Steyr nicht dem Finanzreferenten für Entwicklungen oder sonstige Vorgänge die Schuld in die Schuhe. Wir teilen uns sehr in unseren Auffassungen und ich fühle mich als Bürgermeister in Steyr verantwortlich auch dann – das kann ich hier offen sagen – wenn es manchmal auch Vorgänge gibt, die mir nicht passen, von denen ich zu spät Kenntnis erlange oder in sonstiger Hinsicht, wenn sich der Herr Dr. Götz als Parteiobmann in der gleichen Richtung verhält, dann ist es mir unerklärlich, wie er in diese Verschuldung, die für Graz gefährlich wurde, geraten konnte. Da kann ich nur sagen, er muß sich sehr wenig um diese Dinge gekümmert haben.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Das gehört nicht her, Herr Bürgermeister!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Um die persönliche Kontroverse abzuschließen, Herr Gemeinderat Fuchs, ich bin natürlich gerne bereit zu Gesprächen. Das wissen Sie genau. Aber wenn Sie Wünsche haben, so können Sie nicht erwarten, daß ich Hellseher bin, da müssen Sie halt den Weg zum Bürgermeister finden und dort wird man den Wunsch besprechen. Nachdem ich kein Hellseher bin, kann ich Ihnen nicht entgegenkommen, sondern da müssen schon Sie sagen was Sie wollen. Dann wird man eben reden und wenn es eine Möglichkeit des Zusammenfindens gibt, dann wird man auch den Weg suchen. Man wird ihn aber nicht über den Weg der persönlichen Eitelkeit finden.

BÜRGERMEISTER-HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Debattenbeitrag. Ich erteile als Nächster Frau Kollegin Kaltenbrunner das Wort und gebe gleichzeitig den Vorsitz zurück.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Diese letzte Budgetsitzung in dieser Legislaturperiode zwingt mich förmlich, eine kurze Bilanz zu ziehen. Die langen Gemeinderatsprotokolle zeugen davon, daß es für ein Gemeinwesen, wie unsere Stadt Steyr, keinen Stillstand geben kann. Den stets wechselnden Problemen der Gegenwart gegenübergestellt, wurde in der fast tausendjährigen Vergangenheit und wird auch heute mit großem Eifer in allen Bereichen für die Zukunft unserer

Stadt gearbeitet. Mit großem Verantwortungsbewußtsein haben wir uns alle bemüht, den stets wichtigsten Problemen den Vorrang zu geben. Die gesellschaftspolitischen Aufgaben unserer Gemeinde vermehrten sich zwar rasant, doch haben wir, so gut es ging, für unsere Mitbürger chancengleiche Lebensbedingungen geschaffen. Diese Aufgabenstellung läßt sich anschaulich durch den Ausdruck Daseinsvorsorge für unsere Gemeindebürger umschreiben. Es würde den Rahmen eines Diskussionsbeitrages sprengen, wenn ich unsere gesamten sozialen Maßnahmen mit ihrem Niederschlag im Budget 1979 darstellen würde.

Ich möchte mich auf einen kleinen Bereich beschränken, der durch einen Beschluß des letzten Gemeinderates bedeutend erweitert wurde, nämlich um die Einführung des Seniorenpasses und die Herabsetzung des Berechtigungsalters für Frauen.

Die Einführung des Seniorenpasses für den Bereich der Stadt Steyr war die Erfüllung eines langjährigen Wunsches auf sozialem Gebiet. Wir haben damals wesentlich dazu beigetragen, unseren älteren, betagten Mitbürgern, das Leben in der Stadt angenehmer und attraktiver zu machen. Wie wir überhaupt bestrebt sind, allen Bevölkerungsschichten in dieser Beziehung zu entsprechen und Steyr für sie zu verschönern.

Bei der älteren Generation sollen nur stichwortartig unsere Pensionistenheime, das Altersheim, die Pensionistenklubs, die Förderung der Pensionistenvereine und wiederum der Seniorenpaß erwähnt werden. Für die Frauen bedeutet nun die Herabsetzung des Berechtigungsalters von 65 auf 60 Jahre eine weitere Begünstigung, von der ungefähr 1.400 Steyrerinnen profitieren werden.

Fast eine Viertelmillion Schilling wird diese Maßnahme an Kosten verursachen. Ich sage dies nicht deswegen, damit diese Summe im Vordergrund meines Beitrages steht, sondern einzig und allein aus dem Grund, um aufzuzeigen, daß Sozialleistungen auch immer mit finanziellem Aufwand verbunden sind. Als Vertreterin der sozialistischen Frauen bin ich daher besonders froh, daß diese Maßnahme getroffen wird, denn gerade wir Frauen tragen auch noch im Pensionsalter große Pflichten mit uns herum. Der Haushalt geht weiter, die Obsorge für den Mann, für die Kinder und für die Enkelkinder nimmt uns oft mehr in Anspruch als das Berufsleben. Und auch gerade im Alter wird die Erfüllung dieser Pflichten immer schwieriger, sodaß jede Hilfe, in diesem Falle die Herabsetzung des Berechtigungsalters für den Seniorenpaß, sehr willkommen ist. Was würde die ältere Generation machen, wenn gerade die Frauen in diesem Alter nicht noch alle Pflichten für die Familie, so lange es irgendwie möglich ist, erfüllen würde? Ich glaube, es ist daher nicht nur eine Dankeschuld der gesamten Stadt an die ältere Generation, sondern auch eine Anerkennung der Frauenarbeit, die bis ins hohe Alter unverändert geleistet wird. Aus diesem Grund begrüße ich die neuerliche Erweiterung des Seniorenpasses und danke, daß es möglich war, diese Ausgabe im Budget 1979 finanziell abzudecken.

Werte Damen und Herren!

Diese Aufzählung zeigt schon, daß nicht nur die Wünsche unserer Bevölkerung immer vielfältiger werden, sondern daß auch die Befriedigung dieser Bedürfnisse immer komplizierter und teurer wird. Damit die Gemeinde ihren zahlreichen Aufgaben zum Wohle der Menschen erfolgreich nachkommen kann, bedarf es einer größtmöglichen wirtschaftlichen Unterstützung übergeordneter Institutionen.

Eine zentrale Forderung besteht darin, die Gemeinde bei der Verwirklichung ihrer von der Bevölkerung geforderten Aufgaben durch Landesbeiträge tatkräftig zu unterstützen. Die Gemeindeentlastung gehört ja schon seit Jahren zu den Grundforderungen von uns Sozialisten an das Landesbudget. Für uns hat die Kommunalpolitik den gleichen Stellenwert wie die Landes- und Bundespolitik. Das heißt, wir betrachten die politische Arbeit in der Gemeinde nicht als Lehrpfad zu Funktionen auf Landes- oder Bundesebene, sondern gleichrangig mit der Lösung der Aufgaben, die uns Mandataren gestellt sind. Wir Sozialisten sind uns im klaren, daß die Probleme des Mitbürgers in seiner unmittelbaren Umwelt für ihn sehr wichtig sind. Ein enger Lebensraum im Gemeinwesen betrifft ihn direkt vielfach weit spürbarer als die Entscheidungen in den Gremien der Landes- oder Bundespolitik. Und ich glaube, daß der Gemeinderat in seinem Wirkungsbereich das gleiche hohe Maß an politischer Verantwortung, aber auch das gleiche politische Gewicht wie der Landtag, der Nationalrat und der Bundesrat hat.

Verehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich in dieser Stunde einige per-

sönliche Worte an Sie richte. Mit vielen von Ihnen verbinden mich bereits eine Reihe von gemeinsamen Jahren des Bemühens im Gemeinderat um die Aufwärtsentwicklung unserer schönen Stadt Steyr, wie auch in den Ausschüssen und überall dort, wo wir bereit waren, für die Öffentlichkeit zu dienen. Wenn der Steyrer Gemeinderat, an der Spitze mit unserem Bürgermeister Franz Weiss, in den letzten Jahren so erfolgreich für die Stadt wirken konnte, so ist dies doch auch auf die tatkräftige Mitarbeit aller Mandatäre und Beamten zurückzuführen. Das Leben in unserer Stadt ist um vieles angenehmer und schöner geworden und wir können stolz sein, daß wir dazu beitragen und im höchsten Forum der Stadt, im Steyrer Gemeinderat, wirken dürfen. Nehmen Sie, bitte, alle, die Sie mir in den vielen Jahren geholfen haben, meine Arbeit im Interesse unserer Mitbürger und der Stadt Steyr zu leisten, meinen innigsten Dank entgegen. Ich danke Ihnen im Namen der 400 Heiminsassen des Zentralaltersheimes Steyr für Ihr großzügiges Verständnis und Ihre stets einstimmigen Beschlüsse, wenn es um Anschaffungen für das Zentralaltersheim ging. Ich danke auch der gesamten Beamtenschaft, an der Spitze Ihnen, Herr Magistratsdirektor Dr. Eder, und besonders jenen Beamten, die mir für mein Referat immer zu Diensten stehen. In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen, verehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates sowie Ihnen, verehrter Herr Magistratsdirektor und Ihrer Beamtenschaft geruhsame Feiertage sowie ein gesundes glückliches neues Jahr 1979.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Wünsche und den Beitrag. Diese Wünsche haben wir gerne vernommen und geben sie auch gerne zurück. Als nächster Sprecher ist Stadtrat Wallner an der Reihe. Darf ich in Erinnerung rufen, anschließend Dr. Burger und Frau Bundesrat Liebl.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Wertes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!
Meine Fraktion hat ihre Vorstellungen zum Budget für 1979 am 10. 10. 1978 dem Finanzreferenten Stadtrat Fürst überreicht. Zu einigen dieser Vorstellungen möchte ich einige kurz gehaltene Erläuterungen geben bzw. die Wichtigkeit dieser Forderungen unter Beweis stellen.

Zunächst zu einem Punkt, zu der im Budget vorgesehenen Straßenbeleuchtung, nämlich – wie könnte es anders sein – zum Grünmarkt. Zunächst darf ich wohl außer Streit stellen, daß die scheußlichen auf Seilen über der Straße hängenden Neonleuchten im Jubiläumsjahr 1980 bei bestem Willen dort nichts mehr zu suchen haben. Wir wollen unser kostbarstes Gut, nämlich unsere wunderschöne historische Innenstadt zu diesem Anlaß auch abends und nachts im verträumt historischen Kleid präsentieren. Dies können Sie sicherlich nicht mit den kalten unpersönlichen Neonleuchten. Dazu brauchen Sie historisierende Leuchtkörper, nämlich elektrisch bestückte Laternen. Über mein Ersuchen hat der gesamte Bauausschuß, dem ich bekanntlich die Ehre habe vorzustehen, am 15. 6. 1978 eine Ortsbesichtigung durchgeführt und dort laut vorliegendem Aktenvermerk des Bauamtes vom 19. 6. 1978 wurde einhellig der Ausbau der bestehenden modernen Überspannungsleuchten gegen historisierende Laternen gefordert. Ich zitiere wörtlich:

"...wobei laut Ansicht des Bauausschusses auch eine Verminderung der Lichtstärke in Kauf genommen werden sollte, da – zumindest während eines Teiles der Nachtstunden – die Auslagenwirkung die öffentliche Beleuchtung verstärkt. Ich kann mir nicht helfen, irgend jemandem in diesem Haus paßt entweder diese Idee nicht oder es paßt ihm nicht, daß diese Idee von einem "Schwarzen" kommt, also von den "Schwarzen" kommt. Letzteres wäre, verzeihen Sie mir den Ausdruck, reichlich kindisch. Ich finde, man sollte ehrlich zum Ausdruck bringen, warum es nun seit über 2 1/1 Jahren nicht möglich war, diese Idee zu verwirklichen oder sie eben, wenn man meint, kategorisch abzulehnen. Ich jedenfalls bin der Auffassung, daß die Bevölkerung diese Laternen sicherlich gerne annehmen wird und daß die Gäste einen guten Eindruck von der Stadtverwaltung haben werden, die auch in solchen Details historisches Verständnis zeigt. Ich lade Sie ein, meine sehr geehrten Damen und Herren, besuchen Sie – so wie ich es getan habe – die entzückenden Städte Dinkelsbühl, Rothenburg ob der Tauber und einige Städte mehr und schauen Sie sich an, was die dortigen Stadtverwaltungen für die Darbietung einer historischen Stadt tun. Sie brauchen aber nicht so weit zu gehen, gehen Sie bitte hinauf zum Schloß Lamberg, sehen sich an, welche Laternen jetzt dort installiert worden sind. Sie werden mir dann, glaube ich, recht geben müssen, daß dieser Rat gar nicht so schlecht war. Ich wünsche mir persönlich nur eines, daß im Jahre 1980 zumindest der Grünmarkt, später auch der Pfarrberg und die Enge mit historisierenden Leuchten ausgestattet sein werden.

Nun zum nächsten wichtigen Punkt. Hier darf ich empfehlen, den Kanalsammler A am linken Ennsufer über die Schönauerbrücke bis zum bestehenden Teil dieses Sammlers am Ennskai vorzeitig zu verlegen, weil man auch dann dieses Straßenstück sanieren und verbreitern kann.

Ob man unsere Gedanken der Errichtung einer zum Stadtbild passenden Kaimauer mit Steinquadern aufgreift oder aber eine auskragende Sparwand herstellt, das ist im jetzigen Zeitpunkt noch nicht so wichtig wie eheste Planung. Wir brauchen im Jahre 1980 eine verkehrsgerechte, um nicht zu sagen repräsentativere Stadtausfahrt, würden zusätzliche Parkflächen auf diesem Straßenstück gewinnen und vor allem wären wir wieder ein Stück weiter gekommen, diesem Teil der Stadt ein schöneres Bild zu geben. Jetzt sind die Ufer, gestatten Sie den Ausdruck, Miststätten und die wild wachsenden Sträucher sind wahrlich kein erhebender Anblick.

Wie mir der Stadtbaudirektor vor 2 Tagen erklärt hat, gibt es seitens der Flußbau-
leitung nunmehr keinerlei Einwände gegen eine Uferverbauung. Das ergab eine von
ihm angestellte schriftliche Anfrage.

Nun zu einem von mir schon mehrmals angezogenen Problem, zu den sogenannten Gewerbe-
höfen.

Ich habe vorhin ausführlich über Sinn und Zweck solcher Einrichtungen gesprochen und
interessanterweise keine negative Meinung gehört. Geschehen ist allerdings inzwischen
nichts. Die Idee ist, glaube ich, gut. So manchem kleinen Gewerbetreibenden würde
die Möglichkeit geboten, ohne großes Eigenkapital seine Produktion aufnehmen zu
können. Im Vorjahr habe ich gesagt, daß mit dem Bau solcher Einrichtungen wesentliche
Dinge erreicht werden könnten, wenn es aber hier Prinzip sein oder werden sollte, wie
das Beispiel der Erhöhung der Ansätze in den Richtlinien zur Gewerbeförderung das anschei-
nend zeigt, daß die ÖVP einen Vorschlag einbringt und Sie dann diesen Vorschlag der ÖVP ab-
legen, Sie können auch sagen reifen lassen und dann diesen in Ihrem Freien Wirt-
schaftsverband zum Beschluß erheben, dann sind Sie einverstanden damit. Hauptsache
ist, daß der Gewerblichen Wirtschaft ein Dienst erwiesen wird. Wir werden Ihnen daher
diese Idee liefern und Sie, meine Damen und Herren, lassen diese Idee reifen und setzen
dann diese bei Ihren Freunden durch. Wenn das so ist, bin ich einverstanden.

Nun zum Kapitel der Errichtung einer Gewerbeausstellung. Hier sind in dankenswerter
Weise Gespräche Vorgespräche zur Finanzierung einer solchen Halle bereits geführt
worden. Der Wirtschaftsreferent des Landes Oberösterreich, Landesrat Trauner, hat
seine Unterstützung zugesagt und auch Bürgermeister Weiss zeigte sich dem Projekt
gegenüber aufgeschlossen. Selbstverständlich müßte eine solche Halle auch in jener
Zeit, in der Ausstellungen nicht stattfinden, einer sinnvollen Verwendung zugeführt
werden. Ein Gedanke hiezu wäre zum Beispiel an Wohnwagen- und Bootsbesitzer zur
Einstellung ihrer Fahrzeuge zu vermieten. Die Straßen könnten dann von den nicht
sehr schönen Vehikeln freigemacht werden. Eines steht fest, diese Halle kann nur mit
Hilfe der öffentlichen Hand realisiert werden und darum geht es mir heute in dieser
wohl wichtigsten Sitzung des Gemeinderates diese Feststellung zu treffen.

Als Letztes bitte habe ich mir vorbehalten, ein Wort zur Förderung der Beherbergungs-
betriebe zu sagen über die von der ÖVP geforderte Bereitstellung von Mitteln für zin-
senlose Darlehen zur Förderung jener Steyrer Beherbergungsbetriebe, welche be-
reit sind, ihre Betriebe im Hinblick auf die Tausendjahrfeier, ihr Bettenangebot zu
erweitern bzw. zu modernisieren, wird mein Freund Herbert Schwarz eingehen. Es
wäre ja zu verlockend, aus meiner Sicht dazu etwas zu sagen, habe ich doch schon in
einigen Publikationen über die Hotelstory, über das Hoteltheater, geschrieben. Aber
ich erlasse es mir heute, mich dazu nochmals zu äußern. Eines steht allerdings fest.
Alles in diesem Zusammenhang – ich komme wieder auf das Wort Theater zurück – ist
hier schon geschrieben worden. Eine Posse, ein Drama, eine große Oper mit mit
Donner und Paukenschlag und ein Lustspiel.

Ich mache Ihnen einen Vorschlag. Jetzt spielen wir nur mehr ein ganz einfaches Hei-
matstück mit ehrlich Mitwirkenden, die hier zuhause sind, die ihr Metier verstehen und
ihren künstlerischen Beruf schon lange Jahre mit voller Anerkennung ausüben. Subven-
tionieren wir diese Leute. Wir brauchen dann keine Theaterdirektoren mehr und Super-
manager, die letzten Endes dieser Rolle nicht gerecht werden können und dann kläglich,
wie es schon so oft war, im Scheinwerterlicht versagen. Halten Sie sich an diesen un-
seren Vorschlag, unser anhaltender Applaus in vielen Vorgängen wird Ihnen sicher
sein.

Auf zur Gründung des neuen Steyrer Großhotels: "Ma-Mi-Ho"! Das ist nicht chinesisches,
sondern heißt: "Mader-Minichmayr-Hofer".

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Kollege Wallner hat ausgesprochen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ich habe geglaubt, es kommt eine Berichtigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das wird dann anschließend vom Magistratsdirektor noch gegeben. Wir kommen zum nächsten Sprecher, das ist Gemeinderat Dr. Burger, anschließend Frau Gemeinderat Liebl. In der nächsten Reihenfolge Stadtrat Zöchling, Stadtrat Wippersberger, Herr Gemeinderat Radler und Gemeinderat Manetsgruber.
Bitte sehr!

GEMEINDERAT PROF. DR. HELMUT BURGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist mir eine große Ehre, daß ich in Ihrer Mitte erstmals das Wort ergreifen darf.

Ich möchte heute mit einem Problem an Sie herantreten, das uns alle betrifft und von dem ich annehme, daß alle der gleichen Meinung sind. Ich möchte am Beginn die Behauptung in den Raum stellen, die glaube ich haltbar ist. Es gibt in der Größe Steyrs keine vergleichbare Stadt in ganz Österreich, die annähernd eine schandbare Infrastruktur hat wie unsere Stadt.

Was innerhalb der Stadt in der letzten Zeit geleistet wurde, unter der Bewahrung des historischen Stadtbildes, ist meiner Meinung nach ein sehr großer Erfolg. Aber wenn Sie von außen nach Steyr kommen, abgesehen von der Straße nach Haag ist jede andere Straße eine echte Zumutung. Wenn Sie wollen, das berühmte Loch bei Dornach ist Verkehrsgeographisches Angina pectoris. Sie müssen zugeben, daß die Straßen, die zu einer Stadt führen, praktisch dem Blutkreislauf dienen und daß jede Stadt, die nicht die nötige Versorgung mit Sauerstoff und Blut nicht hat, verdammt ist zu sterben.

Wenn ich etwas historisch zurückblicke und ich interessiere mich sehr für die wirtschaftliche Entwicklung und publiziere auch in der Beziehung. Sie wissen doch, 1938 waren in ganz Oberösterreich 3 Betriebe mit einer Beschäftigtenzahl von über 1000 Menschen und das war damals natürlich weitaus an erster Stelle die Stadt Steyr mit den Steyr-Werken, an zweiter Stelle waren es die Wolfsegg-Trauntaler und der dritte Betrieb – das würden Sie nie erraten – das war der einzige Betrieb mit über 1000 Beschäftigten, nämlich die damalige Kleinmünchner, heute die Textil-Linz AG.

Wir haben auch, wenn Sie einen Vergleich anstellen mit den 20iger-Jahren, die doppelte Bevölkerungszahl von Wels gehabt. Die Welser haben uns inzwischen so überrundet, daß sie über 50.000 Einwohner haben. Wir stagnieren rund um die 40.000, und ich könnte mir vorstellen vielleicht sinken wir sogar ein bißchen ab. Ich glaube, ein ganz großer Grund ist eben diese Infrastruktur. Und wenn ich sage, daß wir hier in einem Boot sitzen, da kann ich mich eigentlich über alle Fraktionen hinweg wenden, da sind Sie bestimmt alle der gleichen Meinung, denn gerade auch für das Gewerbe muß es doch furchtbar sein, daß es links der Enns keinen Bahnanschluß gibt und daß so große Unternehmen wie GFM auf das Nadelöhr von Dornach angewiesen sind. Wenn das irgendwie fest steht, dann müssen wir aber auch glauben, daß es möglich ist, im Zusammenhang mit der Tausendjahrfeier und im Zusammenhang mit dem Motorenwerk – ich erinnere noch einmal an diese 300 Mill. Schilling, die freigegeben worden sind. Gerade jetzt wäre das der richtige Impuls, da einzuhaken und gemeinsam zu versuchen, daß diese Misere endlich beendet wird. Denn seien wir ehrlich, einmal die berühmte Geschichte mit den Bierkutschern, die es uns damals eingebrockt haben, daß wir nicht an der Westbahn liegen, müßte eigentlich genügen. Gerade in diesem Zusammenhang gibt es viele Vorschläge. Es soll das ganze Thema nur angerissen werden.

Ich möchte auch folgendes behaupten. Die kürzeste Verbindung zweier Punkte, lernt man in der ersten Klasse Mathematik, ist die Gerade. Was man volkswirtschaftlich sparen könnte, wenn man sich entschließen könnte, gerade Straßen zu bauen, was an Grund und Boden, teurem Boden erspart bleibt und darüber hinaus an Treibstoffen, das

wäre für das ganze Land ein solcher Gewinn, ich wage das nicht zusammen zu rechnen. Ich glaube, davon sind alle überzeugt. Es wäre auch unter Umständen volkswirtschaftlich tragbar, einen etwas teureren Grund in der Beziehung anzuschneiden. Ob es die S 37 allein ist, das möchte ich gar nicht behaupten, aber ich glaube, wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß im Jahre 2000 das 15. oder 17. Komitee zur Rettung der Hargelsberger Gründe zusammentritt. Und so schaut die Sache eigentlich momentan aus. Abgesehen davon, daß es gar nicht wichtig ist, wenn wir nur die S 37 fordern. Wenn wir wieder davon ausgehen, daß wir nur nach Haag gut fahren können, dann müssen wir zugeben, es beginnt mit dem Enns- und dem Steyrtal, wir haben eine Verbindung nach Sierning, die sich großspurig die Voralpenbundesstraße nennt und in Wirklichkeit eine ganz erbärmliche Landesstraße ist. Ich glaube, das kann man ruhig so formulieren. Das geht so weiter. Man müßte doch auch die Enns- Straße verbessern und da ich hier an vorderster Front bin, wenn man Linz fährt, fährt man den abgekürzten Weg, wie schön es doch wäre, wenn man die Wolfener Landesstraße etwas ausbauen könnte. Vielleicht wissen Sie es, hinter dem Wolfenerwald hat man begonnen, einige Kurven zu begradigen. Das ist ein wahres Vergnügen und kann gar nicht soviel kosten, auch von Rohrbach hinein usw.

Was im Konkreten zu geschehen hat, das könnte man natürlich beraten.

Es wäre noch ein Punkt, der mir erwähnenswert erscheint. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß die Ebelsberger momentan sehr aufgeregt sind und sagen, sie liegen unmittelbar an der Autobahn, haben den ganzen Lärm und weiß Gott was noch alles und wenn sie auffahren wollen, dann müssen sie mitten in die Stadt hinein oder bis Asten. Die wären wirklich unsere Bundesgenossen, wenn wir uns mit ihnen zusammen schließen könnten und sagen auch eine Auffahrt in Ebelsberg, etwa dort, wo die Wolfener Landesstraße hineinkommt.

Es sind da einige Vorschläge und es zeigt, wie groß die Möglichkeiten wären, bei etwas gutem Willen uns zu helfen. Schauen Sie sich die Welser an, die haben jetzt 2 Autobahnen, verlangen die Westtangente, bekommen womöglich noch vor uns eine Schnellbahn zwischen Linz und Wels usw. Sie wissen ja das alles.

Ich möchte die Gelegenheit benützen und erlaube mir, besonders an die Herrschaften von der Presse zu appellieren. Was ich damit bezwecken will ist nicht eine Bestandsaufnahme oder Resignation, sondern ich bin der Meinung, in der Beziehung sollte endlich etwas losgetreten werden, und zwar so losgetreten werden, daß wir nicht innerhalb der Fraktionen nachschauen, wo irgend jemand schuld hat und dann den anderen beschuldigen, sondern daß wir alle in unseren Bereichen gleichmäßig versuchen, dort, wo es stockt, das ganze wieder in Betrieb zu setzen. Denn es ist uns allen dabei geholfen, ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Einziger von Steyr hier kein Interesse bekundet. Die Herren von der Presse sind auch Steyrer, ich darf an den Patriotismus appellieren, daß Sie uns dabei helfen. Wir sind sehr angewiesen auf Ihre Hilfe und ich glaube gerade in dem Zusammenhang möchte ich feststellen, daß es doch auch in einer Gemeinschaft vieles gibt, was man einen gemeinsamen Nenner nennt. Das ist eine Existenzfrage. Denken Sie doch daran, wirtschaftlich wird uns in der nächsten Zeit der Wind etwas ins Gesicht blasen, wir müssen daran denken, wie sich die Zukunft unserer Stadt entwickelt und ohne die gute Infrastruktur wird es noch schlechter gehen und wir werden in einer Krisenzeit viel größere Sorgen haben als vielleicht eine Stadt, die etwa wie die Stadt Wels, oder auch viele andere Beispiele in Österreich, besser leben.

Wenn ich mir erlauben darf abschließend noch einmal vom Fall Graz zu sprechen. Vielleicht haben Sie gehört, auch eine ganze Anzahl von Analysen, warum es gerade in Graz zu der großen Misere kommt, so wurde eindeutig von vielen Fachleuten gesagt, ein Hauptgrund würde darin liegen, daß Graz am Rande liegt und daß es gerade die Verkehrsverhältnisse sind, die beigetragen haben, daß die Stadt in eine solche schwierige Situation gekommen ist. Ich glaube an diesem Beispiel erkennen Sie den Vorrang und ich schließe mit dem leidenschaftlichen Appell, helfen wir alle zusammen, vergessen wir es nicht wieder, sondern versuchen wir, so lange in der Öffentlichkeit vorstellig zu werden, bis auch Steyr den Anschluß hat an das Verkehrsnetz hier in Österreich.

Ich danke Ihnen.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Wir kommen zum nächsten Sprecher, das ist Frau Gemeinderat Liebl.

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren!

Mit meinen Ausführungen werde ich keine Forderungen an das Budget stellen. Ich will durch meine Aussagen versuchen, mehr Verständnis und Mitgefühl für unsere älteren Steyrer Mitbürger zu erreichen. Unsere Stadt zählt 42.266 Bürger, davon sind 22.397 Frauen und nur 19.869 Männer. 8.261 Bürger sind älter als 60 Jahre, 5068 Frauen und 3.193 Männer. Auf Grund des medizinischen Fortschrittes erreichen in unserer Stadt immer mehr Menschen ein höheres Lebensalter. Nach dem Ende des Berufslebens kommt ein neuer, ein eigener Lebensabschnitt mit Plänen und Erwartungen, mit Aufgaben, mit Leid und Freud. Es ist ein Lebensabschnitt, um dessen Gestaltung sich der Einzelne, aber auch die Gesellschaft bemühen muß. Ebenso, wie sich die Gesellschaft um die Probleme der Jugend bemüht, muß sie sich in Steyr auch mehr um die Probleme der 8.261 Alten kümmern. Politik für die älteren Menschen muß eine Politik der Nächstenliebe, der menschlichen Hilfe sein. Die Ziele einer guten Sozialpolitik sind: 1. der materiell gesicherte Lebensabend, 2. der sinnerfüllte Lebensabend und 3. der menschlich würdige Lebensabend. Der Grundstein zum materiell gesicherten Lebensabend wurde bereits unter Bundeskanzler Julius Raab gelegt, damals, als das größte soziale Werk der zweiten Republik, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz beschlossen wurde. 1966 übernahm erstmals eine Frau das Sozialministerium. Unsere Grete Rehor setzte sozialpolitische Marksteine. 1967 wurde mit einem Sondergesetz den Bergarbeitern die Frühpension zugestanden, sofern ihr Arbeitsplatz nicht mehr gesichert war. 21 Jahre lang hatte sich der sozialistische Sozialminister außerstande gesehen, den Pensionsansatz für Witwen von 50 % zu erhöhen. 1969 beantragte Minister Grete Rehor, die Witwenpension ab 1970 auf 55 % zu erhöhen. Jeder Mensch hat nach einem arbeitsreichen Leben Anspruch auf ein gesichertes Einkommen im Alter. Außer meiner 88-jährigen Mutter werde ich – ich glaube, auch alle anderen – immer wieder von alten Leuten gefragt, ob ihre Renten und Pensionen gesichert seien. Bedauerlicherweise sind Rentner und Pensionisten durch die unüberlegten Aussagen des Finanzministers im Fernsehen und durch die Zeitungsnachrichten diesbezüglich so verunsichert, daß sie keine innere Ruhe mehr finden. Dr. Taus hat im Namen der Volkspartei eine Garantieerklärung für die Auszahlung der Renten und Pensionen gegeben und die anderen Parteien aufgefordert, ein gleiches zu tun. Ich glaube, die Freiheitliche Partei hat dasselbe schon getan. Ich bin überzeugt, daß auch die sozialistische Partei diesem Anliegen beitreten wird. Dies ist eine Forderung, die das Budget nicht belastet und die Alten wären beruhigt.

Wir als Gemeinderat haben die Möglichkeit, den älteren Steyrer Bürgern einen sinnvollen, erfüllten, sowie einen menschlich würdigen Lebensabend gestalten zu helfen. Wir haben unseren Bürgern diesen Beweis schon öfter erbracht, sei es durch die Seniorenklubs, durch den Seniorenpaß, durch Essen auf Rädern oder andere Hilfeleistungen. Gott sei Dank, daß es so viele ehrenamtliche Funktionäre und Idealisten in den verschiedenen Vereinen gibt, die sich um das Wohl unserer älteren Mitbürger annehmen. Im April 1977 habe ich von diesem Platz aus das Ersuchen an den Herrn Bürgermeister und an den Gemeinderat gestellt, den Seniorenpaß für Frauen schon ab 60 Jahren auszugeben, denn die Frauen sind durch dreifache Belastungen verbraucht und können schon mit 55 Jahren in die Pension gehen. Erfreulich war die Sitzung des gemeinderätlichen Wohlfahrtsausschusses, wo versucht wurde, nach Anhören der Meinung des Seniorenbeirates, einen Antrag der sozialistischen Fraktion zu konstruieren, nämlich die Herabsetzung für Frauen von 65 auf 60 Jahre.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Unseren Mitbürgern ist es ganz gleich, von welcher Fraktion ein Antrag gestellt wird. Wichtig für den Steyrer Bürger ist das Gefühl, das für ihn etwas getan wird, ist das Gefühl der sozialen Sicherheit. Darum glaube ich, ist es in Zukunft besser, brauchbare Vorschläge, gleichgültig von welcher Fraktion sie

kommen, ohne Parteibrille zu akzeptieren und sie nicht zu schubladieren, um dann als eigenen Antrag, allerdings etwas geändert, zu bringen.

Ich danke im Namen aller 60jährigen Frauen dem Seniorenbeirat und dem Gemeinderat. Wir müssen unsere Dienste der Altenhilfen noch weiter ausbauen. Wir müssen den älteren Menschen durch Heimhilfe, durch Erledigungen bei Behörden, durch Wäschedienst so entlasten, daß er, so lange wir nur möglich, in seiner Wohnung, in seinem Heim leben kann. Wir müssen den älteren Mitbürgern einen Wohnungstausch erleichtern. Wenn ein alter Mensch sich entschließt, in ein Heim zu übersiedeln, dann muß ihm noch einige Zeit die Möglichkeit geboten werden, wieder in seine Wohnung zurück ziehen zu können. Wir haben im Sozialbereich für unsere Mitbürger sehr viel getan, trotzdem passieren auch Härtefälle, die mit etwas gutem Willen vermieden werden können. Einen besonders unmoralischen Fall muß ich aufzeigen. Eine ehemalige Direktionssekretärin, die auf Grund eines unheilbaren Nervenleidens eine Invaliditätspension bezieht, durch den Tod ihrer Mutter alleinstehend ist, keine Verwandten besitzt, wird ins Wagner-Jauregg-Krankenhaus eingeliefert. Sie verbringt dort einige Monate, dadurch entsteht ein Mietenrückstand von einigen Monaten. Vom Magistrat Steyr kommt der Delogierungsauftrag. Während ihrer Abwesenheit werden Wäsche, Pelzmäntel, Kleider in zwei offene Holzlagen im Bruderhaus auf einen Haufen geworfen. Der Rest wurde in ein nicht heizbares Zimmer, ohne elektrischen Stromanschluß, deponiert. Diese Frau wird vom Krankenhaus entlassen, will in ihre Wohnung und muß feststellen, daß sie keine mehr hat. Sie erfährt, daß sie delogiert ist. Nach dem Sozialhilfegesetz wäre der Fürsorgeverband verpflichtet gewesen, den Mietenrückstand vorzustrecken. Eine solche Vorgangsweise dürfte in der so sozialen Stadt nicht vorkommen. Dieses Vorgehen ist ein schwerer Verstoß gegen die Menschenrechte und gegen die Humanität.

Die Nachricht des Arbeitsamtes Steyr, daß die Zahl der Arbeitslosen in einem Monat um 22 Prozent gestiegen ist, ist alarmierend und für uns Mandatäre schockierend. Es ist ein Gebot der Stunde, darüber zu sprechen.

Die Folgen des großen Fehlers der Kommunalpolitik nach dem 2. Weltkrieg, nur metallverarbeitenden Betrieben den Vorrang bei Betriebsansiedlungen zu geben, haben wir heute zu tragen. Bei wirtschaftlichen Krisenzeiten haben wir durch die einseitige Infrastruktur mit vermehrter Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Der Arbeitsplatz ist aber über die Parteigrenzen hinaus die Voraussetzung für den Bestand und die Überlebenschance der Demokratie schlechthin. Die Sicherung der Arbeitsplätze ist die moralische Verpflichtung jedes Vertreters, gleichgültig, welcher Partei er angehört. Die mittelständische Wirtschaft, die Klein- und Mittelbetriebe, hat mit Recht für sich in Anspruch nehmen können, daß sie einen entscheidenden Beitrag zur Sicherheit der Arbeitsplätze leistet. Bis jetzt konnte sie noch gekündigte Arbeitnehmer unterbringen. Der Großbetrieb, die Steyr-Werke, sind auf Grund der Auftragslage, auf Grund des Verfalles des Dollarkurses, in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Angeblich ist der Unternehmer gezwungen, Arbeitnehmer zu kündigen. Als Steyrerin weiß ich, daß solche Situationen meistens um die Weihnachtszeit waren. Die Arbeiter der Steyr-Werke haben dem Tagblatt-Extra geglaubt, das jeder Haushalt bekommen hat, wo drinnen stand: Kreisky und Hartl sichern die Arbeitsplätze in Oberösterreich. Die gekündigten Arbeitnehmer sind bitter enttäuscht von diesen Versprechungen. Die Einzelschicksale und die Probleme der Gekündigten sind so erschütternd, daß wir gemeinsam überall vorsprechen müssen, um zumindest die Härtefälle aus der Welt zu schaffen. Kündigungen vor Weihnachten sind makaber und brutal, besonders für ältere Arbeitnehmer ab 50 Jahren und für Familienväter mit 5 Kindern! 1976 hat sich ein Angestellter mit Matura und 2 Staatsprüfungen aus Angst vor der bevorstehenden Kündigung erschossen. Im November 1978 hat ein Arbeiter, Vater von 5 Kindern, nach Erhalt der Kündigung versucht, sich zu erschießen. Arbeiter mit mehr als 30 Dienstjahren, über 50 Jahre alt, wurden gekündigt, obwohl sie nie eine schriftliche Verwarnung wegen schlechter Arbeitsleistung vom Arbeitgeber erhalten haben. Jüngere Arbeiter, die sehr wohl wegen schlechter Dienstleistung, wegen Trunkenheit am Arbeitsplatz, wegen unentschuldigtem Fernbleibens schriftlich vom Arbeitgeber verwarnt wurden, konnten bleiben und haben keine Kündigung erhalten. Mit welchen Maßen wird bei so einer Kündigung gemessen? Auf keinen Fall mit einem rechten. Es ist mehr als frivol, einem Arbeitnehmer die Kündigung in die Hand zu geben, ohne ein Wort zu verlieren und gleichzeitig die Mitteilung des Arbeiterbetriebsrates zu überreichen, auf der unter anderem steht: Betreffs der 187 gekündigten Dienstnehmer werden wir uns in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt bemühen, Ersatzarbeitsplätze zu

finden. Jetzt folgt eine härtere Aussage: Diese Vereinbarungen wurden nur mit den Stimmen der sozialistischen Gewerkschaftsfraktion im Betriebsrat angenommen. Durch die Ablehnung der Gewerkschaftlichen Einheit und der Christlichen Gewerkschaftsfraktion wurde zum Ausdruck gebracht – hören Sie – daß diesen das Schicksal der Kolleginnen und Kollegen nicht am Herzen liegen kann, sondern daß sie diese Entscheidung zu einem Politikum machen. Diese Aussage ist schon der Höhepunkt der Diffamierung! Es stehen noch einige widersprechende Aussagen auf diesem Mitteilungsblatt. Es drängt sich die Frage auf, für wie naiv wird der Arbeiter von der sozialistischen Fraktion gehalten! Der Betriebsrat der FCG und der Betriebsrat der gewerkschaftlichen Einheit haben aus innerer Überzeugung dagegen gestimmt. Sie haben vorgezeigt, wie die sozialistischen Betriebsräte es machen hätten müssen. Sie wollten mit ihrer Ablehnung dokumentieren, daß der Betriebsrat nicht ausdrücklich zustimmen soll, denn gemäß § 105 Abs. 3 lit. 2 kann eine Kündigung beim Einigungsamt dann angefochten werden, wenn sie sozial ungerechtfertigt ist. Es wäre die Pflicht des Betriebsratsobmannes gewesen, der ja vom Arbeitnehmer deswegen gewählt wird, daß er gegenüber dem Unternehmer die Interessen des Arbeitnehmers vertritt. Der Betriebsrat muß dem Arbeitnehmer die Chance geben, zum Einigungsamt gehen zu können. Mit dieser Zustimmung der Betriebsräte wurden dem Gekündigten alle seine Rechtsmittel genommen. Das ist für mich verantwortungslos.

Bereits im Bundesrat habe ich dem Sozialminister angekündigt, alle mir zur Verfügung stehenden gesetzlichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes zu erreichen. Die Rechte des einzelnen Arbeitnehmers dürfen nicht allein von der Entscheidung des Betriebsrates abhängig sein. Bedauerlicherweise wurde weder das Arbeitsmarktförderungsgesetz, der Paragraph Schutz des älteren Arbeitnehmers, noch das Arbeitsverfassungsgesetz vom Arbeitgeber und vom Betriebsrat berücksichtigt. Im Gegenteil, nach meinem Rechtsempfinden als Nichtjurist haben Arbeitgeber und Betriebsrat beide Gesetze mißachtet und ungerecht gehandelt. Kardinal König sagte einmal: Unrecht ist ein Feuer. Der, der ihm zu nahe kommt, verbrennt!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Nächster Sprecher ist Kollege Zöchling.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Werter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sie dürfen von mir nicht erwarten, daß ich eine politische Rede wie mein Kollege Treml oder wie Frau Bundesrat Liebl halte. Ich möchte wieder zurückkehren zur Gemeindepolitik. Bei der Beratung der Wünsche der kommunistischen Fraktion zum Voranschlag 1979 wurde auch im Zusammenhang mit dem Kindergartentarif das Problem der kommunalen Gebühren diskutiert. Als zuständiger Referent für das Wohlfahrtswesen handelt es sich hier um ein Gebiet, welches mir besonders am Herzen liegt und ich war sehr froh, daß auch der Gemeinderat Treml die Gebühren immer im Einklang mit landesgesetzlichen oder bundesgesetzlichen Regelungen sieht. Sicher wäre es wünschenswert und erstrebenswert, die Kindergartentarife, wie er sagt, zu halbieren, vielleicht sogar so wie den Pflichtschulbesuch kostenlos zu gestalten. Aber unsere Kindergartentarife hängen weitgehendst mit der Förderung des Landes bzw. mit dem öö. Kindergartengesetz zusammen. Die Zahlen, die dort stehen, entsprechen nämlich keineswegs der Wirklichkeit. Es sind nicht 75 % der Personalkosten, die uns hier vergütet werden, das ist eine fiktive Zahl. Es sind 23 %, wie wir nun ermittelt haben und der OÖ. Städtebund hat eine Untersuchung gemacht, in manchen anderen Gemeinden ist es noch schlechter und noch ungünstiger. Kaum ein Drittel der Kosten wird uns vom Land vergütet. Dazu kommen noch eine Reihe von anderen Sachaufwendungen, wie z. B. die Ausgabe des Essens oder jetzt ein Transport für Kindergartenkinder, die überhaupt keine Berücksichtigung bei der Landesförderung finden. Kommunale Gebühren sind aber nicht nur im Wohlfahrtswesen allein, sie treffen auch auf viele andere Gebiete zu, so z. B. bei der Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung. Hier werden uns auch immer wieder Vorschriften getätigt und das freie Entschlußrecht des Gemeinderates ist nur dem Namen nach gewährt. Wie soll man sonst eine Bestimmung verstehen, die eine Förderung aus dem Wasserwirtschaftsfonds für Kanalbauten nur dann im günstigsten Ausmaß vorsieht, wenn eine Gemeinde S 9,- Abwassergebühr verrechnet. Sicher ist dies notwendig, um alle Ausgaben zu tätigen, aber wir hier als Gemeinderäte müssen ja nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Angemessenheit prüfen, ob wir dies unseren Mitbürgern zumuten können. Hier befinden wir uns in einem echten Dilemma und Widerstreit.

Es sind Gebühren im Grunde keine parteipolitische Frage, sie sind ein kommunalpolitisches Problem und ich bin sehr froh, daß wir fast immer hier im Gemeinderat auch ein verantwortungsbewußtes kommunalpolitisches Verhalten bei Behandlung dieser Fragen an den Tag legen. Sicher kann man verschiedener Auffassung sein, aber für eine billige Demagogie sind Gebühren doch eine viel zu ernste Frage. Mit den Gebühren wiederum sind unsere Gemeindefinanzen untrennbar verbunden. Unsere Aufgabe muß es daher sein, hier immer eine echte Übereinstimmung zu finden. Wir müssen prüfen, welche Bevölkerungsteile davon betroffen sind. Wir müssen klären, ob die Gegenleistung, die wir erbringen, auch eine Erhöhung des finanziellen Aufwandes des einzelnen privaten Steyrers vertretbar erscheinen läßt. Wir müssen auch unterscheiden, ob wir nicht bei einzelnen Tarifen Ermäßigungsmöglichkeiten für bestimmte Gruppen vorsehen sollen. Hier ist ein großer Spielraum gegeben, und wir machen ja auch in vielen Fällen davon Gebrauch. Denken Sie nur an die Regelung für das zweite Kind, für mehr Kinder bei den Kindergartentarifen, denken Sie an die Kanalbenützungsgebühr, wo die an sich schon bestehenden Ermäßigungsbestimmungen nunmehr neuerlich für die Fälle der Sportvereine und für den übermäßigen Verbrauch bei einem Rohrbruch novelliert wurden. Denken Sie an die verschiedenen Karten, die wir für die Verkehrsbetriebe eingeführt haben, wobei wir zu dem noch im Seniorenpaß, ohne mit den Tarifen der Verkehrsbetriebe überhaupt in Kontakt zu kommen, eine Freifahrtspalette angeboten haben. Nicht nur die Frage der Festsetzung der Gebühren, sondern auch die Einräumung von Ermäßigungsmöglichkeiten soll daher unsere Überlegungen bei dieser Frage bestimmen.

Es ist daher auch sinnlos, wenn wir uns gegenseitig beschuldigen, Gebührenerhöhungen vorzunehmen oder nicht vorzunehmen. Es ist eine gemeinsame Verantwortung, die wir hier tragen. Wir haben es bisher in der Regel doch auch gemeinsam entschieden. So soll es auch in Zukunft bleiben.

Gestatten Sie mir, daß ich noch eines sage. Unser Wohlfahrtsdirektor, Senatsrat Dr. Knapp,

wird in wenigen Tagen aus dem Ressort Sozialwesen ausscheiden. Ich darf ihm im Namen der Bevölkerung sehr herzlich für seine Arbeit in dieser Abteilung danken.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Zöchling für seinen Beitrag. Als Nächster nun Kollege Wippersberger

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich will mich in meinen Ausführungen möglichst kurz fassen und habe nicht die Absicht, auf die Wünsche und Anliegen, die meine Ressorts betreffen, die zum Teil heute schon vorgebracht wurden, ins Detail einzugehen. Erlauben Sie mir aber dennoch einige Stellungnahmen allgemeiner Art.

So sei festgestellt, und das ist sicherlich keine Übertreibung, daß noch niemals zuvor in unserer Stadt in einer so kurzen Zeit so viel auf diesem Gebiet geschehen ist. Die Erschließung und der Ausbau des innerstädtischen Verkehrsringes haben es uns nunmehr ermöglicht, einen Neubau von Zwischenbrücken, der beiden Brücken über Enns und Steyr durchzuführen und neue Lösungen für den innerstädtischen Verkehr ins Auge zu fassen.

Nun direkt zum Budget 1979. Die Fertigstellung der beiden Brücken über Enns und Steyr, der Bau der Märzenkellerumfahrung, zu dem unsere Stadt nicht unerhebliche finanzielle Mittel beisteuern muß, der Straßenbau in der Waldrandsiedlung, der Neubau der Stelzhamerstraße, der Ausbau der sogenannten Ulricher Kreuzung, die Schaffung einer zeitgemäßen Zufahrt zu unserem Campingplatz und zum Sportplatz, zu den Sportanlagen in den Niederungen von Münichholz, der Straßenbau zu den neuen Wohngebieten im Resthofgelände und in Gleink-Dornach, Straßenbauten zur Aufschließung von Gewerbegrundstücken sowie der Bau mehrerer Über- oder Unterführungen sind die Schwerpunkte auf diesem Sektor im kommenden Jahr. Auch die Schaffung zusätzlicher Parkplätze werden wir weiter im Auge behalten.

Meine Damen und Herren, seit mehr als 1 1/2 Jahren wird in unserer Stadt ein neues Verkehrskonzept erarbeitet und die Beratungen, an denen Sie in jüngster Zeit mehrmals teilgenommen haben, sind nunmehr so weit gediehen, daß wir schon in allernächster Zeit zu einer Beschlußfassung darüber kommen werden. Über die künftige Verkehrsregelung am Stadtplatz selbst wurde bereits in der letzten Informationssitzung des Gemeinderates eine Einigung erzielt. Der Stadtplatz, ein Juwel unserer Stadt, und darüber hinaus ein Juwel unseres Landes, wird durch ein etwas geringeres motorisiertes Verkehrsaufkommen sich noch besser als bisher, in seiner ganzen Schönheit, präsentieren können. Der Verlust einiger Parkplätze in der Kurzparkzone am Stadtplatz wird durch Schaffung neuer zusätzlicher Parkmöglichkeiten auf der Promenade aufgehoben.

Eine bestmögliche Gesamtlösung unserer Verkehrsprobleme in der inneren Stadt und den angrenzenden Stadtteilen zeichnet sich ab. Die Beschlußfassung darüber muß nun so zeitgerecht erfolgen, daß sofort nach Fertigstellung der Brücken diese Regelung in Kraft treten kann. Über diese Regelung haben wir hier im Gemeinderat bereits gesprochen, sie wird vorläufig bis Ende 1979 befristet, und wenn notwendig – das wird die Praxis dann ergeben – allfällige Änderungen noch durchzuführen. Das, meine Damen und Herren, ist sicherlich keine leichte Aufgabe, die Lösung der Verkehrsprobleme in unserer Stadt. Gilt es doch, für alle Bevölkerungsgruppen die bestmögliche Lösung zu finden. Für die Fußgeher, wie für die motorisierten Verkehrsteilnehmer, für die Geschäftsleute ebenso wie für die dort ansässige Wohnbevölkerung. Mein Ersuchen und mein Appell an alle, Einsicht zu üben und keine Engstirnigkeit an den Tag zu legen, wenn es um die endgültige Bewältigung dieses schwierigen Problems geht. Bedenken Sie, nahezu 16.000 Kraftfahrzeuge gibt es derzeit in unserer Stadt, mehr als 2.000 Fahrzeuge pendeln Tag für Tag in unsere Stadt herein. Diese insgesamt mehr als 18.000 Kraftfahrzeuge, hintereinander aufgestellt, ergeben eine Länge von rund 80 Kilometer, oder anders ausgedrückt, eine Entfernung Steyr – Enns – Linz und wieder zurück. Und das alles in einer Stadt, die räumlich so sehr beengt ist, äußerst schwierige topografische Verhältnisse aufweist und dessen erhaltungswürdiger Stadtplatz auf eine viele Jahrhunderte alte Geschichte, man kann fast sagen tausendjährige Geschichte zurückblickt.

Bezüglich Ihrer Wünsche zum Asphaltierungsprogramm 1979 sei festgestellt, daß wir uns nicht zuletzt auch im Hinblick auf das Jahr 1980 im verstärkten Umfang im kommenden Jahr bemühen werden. Sicherlich werden wir im kommenden Jahr auch nicht alle Wünsche restlos erfüllen können. Aber durch die budgetmäßige Aufstockung der hierfür notwendigen Mittel von bisher 5 Mill. auf 6 Mill. Schilling im nächsten Jahr wird es uns möglich sein, doch den größten Teil der berechtigten Wünsche weitgehendst zu berücksichtigen.

Eine bessere Dotierung gibt es auch, was die Straßenbeleuchtung, was das Beleuchtungsprogramm anbelangt. So wurde die Budgetsumme von bisher 300.000 Schilling jährlich auf 500.000 Schilling im kommenden Jahr aufgestockt und auch das wird es uns ermöglichen, im verstärkten Maß den Wünschen und Anregungen Rechnung zu tragen. Dazu möchte ich noch sagen, diese 300.000 bzw. 500.000 Schilling im kommenden Jahr reichen lediglich für Verbesserungen im Beleuchtungsprogramm. Das heißt, Leuchten austauschen und Schaffung zusätzlicher Lichtpunkte. Eine viel größere Summe verwenden wir darüber hinaus alljährlich, so auch im kommenden Jahr, für diesen Zweck im Zuge der Straßenneubauten.

Was nun die Reinhaltung unserer Straßen, Gehwege, Parkplätze und Grünflächen anbelangt, so geht mein Appell an alle Steyrer, dabei mitzuwirken, und unnötige Umweltverschmutzung hintanzuhalten. Durch den Ankauf einer neuen Straßenkehrmaschine, die wir heute im Stadtsenat beschlossen haben, wird es uns möglich sein, noch besser als bisher diesem Problem, zumindest was die Straßen anbelangt, zu begegnen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich hatte vor wenigen Wochen Gelegenheit, mit einer ehemaligen Steyrerin zu sprechen. Sie ist seit vielen Jahrzehnten im Ausland, sie ist in Übersee, sie kommt so alle 5 - 6 Jahre nach Steyr, um ihre alte Mutter und ihre Verwandten zu besuchen. Bei dieser Unterredung zeigte sie sich sehr beeindruckt, was in den letzten 5 oder 6 Jahren seit ihrem letzten Besuch in Steyr alles gebaut worden ist und sie hat abschließend gesagt, Steyr ist noch schöner und noch liebenswerter geworden. Es fällt ihr recht schwer, wieder von Steyr, ihrer alten Heimatstadt, wegzugehen.

Gibt es, werte Kolleginnen und Kollegen, ein besseres, ein schöneres Zeugnis für unsere Arbeit?
Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Nächster ist Gemeinderat Radler.

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Gestatten Sie mir, zu den Gruppen 6 des oH und aoH einiges zu sagen.
Es freut mich, daß ich das im Anschluß an den Verkehrsreferenten tun darf.
Ich möchte zuerst einen kurzen Rückblick auf das laufende Jahr machen und gleich mit einer fast Nebensächlichlichkeit beginnen. Sie wissen, ungefähr heute vor einem Jahr, bei der letzten Budgetsitzung, haben wir über eine dringend notwendige Markiermaschine für den städtischen Wirtschaftshof gesprochen. Ich muß sagen, daß durch die relativ geringe Anschaffung auf diesem Gebiet geradezu Revolutionäres im vergangenen Jahr geschehen ist. Wenn wir die letzten 2 Jahre vergleichen, nämlich 1977 und 1978, so sind im Jahre 1978 bis Ende April alle wichtigen Markierungen in der gesamten Stadt durchgeführt worden. Dank eines entsprechenden Nachdruckes des Stadtbauamtes sind auch die Markierungen von der Fremdfirma entsprechend zeitgerecht durchgeführt worden. Man könnte sagen, na warum ist das so wichtig, wenn im 77iger Jahr erst Ende Juli und im 78iger Jahr bereits Ende April die Markierungen fertig geworden sind oder durchgeführt worden sind? Lassen Sie mich aber die Unfallstatistik der Monate April und Mai der beiden Jahre gegenüberstellen. Wir haben 1977 im April und Mai in der Stadt Steyr 132 Verkehrsunfälle mit 61 Verletzten gehabt. Im Jahre 1978, nämlich heuer, waren es 106 Unfälle mit nur 33 Verletzten. Das sind um 26 Unfälle weniger und um 28 Personen wurden weniger verletzt. So könnte man sagen, daß die Neben-

sächlichkeit, wie ich sie vorhin bezeichnet habe, sehr wichtig geworden ist. 26 Unfälle weniger und um so viele Verletzte weniger, das kann man wahrlich als einen Erfolg in dieser Richtung bezeichnen, obwohl die Statistik nicht immer stimmen muß.

Nun zur Asphaltierung. Wir freuen uns darüber, daß, wie im vergangenen Jahr, das Asphaltierungsprogramm zeitgerecht durchgeführt wurde. Wenn ich zurückerinnere an das Jahr 1976, wo die Asphaltierung erst am Beginn der kalten Witterung gemacht wurde, damit waren wir nicht zufrieden gewesen. Aber im vergangenen Jahr und heuer ist das rechtzeitig abgewickelt worden.

Es ist auch erfreulich, daß bestimmte Straßenzüge staubfrei gemacht worden sind, insbesondere ist das im Gebiet rechts der Enns, von der Stadt aus gesehen, der Fall gewesen, die Asphaltierung der Haidershofner Straße, der Wegscheider Straße und der Mühlstraße.

Eine Ausgestaltung geradezu großstädtischen Charakters hat der Stefan Fadingerring erfahren mit einer neuen Fahrbahn, mit Gehsteig und einer modernen Beleuchtung, sodaß in diesem Gebiet fast – ich komme später noch auf eine Straße zurück – die Asphaltierung abgeschlossen ist. Erfreulich ist auch, daß die vor einem Jahr diskutierten Parkplätze für Behinderte in der Zwischenzeit realisiert worden sind, daß die Fußgeherüberführung beim Krankenhaus sich derzeit im Bau befindet, daß die Mülleimerbehälter, die im Jahre 1978 angefordert worden sind, so aufgestellt wurden, daß dabei auf die Verkehrssicherheit Rücksicht genommen wurde. Als Beispiele, wie solche Behälter nicht aufgestellt werden sollen, möchte ich jene, die vor dem Haus Bogenhausstraße Nr. 7 und entlang der Posthofstraße stehen, anführen. Wahrscheinlich werden diese dort noch längere Zeit so stehen bleiben. Ich wollte auch noch die Kehrmaschine erwähnen, der Referent hat aber bereits darüber gesprochen.

Ich möchte allen, die hier mitgewirkt haben, daß das im heurigen Jahr durchgeführt worden ist, meinen besonderen Dank aussprechen, an der Spitze dem Stadtbauamt und auch den Arbeitern und Angestellten des Städtischen Wirtschaftshofes.

Nun aber zum vorliegenden Budget und zum Jahre 1979. Zunächst das Verkehrskonzept. Wir freuen uns darüber, daß das Stadtbauamt das Verkehrskonzept erarbeitet hat mit verschiedenen Varianten und daß dieses Verkehrskonzept in mehreren Informationssitzungen des Gemeinderates behandelt worden ist und außerdem auch im Verkehrsbeirat diskutiert worden ist. Es ist zu hoffen, daß dieses Verkehrskonzept oder die Realisierung dieses Konzeptes so ausfallen wird, daß es weiten oder allen Bevölkerungsschichten Steyrs dienen wird, nämlich den Fußgängern wie den Autofahrern, aber auch den Gewerbetreibenden und nicht zuletzt den Besuchern der Stadt Steyr. Besonders begrüßenswerte Ansätze im Budget sind, daß für die Planung wieder ein Betrag von 200.000 vorgesehen sind. Wir hoffen, daß es zu dieser Planung auch kommen wird. Herr Bürgermeister hat bei einem Stadtteilgespräch im Casino gesagt, vor 1980 wird kein Baubeginn erfolgen. Wenn aber im Jahre 1979 die Planung durchgeführt werden würde, könnte noch immer die Ankündigung von Herrn Bürgermeister, nämlich im Jahre 1980 mit diesem Abschnitt zu beginnen, Realität werden.

Es ist erfreulich, daß für die Fußgeherüberführungen Blümelhuberstraße, Märzenkeller, Hubergutstraße und Marienstraße Beträge eingesetzt sind. Nicht unerwähnt soll aber bleiben, der Schloßleitenweg, der von Zwischenbrücken hinausführen wird bis zur Fraueninsel und eine Direktverbindung für Fußgeher zum Wehrgraben darstellen wird und außerdem ein sehr schöner Spazierweg in weiterer Folge bis nach Unterhimmel sein könnte.

Für die Parkplätze zur Tausendjahrfeier ist ein Betrag von 1 Mill. Schilling eingesetzt. Man sollte sich aber nicht, wie letztes Mal im Verkehrsausschuß bzw. in der Fraktionssitzung besprochen wurde, mit den 150 Parkplätzen, die im kommenden Frühjahr auf der Promenade entstehen, zufrieden geben, man müßte darüber hinaus bis zur Tausendjahrfeier etwa 500 zusätzliche Parkplätze für Pkw und etwa 30 Parkplätze für Omnibusse schaffen, um den Andrang zur Landesausstellung im Jubiläumsjahr bewältigen zu können. Dabei sollte man bemüht sein, Parkplätze nicht auf die ganze Stadt verstreut zu schaffen, sondern diese möglichst auf bestimmte Bereiche zu konzentrieren und von

diesen Parkplätzen, wo die Pkw-Insassen aussteigen, um zur Ausstellung zu gelangen, mit Pendelbussen zu befördern. Man könnte sich vorstellen, daß das erstens geschehen könnte im Bereich der neuen Handelskammer, wo das Grundstück, das für den Bau des Kreisgerichtes vorgesehen ist, herangezogen werden könnte. Es bieten sich aber in diesem Bereich noch weitere Grundstücke an, und zwar links von der neuen Bezirkshauptmannschaft ist ein Wiesenstück, das derzeit ungenützt ist,

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Gutenbergstraße!

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Ja, Gutenbergstraße, danke. ...das könnte leicht zu einem Parkplatz hergerichtet werden und weiters befindet sich ein Wiesenstück rechts von der Spitalskystraße zwischen den Schienen der Steyrtalbahn und dem Teufelsbach hinunter, wo man unter Umständen auch Abstellplätze schaffen könnte. Würde das geschehen, würde in diesem Bereich wenn man samstags oder sonntags die Parkplätze, die sich vor der neuen Handelskammer befinden und vor der neuen Bezirkshauptmannschaft dazurechnet, eine ganz schöne Anzahl von Parkplätzen vorhanden sein und es würde sich lohnen, von dort Pendelbusse zum Ausstellungsobjekt, nämlich zum Schloß Lamberg, einzusetzen. Desweiteren könnte man sich vorstellen, daß eine solche Konzentration von Parkplätzen auch beschaffen werden könnte etwa im Bereich Kaserngasse – Industrie-straße und von dort auch ein Pendelbus oder eine Pendelverbindung zur Ausstellung vorgesehen werden könnte. Dazu kommen Samstag und Sonntag auch noch die Parkplätze beim Hauptreparaturwerk und im Bereich der Steyr-Werke.

Natürlich, wenn ich jetzt einiges aufgezählt habe, so sollen damit alle anderen vorgesehenen Straßenbaumaßnahmen nicht abgewertet werden. Sie sind selbstverständlich alle zu begrüßen und dringend notwendig.

Nun einige Probleme, die vielleicht nicht ihren Niederschlag im vorliegenden Budget finden, aber vielleicht realisiert werden könnten oder sogar mit Sicherheit realisiert werden. Das ist zunächst einmal die Verampelung Sierninger Straße – Seifentruhe. Wir wissen, daß diese Ampelanlage bereits genehmigt ist. Es gilt danach zu trachten, daß diese auch möglichst bald installiert wird. Das nächste Problem, das ist gleich dort in diesem Bereich. Sie wissen, die Sierninger Straße zwischen der Kreuzung Wiesenberg und der Kreuzung Seifentruhe ist um einiges zu schmal. Ich will nicht unbescheiden sein, aber ich meine, wenn man mindestens einen halben Meter oder wenn es ginge einen Meter verbreitern würde und eine echte 2. Spur stadtauswärts bis zur Seifentruhe machen könnte, würde das verkehrsmäßig ein großes Plus sein. Ich darf also hier die Worte des Herrn Bürgermeisters zum Entwicklungskonzept anschließen, wo er – ich glaube er hat diese Stelle gemeint – 2 Ausdrücke gebraucht hat, und zwar eine Eng- und Erschwernisstelle, wie er es bezeichnet hat. Das trifft dort wahrlich zu. Wenn der innerstädtische Verkehrsring im gesamten Bereich noch so gut ausgebaut ist, es aber täglich am Abend zu Verkehrsbehinderungen kommt, weil der Linksabbiegende sich um ein paar Zentimeter zu weit rechts hinstellt, so kann der Rechte nicht vorbei. Ich brauche Ihnen das nicht zu erklären, Sie wissen das selbst. Nach einer Regelung schreit auch noch eine Kreuzung, und zwar ist das die Kreuzung Seifentruhe – Azwangerstraße – Taschelried. Wer die Situation dort kennt, es sind in diesem Bereich 2 Bushaltestellen und die Kreuzung wird auch von Schulkindern übermäßig stark frequentiert. Man müßte sich dort etwas einfallen lassen. Angeblich ist eine Verampelung aus verschiedenen Gründen, möglicherweise aus Frequenzgründen – also mangelnde Frequenz – nicht möglich. Man müßte sich aber doch etwas einfallen lassen.

Man müßte auch einmal überlegen, ob es nicht möglich wäre, die Feldstraße zumindestens teil- oder stückweise – man kann sie nicht auf einmal bewältigen – auszubauen. Besonders dringlich wäre hier das Stück zwischen der Steiner Straße und der Hochstraße. Dort sind sehr viele Siedlungshäuser. Es kommt dort täglich, da dieses Straßenstück nur einspurig ist, zu schwierigen Verkehrssituationen. Sie wissen sicher, daß viele Autofahrer

diese Strecke Richtung Sierning bzw. Richtung Wolfern wählen. Gerade in der Zeit zwischen 15.30 und 16.30 Uhr ist für die dortigen Straßenverhältnisse ein relativ starkes Verkehrsaufkommen zu verzeichnen.

Ich darf auch noch die Zufahrt zur Schlüßlmayrsiedlung, genaugenommen zur Schlüßlmayrstraße erwähnen. Es ist im Stadtteilgespräch Christkindl zum Ausdruck gekommen und es wird von der dortigen Bevölkerung gewünscht, die Anbringung von Leitbrücken und eventuell einer Randmarkierung, weil man angeblich bei Nebel nicht weiß, wo man sich befindet, ob man auf oder neben der Straße fährt.

Zu den Gehsteigen. Gehsteige wären unter Umständen erforderlich oder notwendig und da oder dort auch relativ leicht angebracht. Das trifft zu für die Wegererstraße, die Lohnsiedelstraße, die Leharstraße, an einigen Stellen des Taborweges, wobei besonders eine kritische Stelle kurz vor der Kreuzung mit der Posthofstraße ist, wo der Taborweg relativ schmal ist und die Fußgänger in den lebenden Zaun flüchten müssen, wenn sich dort zwei Pkw treffen. Klage geführt wird diesbezüglich auch besonders von den Bewohnern der Steiner Straße, und zwar in der Nähe vom Bauernhof Schützenhofer. Dort wurden einige Siedlungshäuser gebaut, sie sind schon bewohnt und die Schulkinder gehen in die Taborschule. Die Eltern sagen dort aus, daß sie jeden Tag um die Kinder zittern, daß sie gut zur Schule und wieder heim kommen. Sie wissen, daß dort ein paar besonders gefährliche Stellen sind, und zwar bei der Schnapsfabrik Purkhardt, wo die Straße sehr eng ist. Dort befindet sich eine Mauer, daher kann der Fußgänger kaum ausweichen. Die zweite gefährliche Stelle ist etwas weiter unten nach dem Feuerwehrdepot, wo der Transformator ist in der Kurve. Das sind gefährliche Stellen und es ist ein echter Wunsch, dort für die Fußgänger etwas zu tun. Ich weiß, daß das sehr schwierig ist, aber ich möchte das einmal hier deponiert haben.

Es sind noch zwei weitere Anregungen von Stadtteilgesprächsteilnehmern, und zwar die Sicherung des Unteren Schiffweges. Sie alle wissen, daß dieser Weg ein beliebter Spazierweg war oder ist. Die Leute gehen dort teilweise trotz Abschränkung und man sollte trachten, diese Steinwände, die den Steyr-Werken gehören, entsprechend abzusichern und diesen Weg, der häufig – besonders im Sommer – begangen wird, wieder eröffnen. Der nächste Punkt wäre die Stiege von der Aschacher Straße zur Schlüßlmayrsiedlung. Wir haben gehört, daß diese im Winter gesperrt ist, weil der Liegenschaftseigentümer sagt, er kann die Räumung nicht übernehmen und auch die Streuung nicht. Die Leute müssen daher große Umwege über die Straße machen. Meine Frage, ob es nicht möglich wäre, die Stiege in das öffentliche Gut zu übernehmen und in weiterer Folge im Winter auch zu betreuen? Das ist jedenfalls ein dringender Wunsch der dortigen Bevölkerung.

Nun zur vorhin angekündigten Asphaltierung von Straßen. Ich habe gesagt, rechts von der Ennser Straße stadtauswärts gesehen bleibt nur mehr die Förgenstraße übrig. Diese Straße wird nicht jedem ein Begriff sein, das ist die Zufahrt zur Jausenstation Paulmayr. Das ist in diesem Bereich noch die einzige Sandstraße.

Ein Gebiet, das man als weiße Fläche im Stadtplan bezeichnen könnte besteht noch zwischen der Ennser Straße und der Wolferner Straße. Das sind relativ lange Straßen und es wird nicht gerade billig sein, diese zu sanieren. Man sollte aber doch allen Ernstes daran gehen und dort etwas machen. Es handelt sich um die Hasenrathstraße, die Goldhanstraße, die Zehetnerstraße, der Dachsbergweg – das kurze Stück – und in Christkindl wäre noch die Goldbacherstraße zu erwähnen.

Wenn ich im Voranschlag lese, daß für den Straßenbau Dornach 1 Mill. Schilling eingesetzt ist, so glaube und hoffe ich, daß auch hier der Schritt zwischen der Ennser Straße und dem Friedhof Gleink gemeint sein könnte und wenn dieses Stück ausgebaut wird, dann wäre das sehr zu begrüßen, weil die derzeitige Zufahrt von der Gleinker Hauptstraße zum Friedhof außergewöhnlich schmal ist. Sie ist entlang des Klosters nur einspurig und es würde eine große Erleichterung sein, wenn man vom Friedhof Richtung Ennser Straße ab- bzw. zufahren könnte.

Als letzten Punkt die Straßenbeleuchtung. Ich darf hier fast die gleichen Wünsche wie im Vorjahr deponieren, und zwar die Feldstraße in dem Bereich, den ich vorhin erwähnt habe, der dringend ausgebaut werden müßte. Dann die Eisenstraße von der Neuschönauer Hauptstraße bis zur Stadtgrenze. Die Wolfernerstraße von der Firma Ratzinger bis zur Waldschenke und eventuell wäre auch noch eine Beleuchtung erforderlich von der Haager

Straße zum Abschnitt III in Münichholz. Das zur Straßenbeleuchtung.
Vielleicht gerade zur Tausendjahrfeier sollte auch untersucht werden, ob man nicht die Gehwege auf der Promenade und die Wege im Schloßpark, zumindest einen oder zwei, beleuchten könnte. Wenn es also im kommenden Jahr möglich wäre, diese von mir gemachten Anregungen zu verwirklichen und wenn wir hier das ganze Stadtgebiet sehen – nicht nur Stadtplatz oder Promenade – dann könnte man, um es mit den Worten des Finanzreferenten zu sagen, sagen, Steyr würde sich für die Tausendjahrfeier in einem festlichen Kleid präsentieren.
Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Nächster Sprecher Gemeinderat Manetsgruber. Anschließend Frau Gemeinderat Derflinger, Gemeinderat Holub und dann Vizebürgermeister Schwarz.

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Gestatten Sie mir als Arbeitnehmer der Steyr-Daimler-Puch und als Angestelltenbetriebsrat zu den Ausführungen, die heute verschiedentlich gefallen sind, Stellung zu nehmen. Auf die gegenwärtige Situation, die in den Steyr-Werken momentan herrscht, braucht man nicht näher darauf eingehen. Es ist durch diverse Pressemeldungen bereits bestens bekannt, und es ist bereits ausführlich berichtet worden. Ich könnte es mir aber genau so leicht machen, wie die Kollegin Liebl und sagen, aber das Management an dieser Misere oder das Management der Steyr-Daimler-Puch ist schuld, das überwiegend aus ÖVP-Angehörigen zusammengesetzt wurde, die dem Wirtschaftsbund angehören. Sie dürfen nicht vergessen, daß an der Spitze noch andere Herren stehen, z. B. Generaldirektor Malzacher.

Ich will mir das gar nicht so leicht machen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn ich darauf hinweisen darf, daß bei Steyr-Daimler-Puch speziell am Nutzfahrzeugsektor der Wettbewerb in den letzten Jahren sehr stark gestiegen ist. Wir haben ja gegen riesige Konzerne, wie Mercedes und dergleichen zu kämpfen. Ich möchte aber gleichzeitig darauf hinweisen, daß gerade am Exportsektor die Währungsverluste und im besonderen hier die Dollarverluste sehr stark ins Gewicht fallen.

Personalabbau ist aber sicher kein Allheilmittel, es ist für uns als Betriebsräte und Vertreter der Dienstnehmer sicherlich nicht richtig. Ich muß aber zur Ehre sagen, daß wir als Zentralbetriebsrat von der Steyr-Daimler-Puch verständigt wurden, mittels eines Briefes, wo ausdrücklich festgehalten wird von Herrn Generaldirektor Malzacher, daß man beabsichtigt, am Sektor Nutzfahrzeuge, 500 Arbeiter zu kündigen und gleichzeitig unter Anmerkung setzt, daß man auch bei den Angestellten eine Postensenkung um 10 % vorsieht. Ich möchte hier festhalten, daß es in erster Linie, sozialistischen Arbeiterbetriebsräten gelungen ist, diese Kündigungsliste, die ursprünglich 700 Leute vorgesehen hat, auf 187 zu reduzieren. Bei den Angestellten haben wir 40 Kündigungen erhalten. Davon war es uns möglich, 10 herabzusetzen.

Wenn ich mich, sehr geehrte Frau Liebl, ganz kurz noch mit Ihren Ausführungen beschäftigen darf. Man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashaus sitzt. Ich kann mich nicht erinnern, daß eine sehr nahe Angehörige von Ihnen sich gegen diese Kündigungen ausgesprochen hat. Ich möchte hier ausdrücklich betonen, daß die Kündigungen für jeden Einzelnen eine schwere Belastung und einen schweren Schicksalsschlag bedeuten. Es muß festgehalten werden, daß nicht der Betriebsrat, die Arbeitnehmervertreter, die Kündigungen ausgesprochen haben, sondern es hat wiederum die Firmenleitung auf Grund der wirtschaftlichen Lage diese Kündigungen ausgesprochen. Ich muß jetzt dezidiert die Frage an Sie richten: Warum glauben Sie hat der Obmann der ÖAAB-Betriebsgruppe gerade in meinem Bereich, im Materialwesen, auf die Liste der Angestellten - ich hätte das hier nicht gesagt - warum glauben Sie, hat von diesen 40 Angestellten der ÖAAB-Obmann der Betriebsgruppe und gleichzeitige Leiter des Materialwesens 7 Sozialisten oder der Sozialistischen Partei nahestehende Angehörige auf diese Liste gesetzt? Es ist sehr bedauerlich, aber ich muß noch auf eines hinweisen, ich hätte das auch hier nicht gesagt, aber weil man hier jetzt so tut, und es so quasi den sozialistischen Gewerkschaftern unterschieben möchte. Es ist eine angesehene Dame in Ihrer Organisation, in der ÖVP-Frauengruppe, die wissentlich die Personalleitung davon nicht in Kenntnis gesetzt, daß sie bereits Anspruch hat auf die gesamte Pension und es wurde auf anderen Umwegen versucht, sich den Arbeitsplatz zu erhalten. Ich möchte auch hier ausdrücklich sagen, daß diese Dame in der ÖVP-Betriebsgruppe den Anspruch sowohl auf die ganze Pension bei den Angestellten - sprich Zusatzpension - als auch auf die ASVG-Pension hatte. Aber es kann doch nicht so sein. Ich möchte hier ganz besonders betonen, es stimmt uns aber bedenklich, daß anscheinend unter dem Druck der Bank Maßnahmen am Personalsektor verlangt werden, die keine Verbesserung

der Konkurrenzfähigkeit, sondern eher eine Verschlechterung bringen. Haben wir es doch schon erlebt, daß in Betrieben Personalabbau in einem Ausmaß vorgenommen wurde, daß Aufträge nicht termingerecht oder gar nicht erfüllt werden konnten. Es mag für Bankiers beruhigend sein, wenn die Ertragslage und damit die Dividende stimmt. Für uns ist aber der Betrieb mehr als die Möglichkeit, Geld zu verdienen. Die Risiken für den Arbeitnehmer sind unvergleichlich größer, bedeutet doch ein Personalabbau gleichzeitig den Verlust des Arbeitsplatzes, den Wegfall einer Beschäftigungsmöglichkeit und innerhalb kurzer Zeit schwere persönliche Einschränkungen. Ist daher der Arbeitnehmer bereit, für die Erhaltung seines Arbeitsplatzes Belastungen auf sich zu nehmen, darf auch vom Besitzer – in dem Fall die Bank – erwartet werden, gleiches zu tun. Umso mehr da es sich um ein indirekt verstaatlichtes Unternehmen handelt, welches bisher durch seine Geschäftspolitik gute Gewinne erwirtschaftet hat. Die Verbesserung der Struktur unserer Betriebe in Steyr ist daher vornehmlich zu betreiben und die Lasten dürfen aber nicht alleine den Dienstnehmern aufgebürdet werden.

Sicherlich haben wir gegenwärtig mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Wir müssen versuchen, gemeinsam diese Schwierigkeiten zu überwinden, umso mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen wir es, daß die Ansiedlung des Motorenwerkes in Steyr gelungen ist. Es wird sicherlich noch eine Durststrecke von 1 – 2 Jahren sein, damit wir wiederum Anschluß finden und damit die Arbeitnehmer, die hier im Raum der Arbeit nachgehen wollen, auch Beschäftigung finden.

Es ist auch daran gedacht und Ihnen sicher nichts Neues, daß es vorerst 1000 neue Arbeitsplätze durch diese Motorenwerkgründung geben wird. Weitere 1000 Arbeitsplätze dürften nach ersten Schätzungen bei den Zulieferfirmen im Raum Steyr entstehen. Ich möchte nochmals, meine sehr geehrten Damen, ins Gedächtnis rufen und besonders darauf hinweisen, daß auch die Gemeinde Steyr beträchtliche Mittel aufwendet. Ich möchte nochmals erwähnen, daß wir als Stadtgemeinde eine Subvention in der Höhe von 21 Mill. erbringen, daß wir Aufschließungskosten von 15 Mill. leisten und außerdem Kosten für die Garconnierebauten der Stadt Steyr ebenfalls 15 Mill. erwachsen. Wir haben heute gerade gehört von unserem Bürgermeister, daß es eine Aussendung im ORF war, daß es gelungen ist, für die Steyr-Werke einen ERP-Kredit von 300 Mill. zur Verfügung zu stellen. Es freut uns ganz besonders, daß es dem Genossen Kreisky gelungen ist, in Verbindung mit diesem ERP-Kredit auch einen Kündigungsschutz bis zur Motorenwerkgründung zu vereinbaren.

Ich möchte noch ganz kurz erwähnen, daß alle diese Ziffern, die sowohl das Land oder diese Millionen sowohl das Land als auch die Stadtgemeinde beitragen und dieser Aufwand gerechtfertigt ist. Gerade als sozialistische Gewerkschafter müssen wir das begrüßen. Sichert doch diese Neugründung die weitere industrielle Entwicklung unserer Stadt und unserer Umlandgemeinden.

Ich möchte aber nicht abschließen, ohne nochmals als Vertreter der Angestellten hier in punkto Interventionen, im besonderen Bundeskanzler Kreisky, den beiden Landeshauptleuten, dem Land, zu danken. Dank dem Gemeinderat der Stadt Steyr für die Zustimmung bzw. für die Zurverfügungstellung dieser hohen Mittel. Ein besonderer Dank gilt aber unserem Bürgermeister Weiss für seine außerordentlichen Bemühungen. Er hat sich hier große Verdienste erworben. Unser erklärtes Ziel als sozialistische Gewerkschafter und auch des Gemeinderates muß es sein, die Arbeitsplätze nicht nur zu sichern, sondern zu erhalten und dafür zu sorgen, daß im Raume dieser Stadt, im Raume unserer Umlandgemeinden weitere Arbeitsplätze geschaffen werden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Manetsgruber. Nächste Sprecherin ist Frau Gemeinderat Derflinger. In Vorbereitung Gemeinderat Holub und anschließend Vizebürgermeister Schwarz.

GEMEINDERAT MARIA DERFLINGER:

Die Polemik von Frau Gemeinderat Liebl fordert mich natürlich heraus, darauf kurz aber deutlich Antwort zu geben.

Man muß es schon als sehr vermessen bezeichnen, daß gerade von unserer Partei, die am meisten dafür eingetreten ist, daß auch die Arbeitnehmer und Pensionisten an der Wohlstandsentwicklung unseres Landes den gerechten Anteil erhalten. eine Pensionsgarantie zu verlangen und dann noch damit die von Ihnen provozierte Verunsicherung der Pensionisten gerade uns zu unterstellen. Die Pensionisten sind, das darf ich Ihnen sehr deutlich sagen, in der Lage, Ihnen solche Schauermärchen nicht abzunehmen. Eines werden Sie auch nicht entkräften können, nämlich, daß die Pensionen in Österreich seit 1970 um 150 % erhöht wurden und allein die Bauernpensionen um mehr als 500 %. Ab 1. Jänner 1979 werden die Pensionen um weitere 6,5 % ansteigen, also um 1,8 % mehr als die Kollektivvertragsregelungen gebracht haben. Keine Regierung hat also bisher so viel für die Pensionisten getan, wie unsere. Und auch die vielen Sozialeinrichtungen in unserer Stadt, die meine Kollegin Kaltenbrunner bereits aufgezeigt hat, die vorrangig gerade unseren älteren Menschen zugute kommen, widerlegen ebenfalls sehr deutlich jene polemische Schwarzmalerei.

Auch die 10 Stadtteilgespräche haben sehr deutlich gezeigt, daß von der Vielzahl der Anregungen und Wortmeldungen keine einzige dabei war, die den Sozialsektor berührt hätte. Würden wir uns zu wenig um die Pensionisten und die ältere Generation kümmern, wie Sie das behaupten, dann hätte sich das sicher bei den Stadtteilgesprächen bemerkbar gemacht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag der Kollegin Derflinger. Nächster Herr Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren!

Zurück zum eigentlichen Voranschlag, wollen wir doch die Stimmung jetzt nicht mit Wechselreden weiter aufheizen. Es ließe sich sicher für das eine und gegen das andere das eine oder andere Argument noch finden. Sie werden aber von mir jetzt nicht erleben, daß ich in dieser Stimmung weitermache, wie es die beiden Vorredner vollzogen haben.

Sie gestatten mir einige Bemerkungen, bevor ich mich mit dem Budget auseinandersetze. Die heutige Sitzung hätte, von verschiedenen Meinungsverschiedenheiten abgesehen, sehr erfreuliche Aspekte für die Zukunft gesetzt. Die Eröffnungsredner der heutigen Debatte haben anklingen lassen, daß massive Bereitschaft besteht, zusammen zu arbeiten. Ein Beitrag am heutigen Tag, der mir am besten gefallen hat bisher, war der von der Emotion geprägte des neuen Kollegen Dr. Burger, der Parteienressentiments beiseite gestellt hat und absolut betont hat, es geht uns alle an, daß unsere Stadt Steyr voran kommt, daß die Probleme, die hier in Steyr anstehen, nicht durch Gegenseitiges beseitigt werden können, sondern daß man tatsächlich kritisch an die Situation herangeht, eine vernünftige Analyse macht, wo gibt es Defizite – ich meine jetzt nicht finanzielle, sondern Defizite im Angebot, insbesondere in der Infrastruktur, die ja Dr. Burger zum Element angezogen hat. Wenn man an diese Infrastruktur herangeht, so muß man sich vorerst einmal überlegen, was verstehen wir denn eigentlich im allgemeinen unter Infrastruktur hier in unserer Stadt? Da würde ich sagen, ist eigentlich ziemlich alles davon betroffen.

Mein Teilbereich aus dem Budget, den ich zu bearbeiten habe, ist einer, der mit Infrastruktur relativ viel zu tun hat, wenn auch nicht mit Straßen oder sonstigen Dingen. Ich habe mich in erster Linie mit Kultur auseinanderzusetzen in meinem Aufgabenbereich, den mir meine Fraktion zuweist.

Kultur, das ist das Schöne daran, wenn man unter Kultur nicht nur Kunst versteht, ist eben die Summe – das habe ich schon mehrmals gesagt – aller Lebensäußerungen, die eine Bevölkerung imstande oder auch nicht imstande ist von sich zu geben. Wie weit wir dazu beitragen können, daß die Bevölkerung aktiv Lebensäußerungen von sich gibt, das

liegt an uns selbst. An uns als Gemeindevertreter, an uns auch als politische Parteien, die nichts anderes sind als die Vertreter der Bürger. Diese Parteien haben eben die Interessen der Bürger in erster Linie zu verfechten, das wissen Sie mindestens ebenso gut wie ich, weil Sie ja zum allergrößten Teil an Jahren älter sind als ich. Verstehen Sie bitte die Arbeit der Gemeindepolitik und das bitte ich Sie aufrichtig, so wie es heute begonnen hat, in Zukunft weiterhin mit uns gemeinsam als Dienst am Bürger. An uns wird es sicherlich nicht liegen.

Wenn das heurige Jahr vielleicht etwas schwungvoll begonnen hat, so könnte es doch mit Zähnezeigen in einer anderen Richtung enden. Sie wissen ja, meine Damen und Herren, meine Herren Bürgermeister, die netteste Form einander die Zähne zu zeigen ist noch immer das Lächeln und es wäre sehr erfreulich, wenn wir einander in Zukunft lächelnd und ehrlich begegnen könnten ...

Gelächter

Das Zähnezeigen, auf die humorvolle Art bewerkstelligt, wird uns sicherlich gelingen – an mir wird es sicher nicht scheitern – damit Reibungsmöglichkeiten zu vermeiden, wenn wir alle zusammen bereit sind im politischen Gegner nicht den Feind, sondern nur jemanden anderen zu sehen, der zwar nach anderen Maximen handelt, aber auch nur eines im Auge hat, nämlich die Interessen der Stadt Steyr, für die er als Vertreter in diesen Gemeinderat berufen wurde. Fassen Sie das bitte als ehrliche Meinungsäußerung von mir auf und nicht als irgend eine Stellungnahme, die jetzt einer gemacht hat, der am Jahresanfang etwas heftiger war und jetzt herabgedämpft wurde. Es geht, meine Damen und Herren, wirklich um unser Steyr, das in wahrlich sehr ernster Situation ist. Die Budgetentwicklung beweist es uns im Jahre 1978 schon, als wir aus dem ordentlichen Haushalt weniger dem außerordentlichen zuführen konnten, als das im Präliminar veranschlagt war. Das gibt uns also zu denken, wenn schon im ordentlichen Haushalt massive Dinge auftreten, die nicht vorhersehbar waren. Wir müssen uns also bemühen, gemeinsam mit diesem Unvorhersehbaren fertig zu werden, wir müssen uns gemeinsam bemühen, im politisch anders Denkenden nicht immer den Bösewicht zu sehen. Auch das, meine Damen und Herren, wäre Kultur, wenn Sie so wollten.

Einzelne Bereiche aus dem diesjährigen Voranschlag seien mir trotz der vorgerückten Stunde und ähnlicher Debattenbeiträge noch gestattet, zu erwähnen. Ein Lächeln mir gegenüber beweist mir und ein Zwischenruf quer über die Bänke zur Eröffnung der Sitzung beweist mir weiterhin, daß man damit rechnet, daß ich Sie auf die Einsparungsmöglichkeit, die sich durch die Musikschule bietet, aufmerksam mache. Das bin ich meiner Überzeugung schuldig, daß ich das tue. Sie wissen, daß ich nicht ganz unrecht habe damit. Diskutiert haben wir dieses Problem reichlich oft.

Ein kleiner Schönheitsfehler ist ins Budget eingeschlichen, das ist Ihnen als Budgetierende wahrscheinlich auch schon aufgefallen, wahrscheinlich war es zu spät, das zu beheben. Sie haben unter der VP Schulen die Mietzinsen für Leasing-Küchen noch mitbudgetiert. Mittlerweile haben wir diese Einrichtungsgegenstände ja angekauft. Die Leasingmiete ist also sicherlich nicht mehr zu entrichten. Es soll Schlimmeres geben. Auf Seite 57 im ordentlichen Haushalt unter Ausgaben ...

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wahrscheinlich war das Druckwerk schon fertig. Das dürfte dafür der Grund sein. Nachdem aber von Kultur Kunstpflege allein nicht auszuschließen ist, möchte ich noch einen weiteren Gedanken in diesen Raum hereinbringen, der durch den Ausfall der Theatersaison in unserer Stadt entstanden ist.

Der längst fällige Umbau des Stadttheaters geht vor sich – wie weit es billiger gewesen wäre ein neues zu bauen, das ist wieder ein anderes Kapitel, das werden wir jetzt nicht ausdiskutieren, jetzt schauen wir einmal, daß dieser Umbau fertig wird – und kann zu dem Gedanken Anlaß geben, daß man die Bemühungen einer privaten Gruppe, ein Kellertheater zu betreiben, mit finanziellen Beigaben seitens der Stadt würdigt.

Es ist sicherlich nicht zu vergleichen die Tätigkeit eines Kellertheaters mit der schönen Tätigkeit des großen Hauses, des Linzer Landestheaters, das uns mit Gastspielen erfreut. Aber es wäre immerhin eine Möglichkeit, bei der Theaterausübung hier in Steyr. Einrichtungen zur Kunstpflege. Bitte vielleicht läßt es sich bewerkstelligen, daß dieser Verein, der das Kellertheater betreiben will – an den Herrn Bürgermeister sei diese Bitte gerichtet als Kulturreferent der Stadt Steyr – daß er diesem Verein und dessen Bitten nahe tritt, die Stadt möge das Kellertheater subventionieren bzw. die nötigen Baumaßnahmen fördern.

Zur Altstadterhaltung und Ortsbildpflege, die auch ein Teil des Kulturvoranschlags sind, möchte ich in Erinnerung rufen, daß wir als Gemeindevertreter die Aufgabe haben, alle Aktivitäten, die mehr Leben in unsere Innenstadt hineinbringen, zu fördern. Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, ans Herz legen, solche Aktivitäten wie Schanigärten etc., die nur ein kleiner Beitrag sein können, das Stadtleben, abgesehen vom Parkplatz zu gestalten. Unser Stadtplatz ist wahrlich so schön, daß er es wert wäre, mehr zu sein als großflächiger Parkplatz. Zumindest an Wochenenden hat ein Versuch bewiesen, daß ein Schanigarten nicht nur angenommen wird, sondern daß er aktiv zum Bürgerbewußtsein beitragen könnte. Die Städte, meine Damen und Herren, haben ja das große Problem, daß ihre Bürger immer mehr weg kommen vom Bewußtsein, ich bin Teil dieser Stadt, daß der Bürger immer mehr dazu neigt, Einrichtungen, die ihm von der Verwaltung mehr oder weniger geboten oder präsentiert werden, zu konsumieren oder auch nicht. Und der Drang, der unsere Zeit prägt, zum Zweitwohnsitz in der Umgebung beweist ganz heftig, daß unsere Städte nicht immer in der Lage sind, Wohnbedürfnisse, die mehr als Schlafstätte darstellen, abzudecken. Es wird unsere Zeit also sicherlich wenn wir nicht alle Maßnahmen unternehmen, in die Verhüttelung der Gegend in die Geschichte einzugehen. Als Epoche der Verhüttelung. Es ist also Aufgabe aller Gemeindevertreter zu versuchen, daß der Bürger veranlaßt wird, sich mehr mit seinen Kommunen zu identifizieren und daß er mehr Lebens- und mehr Freiraum in den Städten erlangen kann. Dazu werden wir ganz erheblich beitragen können als Gemeindevertreter, so denke ich ehrlicher und aufrichtiger Meinung.

Ein weiteres Kapitel wurde heute schon oftmals angeschnitten, das ist jenes der Wohnbautätigkeit. Mehrere meiner Vorredner haben dazu schon Stellung genommen. Ein Gedanke noch weiter dazu und ich befinde mich in bester Gesellschaft, wenn ich diesen Gedanken hier wiederhole. Meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, Ihr Landesrat Neuhauser hat selbst das schon wiederholt, was mir mehrmals schon in diesem Raum zur Debatte gestellt haben, nämlich die Errichtung von Eigentumswohnungen auch durch die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr. Nicht nur aus Gründen der Finanzierbarkeit, auch aus Gründen der attraktiveren Wohnungsaufwandsgestaltung durch das Ansprechen von Eigentumswohnungen. Dazu käme ja noch etwas, das in das von mir vorhin Angezogene wunderschön hinein passen könnte, nämlich das Identifizieren des Bürgers mit seinem Wohnraum, mit dem Haus, in dem er lebt, in dem er Eigentümer der Wohnung ist. So wird er viel eher bereit sein, erstens das Haus zu schonen, in dem er lebt. Vergleichen Sie die Inneneinrichtungen der Wohn-Miethäuser mit den Inneneinrichtungen von Eigentumshäusern, so werden Sie feststellen, daß jeder einzelne Bewohner eher geneigt ist, das, was ihm anteilig gehört, eher zu schonen, als das, was er in Miete hat. Prüfen Sie sorgfältig den Gedanken und ich richte den Appell an Sie, die GWG möge endlich an die Errichtung von Eigentumswohnungen schreiten. Ich bin überzeugt, ich richte keine Fehlbitte.

Zum Abschluß noch etwas. Der Sportplatz der Taborschule wurde auch heute schon mehrfach angezogen. Mehrere Jahre hindurch befindet sich die Anschlagspost im außerordentlichen Haushalt. Ich glaube im Interesse unserer Kinder sagen zu können, daß es schön wäre, wenn dieser Sportplatz tatsächlich saniert würde, daß er mit Erfolg den Kindern zur Verfügung stünde und kein leerer Ansatzposten sein sollte.

Überhaupt haben Sie beim diesmaligen Voranschlag einige Erinnerungspositionen wegfällen lassen, die zur Budgetbereinigung dienen konnten. Es sind die Vorhaben zum Teil ins Budget aufgenommen worden, die uns im vergangenen Jahr mit veranlaßt haben, abgesehen von äußeren Einflüssen, dem Voranschlagsentwurf nicht beizutreten.

Die Dinge sind jetzt alle im Budget enthalten. Wollen wir in diesem Sinne, meine Damen und Herren, die Ärmel aufkrepeln und zusammen für Steyr arbeiten. Dieses zusammen ist extrem notwendig in einem Wahljahr, in dem naturbedingt Emotionen höher gehen könnten, so fürchte ich, als sie eigentlich sollten. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag. Um meinerseits eine Wortmeldung zu vermeiden, eine Ergänzung dazu. Es ist an die Abt. IX, das Kulturamt, bereits die Weisung vor einiger Zeit ergangen, mit Ende Jänner Vorschläge für neue Initiativen an mich heranzutragen. Es ist auch dabei beabsichtigt, eine verstärkte Eigeninitiative, und eventuell auch Ergänzungen und Umschichtungen im ganzen Kulturbereich in Erwägung zu ziehen. Das nur zu Ihrem Beitrag.

Wir kommen zum nächsten Beitragsredner, das ist Kollege Schwarz.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren!

Es wurden bisher in der Debatte doch einige Probleme angeschnitten, die mir sowohl als Referent beantwortenswert erscheinen, als auch als Fraktionsobmann und ich möchte gleich eingehen auf den Wunsch des Kollegen Fuchs, der angeführt hat, daß er sich vorstellen könnte, daß wir Einsparungen vornehmen könnten auf dem Gebiet der Subventionen an die verschiedensten Vereine. Dazu darf ich doch sagen, daß gerade die Vereine es sind, die weite Bereiche des Freizeitens in unserer Stadt gestalten und daher diese Förderung, so glaube ich, gerechtfertigt ist. Du hast gesagt "Träufelsubventionen". Ich muß dazu sagen, daß wir sehr froh wären bei den sozialistischen Vereinen, wenn manches Mal so ein Wolkenbruch nieder ginge, wie das der Fall war bei der Turnhalle. Da war die Subvention gar nicht so gering, glaube ich. Damals warst Du auch einverstanden mit dieser Subvention. Wir haben auch Vereine in dieser Größenordnung, die bei weitem nicht diese Subventionsgrößen erhalten.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das waren nur 3 kleine Millionen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Mit diesen 3 Mill. warst Du ja einverstanden, die Kleinen soll man aber Deiner Meinung nach "dunsten" lassen.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Im Zusammenhang mit der Förderung einer Subventionsordnung ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bitte lassen wir den Diskussionsredner ungestört reden.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Es wurde desweiteren mehrmals angeführt, daß wir auf dem Sektor des Wohnbaues zurückgeschaltet haben mit der Subventionierung. Nicht nur von Dir, sondern auch von anderen Fraktionssprechern und Debattenrednern. Dazu darf ich sagen, daß ich hier schon mehrmals angeführt habe, daß eine finanzielle Veränderung der Förderung seitens der Stadt für die GWG- oder andere Wohnbauten zur Folge hätte, daß wir nicht dem Mieter diese Förderung zugute kommen lassen, sondern daß wir als Sponsoren der Wohnbauförderung auftreten würden, weil dem Mieter unmittelbar das gar nicht zugute kommt, weil durch die Subjektförderung bei einem niedrigeren Mietzins die Zuschüsse seitens des Landes entsprechend honoriert werden. in den einzelnen Fällen. Ich glaube, darauf habe ich schon sehr oft verwiesen, und deshalb glaube ich auch, daß wir diese Mittel, die wir aus einem anderen Topf bekommen, ohne weiteres ersparen können.

In diesem Zusammenhang auch gleich zum Eigenheimbau. Wir haben versucht, auch in der Waldbrandsiedlung etwas zu erreichen, was einmalig war nach 1945 und ich glaube, daß diese Lösung gut angekommen ist. Die Nachfrage nach Eigenheimen ist sicher gegeben, aber

nach Wohnhäusern. Die Nachfrage, das darf ich hier als Wohnungsreferent sagen, nach Eigentumswohnungen besteht in Steyr kaum, soweit ich das beurteilen darf. Ich kann Ihnen sagen, seit ich das Wohnungsreferat habe – ich habe kurz eine Statistik gemacht – hatte ich an die 14.000 Vorsprachen und vielleicht 3 oder 4 insgesamt haben sich wegen einer Eigentumswohnung erkundigt. Die Nachfrage nach Eigentumswohnungen ist meines Erachtens nach in Steyr kaum vorhanden. Ich kann Ihnen auch sofort Wohnungsgenossenschaften in Steyr sagen, wo Sie morgen eine Wohnung bekommen, weil welche frei sind. Ich meine Eigentumswohnungen. Das ist kein Problem.

Ein weiteres Problem ist die Finanzierung dieser Wohnungen. Die Eigenmittel, die hier aufzubringen sind, sind doch jetzt schon in Höhen von 1,1 – 1,5 Millionen Schilling. Das sind Riesenbeträge für einen Arbeiter oder Angestellten, die er eben nicht aufbringen kann, trotz Förderung nicht aufbringen kann. Wenn jemand so viel Geld hat, entschließt sich in der Regel lieber zum Bau eines Hauses als für eine Eigentumswohnung. Bitte das in Ihre Überlegungen einzubeziehen. Ich bin deswegen nicht bereit, hier große Überlegungen anzustellen, das sage ich ganz offen, weil ich glaube, daß in unserer Stadt der Bedarf nicht gegeben ist. Das möchte ich hier ganz eindeutig sagen. Ein weiterer Punkt, der angeschnitten wurde in der Debatte von Kollegen Wallner, er hat gesagt, daß Kollege Trauner bei seinem Besuch zugesagt hat, die Ausstellungshalle entsprechend zu unterstützen. Du bist mir sicher nicht böse, wenn ich Dir ein Detail verrate aus diesem Gespräch, ich war ja dabei und muß sagen, daß Trauner nicht in Begeisterungstürme verfallen ist, als dieser Wunsch vorgetragen wurde. Er ist, glaube ich, auch der Auffassung, das hat er angeführt, daß für einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum im Jahr, für 1 Woche oder 14 Tage, eine hohe Subvention nicht sehr günstig ist. Er hat deswegen das, was Du in Deinem Beitrag gesagt hast, angeführt, man sollte diese Halle während des ganzen Jahres versuchen, in irgend einer Form zu nützen. Ich glaube aber, daß man in diesem Zusammenhang die Gespräche fortführen sollte, aber auch nicht unberücksichtigt lassen darf, daß der risige Parkplatz dort verloren geht für die Gemeinde, weil er dann verbaut wäre. Zum Beispiel könnte es zu Problemen kommen könnte zu Allerheiligen, Allerseelen usw. Da würden sich sicher Probleme ergeben, denn der Parkplatz ist meist komplett verparkt. Das darf ich zu diesen Dingen sagen.

Frau Kollegin Liebl hat mich, genau so wie die Kollegin Derflinger, sicherlich am Nerv getroffen. Aber zuerst möchte ich noch etwas anderes sagen. Das ist eine politische Aussage gewesen, die die historische Entwicklung sicherverdreht.

Zuerst zum anderen, zum Wohnungsfall, den Du angezogen hast. Es ist tatsächlich ein Fall, der bedauernswert ist, das gebe ich zu. Ich kenne den Fall schon sehr lange und kann, da es kein Geheimnis ist, auch den Namen hier sagen, Wenger. Das ist eine Frau, die behindert ist, geistig behindert ist, das muß ich auch sagen. Sie ist mir durch Vorsprachen schon mehrere Jahre bekannt, weil sie eine Einraumwohnung hat und eine Zweiraumwohnung wollte. Sie ist mir aber nicht nur durch ihre Vorsprachen bekannt, sondern auch durch die Vorsprachen der Hausparteien. Ich muß das auch hier sagen, daß es da Probleme gibt und das Verständnis der Mieter für solche Menschen nicht sehr leicht zu finden ist. Das sage ich ganz eindeutig.

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:

Es gibt kein Recht, jemanden hinauszuerwerfen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Das weiß ich und darauf werde ich noch eingehen. Ich habe eine Unterschriftenliste von diesen Hausmietern, die schon vor Jahren verlangt haben, daß diese Partei aus diesem Haus hinauskommt, weil sie auf Grund ihres Zustandes Handlungen setzt, für die sie nicht verantwortlich ist, das gebe ich ohne weiteres zu, die aber die Mitbewohner nicht verstehen. Sie hat sogar schon Mieter bedroht – das wurde mir gesagt – und auf Grund einer solchen Drohung ist auch die Einweisung in die Heilanstalt erfolgt. Die Frau Wenger ist dann zurück gekommen, es ist nicht während des Aufenthaltes in dieser Heilanstalt passiert, sondern sie wurde mehrmals aufgefordert, so wie jeder Delogierungsfall, von der Rechtsabteilung, ihren Mietrückstand zu bezahlen. Das ist nicht geschehen. Sie ist auch nicht hergekommen. Wir haben diese Frau nicht gekannt, ich habe es auch nicht gewußt, das muß ich offen sagen. Ich möchte mich nicht ausreden, sondern nur die Problematik schil-

dern. An Frau Wenger ist daraufhin, nach der 3. Mahnung, auf die sie nicht reagiert hat, der Delogierungsantrag bei Gericht durchgegangen. Das Gericht prüft in jedem Fall sehr genau. Die Entscheidung darüber obliegt ja nicht uns, sondern dem Gericht. Es hat also ein unabhängiges Gericht entschieden, daß diese Frau zu delogieren ist. Ich verurteile das, weil es nicht in Ordnung ist, das gebe ich zu. Ich habe daraufhin vom Wohlfahrtsamt, von Herrn Wohlfahrtsdirektor, die Mitteilung über diesen Fall bekommen. Herr Dr. Knapp wird das bestätigen, wir sind gemeinsam dorthin gefahren, sie ist derzeit im Bruderhaus untergebracht und ich muß sagen unter denkbar schlechten Umständen. Ich habe sofort veranlaßt, daß, so bald eine entsprechende Wohnung frei wird, daß dieser Fall gelöst ist und sie wieder ein menschenwürdiges Heim hat. Das möchte ich dazu sagen. Es ist vollkommen richtig, daß solche Dinge aufgezeigt werden, aber ich bitte auch um Verständnis um die Problematik, die sich um solche Fälle bewegen. Es ist auch nicht leicht, diese Frau in einem normalen Miethaus unterzubringen, weil dort die Widerstände der Mieter sofort wieder auftreten. Wir sind bestrebt, hier einen Weg zu finden. Zum Zweiten, bezüglich der Renten und Pensionen. Ich glaube nicht, daß Du die historische Entwicklung kennst, die dazu geführt hat, daß die soziale Sicherheit für unsere älteren Menschen heute gegeben ist. In den Kindheitstagen, wenn man das so sagen kann - Entschuldigung, wenn ich etwas weiter zurückgreife - der Sozialdemokratie war es eine der Hauptforderungen, daß die Zustände, die gerade für die älteren Menschen geherrscht haben, abgeschafft wurden. Die Vorgänger gerade der Volkspartei, die Christlichen, aber auch auf liberaler Seite wurde überhaupt nichts getan, diese Zustände, die seinerzeit bestanden haben, zu verringern. Es hat einen Leitspruch gegeben, einen Teil daraus darf ich sagen, der Leitspruch dieser Sozialdemokraten, die sich das zum Ziel gesetzt haben, hat geheißen: Was wir ersehnen von der Zukunft werden, daß unsere Kinder in der Schule lernen und unsere Alten nicht mehr betteln gehen. Dieser Leitspruch wurde seinerzeit als Utopie hingestellt und ist sicher ausschließlich aus der Arbeiterbewegung entstanden. Es ist heute eine Zumutung, wenn man von jener Partei eine Pensionsgarantie verlangt, die das gegen den Widerstand der konservativen Kräfte erkämpft hat. Der Widerstand ist deswegen gekommen, weil man immer gesagt hat, die Freiheit der Menschen muß gewahrt werden. Denken Sie doch zurück, wie schwierig es war, die Bauernpension einzuführen, weil die Bauern immer gesagt haben wir wollen frei sein, wir wollen von einem Versicherungssystem nicht abhängig sein. Heute sind alle sehr froh, daß dieses System eingeführt ist. Seinerzeit waren diese sozialen Leistungen die Errichtung von Armenhäusern, die Unterbringung solcher Menschen in sogenannten "Auszüglerstuben" und diese Menschen, die von einem Bauern zum anderen gegangen sind um ihre Suppe. Das war die ganze soziale Leistung seinerzeit. Erkämpft haben das die Sozialisten, das möchte ich ausdrücklich sagen, daß es heute so weit ist. Von dieser Partei zu verlangen, daß sie diese Leistungen garantiert, die sie selbst erkämpft hat, das kommt mir so vor, als wenn ich zu einem Pfarrer sage, er soll in die Kirche gehen. Das möchte ich zu diesem Punkt sagen.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Schwarz für seinen treffenden Abschluß. Wir kommen zu den nächsten Rednern. Nächster ist Gemeinderat Dresl, anschließend Dr. Burger.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Seit wann ist der sozialistische Minister Androsch von der SPÖ ausgeschlossen worden? Der hat das nämlich als Erster gesagt!

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren!

Vielleicht als Nachsatz zu dem, was unser Vizebürgermeister gesagt hat, Bauernpensionen. Ich habe mir die Statistik herausgesucht und die demonstriert es ja eindeutig. Bei den Angestelltenpensionen ist kein Zuschuß vom Bund notwendig, bei den Arbeitern pro 100,- S 37,50, bei der Gewerblichen Wirtschaft 79,60 S/100,- S und bei den Bauern 89,60 S. So schaut der Zuschuß des Bundes für die Pensionen aus. Das war nur, weil es gerade gepaßt hat.

Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz, bevor ich auf einige Debattenredner eingehe, mich mit einem Problem des Budgets beschäftigen.

Bei den Beratungen zum Budget 1979 innerhalb der sozialistischen Fraktion wurde auch der Wunsch der FPÖ-Gemeinderatsfraktion mitgeteilt, ein Büro für Bürgerinitiativen und eine Besetzung dieses Büros durch einen städtischen Ombudsmann in das Budget aufzunehmen. Dazu möchte ich folgendes sagen: Wir alle im Gemeinderat bekennen uns zur bürgernahen Verwaltung. Ich glaube auch, daß auf Landesebene in all diesen Fragen, die sich bei Änderung des Stadtstatutes und der OÖ. Gemeindeordnung ergeben haben, der sozialistische Gemeindeferent Landeshauptmann-Stellvertreter Hartl ein Mitstreiter gewesen ist. Wie sieht nun aber die Situation in der Stadt Steyr wirklich aus? Zunächst haben wir gerade in letzter Zeit Stadtteilgespräche abgehalten, zu denen jeder Bürger eingeladen war und bei denen jeder Bürger Gelegenheit hatte, mit den Bürgermeister und Vertretern der Stadt direkten Kontakt aufzunehmen. Darüber hinaus aber müssen wir doch ehrlich sein, daß eine direkte Kontaktnahme fast nirgends so leicht ist wie in Steyr. Wir haben einen Beschwerdebriefkasten, der sich in der Eingangshalle des Rathauses befindet, er wurde seinerzeit bekanntgemacht; es kommen allerdings sehr wenige Beschwerden auf diesem Wege herein. Die Sprechstunden der Stadträte wurden in der Presse und im Amtsblatt publiziert, man kann sie auch jederzeit wieder neuerlich bekanntmachen, und jeder Stadtrat steht während dieser Stunden immer zur Verfügung. Unser Bürgermeister hält seine Sprechtage ab, ebenso seine beiden Bürgermeister-Stellvertreter. Wie sieht es auf dem Sektor Beamtenschaft aus? Es steht die Beamtenschaft zur Verfügung, es werden ja nicht alle Beschwerden über den Magistratsdirektor sein, er ist so wie alle Abteilungsvorstände während der gesamten Dienststunden für Vorsprachen und auch Beschwerden zur Verfügung, und soviel mir bekannt ist, spielt sich auch in dieser Beziehung einiges ab. Die Beamten werden sehr viel mit Beschwerden und dergleichen befaßt. Zum größten Teil finden diese Anregungen eine sofortige Erledigung, oft sogar auf telefonischem Wege. Wir haben aber auch die Erreichbarkeit jedes einzelnen Gemeinderates im Amtsblatt der Stadt Steyr kundgemacht und wir werden sicherlich bei der Neuerstellung des Gemeinderates bei der nächsten Gemeinderatswahl diese Mitteilung für die Bevölkerung wiederholen, sodaß jeder weiß, an wen er sich wenden kann. Daß dies auch funktioniert, kann ich selber bestätigen. Der Tagesordnungspunkt Allfälliges ist in der sozialistischen Gemeinderatsfraktion fast der wichtigste. Hier werden ununterbrochen und ständig Beschwerden, Mitteilungen und Wünsche vorgebracht, und die zuständigen stadträtlichen Referenten bzw. der Magistrat muß Rede und Antwort stehen. Es gibt fast kein Gebiet und keinen Einzelfall, der nicht auf diesem Wege eine Behandlung findet. Ich weiß aber auch, daß in der ÖVP-Fraktion eine ähnliche Vorgangsweise herrscht, denn auch hier werden viele verschiedene Vorbringen dann gegenüber der Stadtverwaltung geäußert. Es ist mir schon bewußt, und ich habe auch die Maßnahmen begrüßt, daß auf Bundesebene ein Ombudsmann eingeführt wird, denn der Weg nach Wien zu den Bundesdienststellen ist weit und ein Minister wohl sehr schwer erreichbar. In der überschaubaren Stadt Steyr mit 36 bekannten Gemeinderäten, davon 6 Stadträten und 3 Bürgermeistern, mit einem unmittelbaren Nahverhältnis zu der Verwaltung selbst, glaube ich, ist es nicht notwendig, einen solchen Ombudsmann zu schaffen. Jedenfalls der sozialistischen Fraktion sind keine konkreten Hinweise dafür bekannt. Ein Büro für Bürgerinitiativen, ja, was stellt der Magistrat anderes dar? Gleichgültig, ob direkt oder indirekt über einen Gemeinderat, über eine Fraktion oder über irgend einen Verein werden ständig an uns Forderungen und Wünsche herangetragen, also Initiativen aus der Bürgerschaft ergriffen und diese werden behandelt. So gesehen ist der ganze Magistrat nichts anderes als ein solches Büro, und sehr viele Aktionen, die wir setzen, stammen oder fußen auf Anregungen, die aus der Bürgerschaft an uns gekommen sind. Was soll also so ein Büro? Wir werden versuchen, unsere Auskunftsstelle im Rathaus unten besser auszubauen, damit der dort diensthabende Mitarbeiter in der Lage ist, jeden, der eine Anfrage hat, gleich an die richtige Stelle zu verweisen, denn es wird zweifellos nicht möglich sein, einen Mann zu bestimmen, der alles weiß. Er wird sich ebenso wie auch der Ombudsmann in Wien seine Auskünfte und Mitteilungen einholen lassen. Hier in Steyr ist dies auf direktem Wege ohne weiteres möglich. Man kann ihn sofort an die richtige Dienststelle, an den richtigen Mann verweisen. Die FPÖ möchte sich immer als mahnendes Gewissen der Nation verstanden sehen. Vielleicht auch deswegen, weil der Rechnungshofpräsident dieser Partei angehörte. Gerade das aber ist

meiner Meinung nach falsch, wenn es immer wieder betont wird. Der Rechnungshofpräsident und ich bin überzeugt, er ist es auch wirklich, ist unabhängig von der FPÖ und er muß es auch sein. Er soll unabhängig von allen politischen Parteien sein Amt versehen. Daß er persönlich einer Partei angehört oder nahesteht, ist natürlich sein staatsbürgerliches Recht. Sein Amt allerdings ist kein FPÖ-Amt, sondern ein Amt, daß sich unsere Republik geschaffen hat, um überparteilich, unbeeinflussbar und korrekt jene Erhebungen und Überprüfungen anzustellen, die zur Erhaltung des Vertrauens an die staatliche Verwaltung notwendig sind. Wir alle fühlen uns für die Sauberkeit der staatlichen Verwaltung voll verantwortlich. Wir alle sehen unser höchstes Ziel, den Wünschen der Bürger zu entsprechen. Wir tun dies auch in der Praxis, ohne immer wieder solche Forderungen zu erheben, die den Anschein erwecken sollten, nur sie, die Zwei-Mann-Fraktion im Steyrer Gemeinderat ist dafür zuständig. Wir alle sind dafür zuständig und wir fühlen uns auch dafür verantwortlich. Ich darf Ihnen versichern, daß wir Ihnen hier in nichts nachstehen. Ich halte daher die Erhebung dieser Forderung lediglich als parteipolitisches Manöver, zumal auch außer diesem lapidaren Satz keinerlei Aufklärungen gegeben wurden.

In seiner Budgetrede – Kollege Schwarz ist schon kurz darauf eingegangen – wurde wiederum sehr heftig die Schuldenpolitik der Gemeinde vom Kollegen Fuchs kritisiert. Unter anderem stellte er sofort in den Raum, es ist nichts geschehen, um eine zentrale Sportstätte in Steyr zu errichten. Er hat dann zwar zugegeben, andere, wichtige Vorhaben waren dafür verantwortlich. Aber sein anderer Beitrag, Kritik an der Subventionspolitik, als ob hier alles mit Unordnung, also ohne Ordnung zusammenhängt, in den Raum zu stellen und zu sagen, – ich habe mir das Wort auch aufgeschrieben – mit einer "Trüffelpolitik" alle Vereine zu beteilen. Lieber Herr Kollege Fuchs, weißt Du, was diese Vereine an Freizeit opfern, um ihre oft sehr spärliche Sporteinrichtung zu gestalten, wo Arbeiter und Angestellte in ihrer Freizeit Sport betreiben. Denen willst Du die wenigen tausend Schillinge, die sie zum Teil erhalten, entziehen? Und nur, so wie es heute schon angeführt wurde, bei 3 Mill.-Brocken, die Deinem Verein gegeben werden, zuzustimmen. Da machst Du die Rechnung ohne der Sozialistischen Fraktion. Das darf ich Dir auf alle Fälle sagen. So kann man einfach Gemeindepolitik, wie Du sie verstanden haben willst, nicht machen.

Es haben heute sehr sachliche Beiträge stattgefunden. Kollege Holub hat Öl auf die etwas größeren Wogen gegossen und geglättet. Aber Frau Gemeinderat Liebl, Ihnen bleibt es immer unbenommen, parteipolitische Demagogie hier hereinzubringen. Wider besseres Wissen, muß ich sagen. Es ist eine ungeheuerliche Anschuldigung, wenn Sie sagen, die Betriebsräte der Steyr-Werke haben verantwortungslos gehandelt. Das haben Sie in Ihrem Beitrag gesagt. Wenn Sie gesagt hätten, Ihr Gesinnungsgenosse Malzacher hat verantwortungslos gehandelt, dann hätten Sie Beifall bekommen. Sie wissen, wer Kündigungen ausspricht. Sie haben den Paragraph 105 vom AVG zitiert und wissen was darin steht.

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:

Soll ich es Ihnen vorlesen?

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Ich kenne es auswendig, aber es wurde Ihnen gesagt und Sie haben es gewußt, nur hier davon nicht gesprochen. 500, ohne die Angestellten, wurden von der Generaldirektion, von Herrn Malzacher, zur Kündigung vorgeschlagen. Was bleibt dem Betriebsrat über, entweder gegen diese Kündigungen Einspruch zu erheben, dann muß jeder Einzelne zum Einigungsamt gehen oder versuchen, was auch gelungen ist, diese 500 zu reduzieren auf 187. Das sind Fakten. Hätten Sie das erstere auch erwähnt, dann wäre ihr Beitrag einigermaßen objektiv aufgenommen worden. Es ist sehr leicht von außen zu kritisieren und zu sagen, die haben sich verantwortungslos benommen. Die einzige Verantwortungslosigkeit sehe ich im Management der Steyr-Werke, die haben es sich zu leicht gemacht. Aber wir wissen genau – ich bin auch ein Außenstehender – daß die wirtschaftliche Situation nicht die beste in diesem Werk ist.

Zu einer Frage noch, die Kollege Tremel und auch Sie angeschnitten haben, bezüglich der Arbeitslosen. Ich glaube da darf eine Korrektur erfolgen, es ist wiederum nur die Stadt Steyr genannt worden. Es ist der Bezirk Steyr einschließlich Grünburg und Steinbach und ich habe die letzten Ziffern vom Vorjahr herausgesucht, da waren es ungefähr zwi-

schen 670 und 690 Arbeitslosen. Im vergleichbaren Zeitraum bis heute sind es 990 oder 995

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Kollege Dresl, Du bist sogar Bezirkssekretär des ÖGB. Mich wundert, daß Du mit einer solchen Argumentation kommst, die sind ohnehin nicht von Steyr ...

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Moment, es hat den Anschein gehabt, hier in Steyr. Ich muß bedauern, daß es überhaupt so weit gekommen ist, daß Kündigungen ausgesprochen worden sind. Es ist das Inhumanste für jeden Arbeitswilligen, wenn er auf die Straße gestellt wird. Aber ich darf vielleicht dazu sagen, es soll keine Entschuldigung für etwas sein, sondern nur eine Feststellung. Wir haben versucht, im näheren und weiteren Bereich Arbeitsplätze für die frei werdenden Dienstnehmer aufzutreiben. Zum teil ist es uns gelungen, nur mit sehr wenig Erfolg bisher. Konkretes Beispiel, die Firma Engel u. Bär hätte 15 Arbeiter gebraucht und hätte sie auch übernommen. Bisher waren unsere Bemühungen, dort Fachkräfte unterzubringen, von keinem Erfolg gekrönt.

Abschließend also und das an Sie, Frau Gemeinderat Liebl, Sie bringen immer eine sehr harte politische Gangart herein. Von Schlichkeit war in Ihrem Beitrag nicht viel zu finden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag. Die nächsten Redner sind Dr. Burger, Gemeinderat Fuchs will den Weihnachtsabend noch ein wenig beleuchten und hat sich als 20. Diskussions- teilnehmer noch einmal gemeldet. Bitte Herr Dr. Burger.

GEMEINDERAT DR. HELMUT BURGER:

Meine Damen und Herren!

Ich werde mich bemühen, mich kurz zu fassen in der vorgerückten Zeit. Ich glaube aber, daß man einige Gedanken zur Jugendsituation auch heute beim ausklingenden Jahr berücksichtigen soll bzw. aufnehmen soll.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist, daß Vizebürgermeister Schwarz einen Jugendrat in Steyr aufstellen möchte. Einen Jugendrat, der irgendwie als count down zum Senioren- klub gedacht wäre, der eigentlich noch nicht im Konkreten geschaffen wurde, aber schon in Beratung steht. Als Lehrer, als der ich hier an vorderster Front stehe, möchte ich doch einen kleinen Situationsbericht über das Ganze aus meiner Sicht bringen. Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, daß man sich mit dem überhaupt auseinandersetzt. Ich bin auch der Meinung, daß wir allen Institutionen, die sich heute mit der Jugendarbeit oder mit Erziehung befassen, sehr sehr danken müssen, ob die nun politischen Organisationen nahe stehen, pri- vate Vereine sind oder auch Religionsgemeinschaften sind. Ich erinnere, daß der heutige Bürgermeister von Wien Gratz einmal sinngemäß gesagt hat, es ist ganz egal, von wo Men- schen kommen, die mithelfen an der Erziehung und an der kulturellen Förderung der Ju- gend. Wir wissen genau und ich glaube, das ist ganz interessant, daß z. B. die konfessio- nellen Schulen nur auf Grund dieser Initiative in den Bund übernommen wur- den, denn wir haben damals unsere Lehrer sofort mit hineinnehmen müssen in die Bundesschulen. Diese Meinung ist, glaube ich, richtig, daß es eine Ader ist, die ungeteilt ist. Das gleiche gilt auch für die ganzen Jugendzentren, obwohl mir auch hier be- wußt wird, daß es gerade die Jugendzentren in große Gefahr bringt. Zum anderen würde es heute wieder zu weit führen, heute darauf einzugehen.

Ich möchte nur grundsätzlich zur Situation sprechen. Es sind zwei Dinge, die wir berück- sichtigen sollen. Einerseits die Bedürfnisse der Jugend erkennen und zweitens, wie wir ihnen entgegen kommen können. Die Jugend ist ein so wertvolles Gut und trotzdem unterlie- gen auch die Jugendlichen eher dem Wirtschaftsgesetz von Angebot und Nachfrage, rein im Sinne der Nationalökonomie von Adam Smith. . Momentan haben wir die Jahrgänge des berühmten Babytums, die in die Wirtschaft drängen. Das führt dazu, daß wir nicht nur mit den Problemen der Entlassungen konfrontiert werden, sondern auch teil- weise – Gott sei Dank ist das in Österreich nicht so arg – aber in aller Welt mit wahren Hor- zahlen, was die Jugendarbeitslosigkeit betrifft. Wir dürfen nicht vergessen, die haben noch nie gearbeitet, darum sind sie in den Statistiken nicht drinnen.

Wenn man Berichte von anderen europäischen Ländern, von Amerika usw., hört, so sind das so gewaltige Zahlen von jungen Menschen, die in die Arbeit integriert werden können, daß es einfach ganz schrecklich ist. Während wir uns momentan mit dem Problem auseinander- gesetzt haben, schlägt es sehr bald – die Wirtschaft spürt es noch nicht so, aber wir Leh- rer spüren das schon sehr – in das Gegenteil wieder um. Vielleicht wissen Sie, daß etwa im Jahre 1963, es wird nicht ganz genau stimmen, aber ungefähr kommt es auf die Zahl hin- aus, wir in Österreich 135.000 Kinder im Jahr hatten und diese Zahl hat sich inzwischen re- duziert auf 85.000. Darin sind, glaube ich, etwa 5.000 oder 6.000 Kinder von Fremdarbei- tern, die auch in der Statistik drinnen sind. Wir haben also einen derartigen Rückgang, daß wir in 10 Jahren wahrscheinlich sagen werden, jeder einzelne unserer Jugendlichen ist Trä- ger unserer Zukunft und wir haben einen ganz hohen Stellenwert der Jugend in der nächster Zeit. Darum müssen wir ihnen auch Gehör schenken. Wir, die wir in der Schule sind, ken- nen alle die Probleme und wir wissen, daß es gar nicht so einfach ist. Es ist manchmal ganz erstaunlich, wie schwierig es den jungen Menschen fällt, sich mit der heutigen an sich sehr guten Zeit auseinander zu setzen. Es kommen teilweise Frustrationen auf, die wir kaum glauben und wir kennen die Nöte und Ängste und die Tiefen der Seele der jungen Men- schen. Wenn man an dem vorbeischaud, dann fällt einem das gar nicht auf. Ich habe oft mit jungen Menschen diskutiert, Sie wissenvielleicht, ich unterrichte an einer pädagogischen Akademie, da haben wir in Wirtschaftskunde oft Seminare und Arbeitsgemeinschaften, wo

wir praktisch nur diskutieren. Da kommen oft Dinge heraus und die jungen Leute, 20-21-jährige erzählen unter anderem, daß sie von einem echten Konsumterror sich bedroht fühlen. Ich versuche ihnen auszureden, den Konsumterror kann man beheben.

Da wird stundenlang diskutiert. Aber damit Sie sehen, welche Probleme die Jugendlichen heranbringen. Wenn man widerspricht, dann glättet sich das auch wieder und es geht wieder weg. Ich glaube, die große Gefahr ist, wenn man nicht mit ihnen spricht, dann erliegen sie falschen Schalmeien und lassen sich mißlenken und mißleiten. Wohin das führt, kennen wir alle.

Ich möchte auch hier noch einmal zitieren, wir wissen, der Unterrichtsminister kommt oft in Lehrerkreise und da hat er einmal etwas gesagt, was mich sehr beeindruckt hat. Wenn die jungen Menschen heute nicht motiviert werden können, dann ist es nicht ihre, sondern die Schuld der Erwachsenen, die ihnen praktisch keinen Weg weisen können.

Ich glaube, daß er unbedingt recht hat, obwohl es leider sehr schwierig ist. Das wäre der Punkt, wo wir einhaken sollten. Es ist genau so, wie ich mir erlaubt habe, im ersten Beitrag zu sprechen und ich nicht konkret sagen möchte, das und das müßte getan werden. Vielleicht wissen Sie, es gibt auch jetzt im Unterricht das Prinzip der politischen Bildung. Es würde zu weit führen, das hier unterzubringen. Es ist etwas ganz Großartiges, nur wird es meist vollkommen mißverstanden. Diese Gesamtorientierung sämtlicher pädagogischer und unterrichtlicher Tätigkeiten wäre meiner Meinung nach etwas, was man auch ausbreiten müßte über die ganze Gemeinschaft.

Darum meine Bitte, welche ich an Sie richten darf, es müßte auch hier möglich sein, daß wir uns gemeinsam in der nächsten Zeit bemühen, die Jugend zu betreuen, aber nicht nur indem wir sie institutionalisieren, ich meine damit die Schulen, ich meine damit auch die organisierte Freizeitbeschäftigung, sondern wirklich die Probleme der jungen Menschen anzugreifen, anzuschneiden und ihnen weiter zu helfen. Wenn ich erst gesagt habe, da bin ich überzeugt davon, daß die Bereinigung der Infrastruktur ein Pfeiler ist, auf dem wir die Zukunft aufbauen, glauben Sie mir, die Jugend ist ein zweiter, sehr wichtiger Pfeiler. Ich bitte Sie auch in diesem Zusammenhang, daß hier die Konsensbereitschaft an den Tag legen und daß wir hier einen gemeinsamen Weg gehen müssen. Es wird unser aller Vorteil sein. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Dr. Burger für diesen Beitrag. Ich bitte Sie, die Sitzung kurz unterbrechen zu dürfen, im Raum zu bleiben, wir müssen das Band wechseln.

Bandwechsel – Unterbrechung der Sitzung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das Tonband ist startbereit und ich bitte Kollegen Herbert Schwarz, das Wort zu ergreifen.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Gestatten Sie mir trotz der fortgeschrittenen Zeit einige trockene Zahlen zum Budget zu bringen.

Das Budget 1979 des ordentlichen Haushaltes beträgt S 331 Mill. und weist damit die übliche Steigerung auf Grund der Inflationsrate aus. Im aoH sind Ausgaben von S 127 Mill. vorgesehen gegenüber einem Voranschlag 1978 von rund S 107 Mill. Diese Beiträge können jedoch nicht verglichen werden, da sich der Gemeinderat mit seinen Beschlüssen im Jahr 1978 an dem Ausgabenrahmen im aoH nur orientiert, aber im großen und ganzen nicht daran gehalten hat. Von den geplanten Ausgaben 1978 im Betrage von S 107 Mill. sind Ausgaben von S 39 Mill., das sind rund 37 % des ursprünglichen Voranschlages gestrichen worden, hingegen sind S 65 Mill., rund 61 % des Voranschlages, zu den Ausgaben laut Nachtragsvoranschlag dazugekommen.

Wie aus dieser Darstellung ersichtlich, ist lediglich die Hälfte der im aoH ursprünglich vorgesehenen Ausgaben laut Nachtragsvoranschlag verwirklicht. Die Aussagefähigkeit der Vorausplanung erscheint hiemit in Frage gestellt. Ich möchte hier keineswegs die Beschlüsse über die Ausgaben kritisieren, sondern nur die Anzahl und die Summe der ad hoc-Entscheidungen, die innerhalb eines Jahres getroffen worden sind. Im Voranschlag 1979 fehlen verschiedene Ansätze, sodaß auch der Nachtragsvoranschlag wesentlich abweichen wird. Im besonderen wurde der Kanalbau 1978 durch die Ausgabenkürzungen eingeschränkt, da nur die Hälfte der vorgesehenen Mittel verbaut wurde. Die Einnahmen für Anschluß und laufende Kanalgebühren sind mit rund S 16 Mill. für 1978 veranschlagt, die Ausgaben für Kanalbau hingegen nur mit rund S 8 Mill. angesetzt. Es wäre daher sinnvoll, wenn zumindest diese ersparten S 8 Mill. noch zusätzlich im Jahre 1979 zu den im aoH vorgesehenen S 20 Mill. für den Kanalbau aufgewendet werden würden. Die Einnahmen an Kanalgebühren wurden 1979 mit S 17,5 Mill. veranschlagt. Diese Einnahmen würden sich automatisch durch eine Erweiterung des Kanalbaues erhöhen, sodaß aus diesem Titel kaum mit einem Defizit zu rechnen ist.

Damit sich 1980 die Stadt von der schönsten Seite zeigen kann, erscheint es mir geboten, den Terminplan für den Kanal- und Straßenbau 1979 bereits jetzt mit großer Sorgfalt zu erstellen. Die genaue Einhaltung des Terminplanes ist jedoch nur dann möglich, wenn die Beschlüsse so rechtzeitig gefaßt werden, daß die Bauausführung auch zum geplanten Zeitpunkt möglich ist. Ich bin mir darüber im klaren, daß es sehr schwierig ist, in Steyr alle jene Straßenzüge in den inneren Stadtbezirken und die wichtigsten Zufahrtsstraßen mit Kanal zu versorgen und dabei den normalen Straßenverkehr in irgend einer Form aufrecht zu erhalten. Unser aller Bestreben ist es, daß sich die Stadt zur 1000-Jahr-Feier nicht als Baustelle präsentiert. In diesem Zusammenhang möchte ich ersuchen, das Kanalbauprogramm 1980 - 1981 nicht zu reduzieren, sondern in jene Gebiete zu verlegen, die dem Besucher unserer Stadt nicht unmittelbar ins Auge springen.

1980 werden durch den Wegfall vieler Hausadaptierungen ohnehin Arbeitsplätze in großem Umfang in der Bauwirtschaft fehlen. Für die Investitionen in der Wirtschaft ist es notwendig, für mehrere Jahre das Investitionsvolumen der Gemeinde am Sektor Kanalbau zu kennen.

Daß die Betriebe in Steyr in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage sind, beweist nicht nur die Zahl der Ausgleichs- und Konkursanträge. Auch in den Betrieben der Stadtwerke Steyr ist ein Gewinnrückgang deutlich erkennbar. Waren 1975 die Gewinne bei den Unternehmungen Bestattung, Krematorium und Leichenhalle, Wasserwerk und Gaswerk noch S 4,6 Mill., so sind die Gewinne 1976 auf S 3,1 Mill., 1977 auf S 2 Mill. gesunken. 1978 ist das Ergebnis noch ungewiß, 1979 ist laut Voranschlag überhaupt kein Gewinn zu erwarten. Für die Betriebe, die schon bisher in den roten Zahlen waren, wie Verkehrsbetriebe, Stadtbad und Kunsteisbahn und seit 1977 auch das Bestattungsunternehmen, erhöhten sich die Verluste von Jahr zu Jahr. Allein aus diesen Zahlen kann man die Ertragsfähigkeit der Unternehmen in Zukunft voraussehen. Das Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als in den letzten Jahren die Tarife laufend und oft um ganz beträchtliche Prozentsätze angehoben worden sind. Eine noch größere Erhöhung der Tarife ist kaum möglich, weshalb es notwendig ist, verstärktes Augenmerk der Ausgabenseite zu schenken, um der Kostenexplosion Einhalt zu gebieten.

Ein heikles Thema, das heute schon von Kollegen Wallner angezogen wurde, das ich fast mit "Trauerspiel" überschreiben möchte, ist der Hotelbau und die damit verbundene Führung des Hotels. Von unserer Fraktion wurde zum Budget vorgeschlagen, einen Betrag von S 10 Mill. für den Ausbau und Umbau von derzeit bestehenden Gastronomiebetrieben zu Hotels der gehobenen Kategorie, als zinsenloses Darlehen mit einer Laufzeit zwischen 5 und 10 Jahren, bereitzustellen.

Eingesessene Familienbetriebe zu fördern, garantiert am ehesten die gute Führung eines Hotels auch in schwierigen Zeiten, da die Inhaber von solchen Betrieben mit ihrem gesamten Privatvermögen für die Einhaltung der Abmachungen und Verträge haften. Es würden sich in Steyr mindestens 3 Beherbergungsbetriebe anbieten, die ihre Lokalitäten so modernisieren und erweitern möchten, daß sie als Hotelbetrieb mit Komfortzimmer anzusprechen wären. Durch eine solche Förderung würden Folgekosten ausgeschlossen und die Bettenanzahl auf das Doppelte erhöht werden gegenüber dem letzten Hotelprojekt. Diese

Förderung kann ruhig neben einem Hotelprojekt durchgeführt werden.

Wenn auch von Seiten der Gemeinde ein zinsenloses Darlehen gewährt würde, so stünden diesen Kosten die Einnahmen an Getränke-, Lohnsummen- und Gewerbesteuer und Ertragsanteilen gegenüber, sodaß für einen Zeitraum von 10 Jahren gerechnet, die Kosten ausgeglichen wären. Wenn wir einen Fremdenverkehr in Steyr erreichen wollen, müssen wir gute Nächtigungsmöglichkeiten anbieten und die bereits 1980, denn nur dann werden Besucher auch in den Folgejahren nach Steyr wieder kommen.

Ihnen allen sind die Sorgen, die durch einen Betrieb entstehen, bekannt und ich möchte nur daran erinnern an die Betriebe Hotel Nagl, Restaurant Tabor, Restaurant Stadtbad usw. Hier sind wir froh, daß die Verluste nicht größer sind. Von einer Verzinsung des Kapitals ist überhaupt nicht zu reden. Die gleiche Situation ist auch in jenen Betrieben, wo der Betriebsinhaber Liegenschaftseigentümer ist. Ein Gastronomiebetrieb ist nur als Familienbetrieb rentabel zu führen. Auf Grund der hohen Steuerbelastung und der wirtschaftlichen Gegebenheiten ist eine Kapitalbildung nicht möglich, weshalb eine Unterstützung in Form eines zinsfreien Darlehens für jene Unternehmer, die bereit sind, Risiko zu tragen und Arbeit und Sorgen auf sich zu nehmen, unbedingt erforderlich ist. Von den Banken und Sparkassen werden bekanntlich Kredite nur bis 2/3 der Baukosten gewährt, sodaß bei einer Nichtförderung ein Ausbau wegen Kapitalmangels unterbleiben müßte. Die von uns vorgeschlagene Erweiterung des Bettenangebotes erscheint mir derzeit die einzige Möglichkeit, dem Wunsch der Bevölkerung sowie der Steyr-Besucher nach geeigneten Übernachtungsmöglichkeiten zu entsprechen. Obwohl ein zinsenloses Darlehen für die Gemeinde eine rechnerische Belastung darstellen würde, so ist auf die Dauer gesehen durch die erhöhten Einnahmen kein finanzieller Nachteil zu erwarten. Aus diesem Grund hoffe ich 1979 auf die Freigabe von Mitteln für diesen Zweck, nach Einbringung entsprechender Ansuchen.

Erlauben Sie mir noch einen weiteren Vorschlag zum Budget. Durch die Verkehrsverhältnisse in Steyr bedingt, sollten wir den Fußgehern kürzere Verbindungswege anbieten. Ein solcher Verbindungsweg wäre ein Fußgängerübergang über die Enns von Ennsdorf - Dukartstraßenunterführung zum Stadtplatz. Dies wäre die kürzeste Verbindung zwischen Stadtplatz und Bahnhof bzw. Autobusbahnhof. Meiner Meinung nach würde das Stadtbild durch eine Überführung in ähnlicher Bauweise wie am Blümelhuberberg nicht leiden. Ich verweise auf mehrere derartige Übergänge in Salzburg.

Nun zum Schluß möchte ich mich als geborener Steyrer, der seine Heimatstadt liebt, herzlich bei all jenen bedanken, die dazu beitragen, daß unsere Hausfassaden und Höfe wieder so schön gestaltet werden, damit das Leben in der Altstadt erhalten bleibt. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Nächster Redner ist Kollege Seidl.

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte zunächst meine Ausführungen mit einigen Dankadressen beginnen. Zunächst die Dankadresse an Sie, Herr Bürgermeister, daß Sie es mir zutrauen, als zunächst Abschlußredner nicht mehr die Wogen der Gemüter der Mitglieder des Gemeinderates hochzuheizen

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das muß ich schon wieder einschränken auf Grund der Wortmeldungen

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

... dafür danke ich. Ich darf nur eines sagen zu Ihnen, Herr Kollege Dresl. Ich glaube, so einfach kann man es sich auch wieder nicht machen. Sie haben gesagt, für Kündigungen ist Malzacher zuständig. Ich glaube, Sie wissen genau so wie wir, daß das nicht ganz so ist.

Den nächsten Teil darf ich an den sehr geehrten Herrn Vizebürgermeister Schwarz richten. Er hat gesagt, die Entscheidung über die Delogierung hat das Gericht getroffen. Rein sachlich ist das richtig. Aber das alte Sprichwort, "wo kein Kläger, da kein Richter", Kläger war schon die Gemeinde

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist richtig.

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Wir haben heute entschieden über den Antrag und daß das oft hart ist, ist leider oft der Fall.

Ich habe schon gesagt, daß ich Dankadressen richte. Ich darf noch Dankadressen richten an 2 sehr maßgebliche Vertreter der Mehrheitsfraktion, die in Ihren Ausführungen ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

.. die Verbindung vom Münichholz zum Tabor als sehr wichtig erwähnt haben. Ich bin deshalb so froh, weil diese Forderung paßt an sich in eine an sich sehr langjährige Forderung der ÖVP und, wie wir gesehen haben bei den Ortsteilgesprächen, ist es auch ein sehr vehementes Anliegen der Bevölkerung. Hier ganz besonders der Bevölkerung des Stadtteiles Münichholz. Zwei Stadtteile werden durch einen Fluß getrennt. Durch eine Verbindung - ganz gleich wie sie nun aussieht - würden doch 2 Stadtteile sehr eng aneinanderrücken. Das bringt sicher sehr viele Vorteile, weil es auch für die Bevölkerung dieser Stadtteile weitere Ausflugsmöglichkeiten ergeben würde. Der Gedanke der Errichtung einer Brücke, auf das würde ich mich nicht so sehr verlassen. Ich glaube vom Kostenstandpunkt her, daß wir uns auf das nicht sehr verlassen können. Ich würde daher bitten, bei allen Planungen und Überlegungen an die erste Stelle die Überlegung zu stellen, wie könnten wir wiederum eine Verbindung - ganz gleich wie sie aussieht - zwischen den beiden Stadtteilen herstellen.

Abschließend darf ich für meine Person und auch für meine Fraktion mich der Gangart der Frau Stadtrat Kaltenbrunner anschließen und Ihnen und Ihren Familien, Herrn Magistratsdirektor - stellvertretend für die Beamtenschaft - und den Angestellten des Hauses ein schönes Weihnachtsfest wünschen und für das Jahr 1979 alles Gute.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die gutgemeinten Wünsche und den Beitrag. Wir kommen nunmehr zum 21. Diskussionsprecher, zu Herrn Gemeinderat Fuchs in der 2. Wortmeldung.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich beginne mit einem keep smiling. Das deutet bereits an, daß das von Herrn Gemeinderat Dresl entfachte Feuer dazu führte, daß ich mich heute wiederum zu Wort melde und bereits eingangs versuche, dieses zu löschen.

Ich habe heute nicht vor gehabt, mich nochmals zu melden. Selbst auf Grund der Beiträge des Herrn Bürgermeisters, auf Grund seiner Konters wollte ich mich nicht mehr zu Wort melden, aber Herr Gemeinderat Dresl, Du bist daran schuld, daß ich diese GR-Sitzung nochmals verzögere und in die Länge ziehe. Aber ich mache es recht kurz. Ich habe ausdrücklich, lieber Gemeinderatskollege Dresl, bei meinem Grundsatzbeitrag erwähnt, daß wir zwar unsere Vorschläge beim Herrn Finanzstadtrat deponiert haben, daß wir aber mit Sonderwünschen dieses bereits finanziell angespannte Budget nicht weiter belasten wollen. Das ist sicherlich dann später aus dem Protokoll ersichtlich. Ich habe aber auch ausdrücklich erwähnt, daß wir unsere Wünsche mit den anderen Fraktionen besprechen wollen. Bevor wir unsere detaillierten Wünsche z. B. über den von uns deponierten Wunsch der Errichtung eines Büros für Bürgerinitiativen, bevor wir diese detaillierten Wünsche nicht vorgebracht haben – wir haben detailliert diese Wünsche nicht vorgebracht – sollte man über ein derartiges Begehren nicht den Stab brechen. Ich glaube, es dürfte sicherlich von Dir nicht so gemeint sein, z. B. daß Du uns das Recht einer Kontrolle absprichst. Ich glaube, das habe ich auch ausdrücklich gesagt, daß wir

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Du bezichtigst uns unterschwellig immer der Unordnung!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Das ist Deine Interpretation und bezüglich Subventionsordnung haben wir wirklich keine Ordnung und daher wird es unsere ständige Forderung sein – auch in den nächsten Jahren – daß wir entsprechend eines einmütigen Gemeinderatsbeschlusses, an dem Du ja schließlich auch mitgewirkt hast vor 2 Jahren, versuchen werden, die große Mehrheitsfraktion davon zu überzeugen, daß sie diesen eigenen Beschluß auch in die Tat künftighin, wenigstens in den 80iger Jahren, umsetzt. Bei diesem Beschluß hast Du auch mitgewirkt! Oder warst Du damals abwesend oder nicht einverstanden oder hast Du Dich unter Zwang so verhalten? Ich glaube nicht.

Das Recht, einen Rechnungshofpräsidenten zu erstellen, lieber Herr Gemeinderat Dresl, dieses Recht wurde uns von der Sozialistischen Bundesregierung zugestanden.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Leider!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Willst Du vielleicht, daß man dieses Recht wieder ungültig macht, etwa in der Form, daß man sich künftig selbst kontrollieren möchte. Dann bitte ich, das deutlich auszusprechen. Ich verwahre mich dann auch noch gegen den einen Satz: Parteipolitisches Manöver! Ausgerechnet bei dieser Budgetdebatte habe ich ausdrücklich davon gesprochen, daß wir künftighin Wünsche, die von uns kommen, mit den anderen Parteien, bevor wir sie z. B. durch einen Antrag in die Tat umsetzen wollen, daß wir diese mit den anderen Parteien vorher besprechen wollen.

Wenn von uns einmal eine neue Idee kommt, diese nicht gleich mit "parteipolitischem Manöver" abzutun. Wir haben das auch nicht getan, als hier vom Freien Wirtschaftsverband die neue Idee gekommen ist, hier mit einer Kleingewerbeförderungsaktion hereinzukommen. Kein Wort von unserer Seite, daß dies etwa ein parteipolitisches Manöver sei.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Im Gegenteil, wir sind froh, wenn von anderen Fraktionen gut gemeinte, der Bevölkerung

dienliche Forderungen, kommen. Und ich würde auch bitten, wenn sie von unserer Seite kommen sie als solche und nicht als parteipolitisches Manöver abzutun. Zum Schluß noch eine Bitte an den Herrn Bürgermeister, die ich nochmals wiederhole. Mein Beitrag bezüglich Fraktionsobmännerbesprechungen ist leider nicht beantwortet worden. Herr Bürgermeister, wir können keine ansetzen, aber Sie können es, also setzen Sie doch künftighin wieder derartige Fraktionsobmännerbesprechungen an und manche Kritik würde bereits im Keime erstickt sein, manche Äußerungen würde nicht so hart ausfallen und ich glaube es wäre wesentlich besser, wenn man gemeinsam gewisse Projekte für die Stadtgemeinde schmiedet bei diesen Fraktionsobmännerbesprechungen und das dann im Gemeinderat beschließt.
Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Als letzter mir vorliegender Beitrag Frau Gemeinderat Liebl.

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Den Beitrag von Kollegen Dresl darf auf keinen Fall widerspruchslos hingenommen werden. Ich verwahre mich dagegen, daß ich hier Demagogie betreibe. Ich stelle richtig, daß ich nie gesagt habe – das ist eine Unterstellung – daß die sozialistischen Betriebsräte verantwortungslos handeln. Ich wiederhole und stelle zugleich richtig, der Betriebsrat der Fraktion Christlicher Gewerkschafter und der Betriebsrat der Gewerkschaftlichen Einheit haben aus innerer Überzeugung dagegen gestimmt. Sie haben vorgezeigt, wie die sozialistischen Betriebsräte es hätten machen müssen. Sie wollten mit ihrer Ablehnung dokumentieren, daß der Betriebsrat nicht ausdrücklich zustimmen sollte, denn gemäß § 105, Abs. 3 lit. 2 kann eine Kündigung beim Einigungsamt dann angefochten werden, wenn sie sozial ungerechtfertigt ist. Es wäre die Pflicht des Betriebsrates gewesen, der vom Arbeitnehmer gewählt wird, daß er gegenüber dem Unternehmer die Interessen des Arbeitnehmers vertritt. Der Betriebsrat muß dem Arbeitnehmer die Chance geben, zum Einigungsamt gehen zu können. Mit dieser Zustimmung der Betriebsräte wurden dem Gekündigten alle seine Rechtsmittel genommen. Das ist für mich verantwortungslos. Ich glaube, das ist damit richtiggestellt. Zu den Ausführungen von Bürgermeister Schwarz möchte ich sagen, ist der Herr Finanzminister nicht mehr ein Sozialist? Denn der Finanzminister hat in seiner Debatte im Fernsehen das von den Pensionen gebracht und die Pensionisten verunsichert. Der Kollegin Derflinger und Herrn Manetsgruber würde ich empfehlen, wenn das Protokoll da ist, nachzulesen. Dann werden Sie daraufkommen, daß Sie auch unrecht gehandelt haben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nach diesem unrechten Abschluß bzw. diesen Erklärungen der Frau Gemeinderat sehe ich, daß sich Kollege Manetsgruber noch einmal zu Wort meldet. Er scheint doch der Letzte zu sein. Ich möchte ausdrücklich erklären, daß natürlich die Diskussionen, die geführt werden, nicht direkt zum Budget sondern daß sich die Kollegin Liebl zu sehr mit den gewerkschaftlichen Problemen des Betriebes Steyr-Daimler-Puch AG beschäftigt hat, daher ist es kein Wunder, wenn nunmehr aus der Gemeinderatsitzung eine Betriebsversammlung wird.

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte diese Debatte hier nicht mehr fortsetzen. Ich möchte nur die Frau Kollegin Liebl bitten, eine Unterscheidung zu treffen. Sie erwähnt in ihren Ausführungen den Betriebsrat. Ich als Sprecher des Sozialistischen Angestelltenbetriebsrates weiß genau, was wir gemacht haben und ich darf Sie bitten, Ihre sehr geehrte Tochter zu fragen, was die Betriebsräte des Angestelltenbetriebsrates ...

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:

Ich habe vom Arbeiterbetriebsrat gesprochen.

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:

Nein, Sie haben vom sozialistischen Betriebsrat gesprochen. Ich möchte hier nicht in eine Polemik verfallen. Ich habe ausdrücklich gesagt, ich hätte in dieser Richtung überhaupt nichts gemacht. Es ist überhaupt bedauerlich, daß man heute so schwere Entscheidungen versucht, zu einem Politikum zu machen. Es wird immer Schwierigkeiten geben und ich kann es aus eigenem Ermessen beurteilen, was es heißt, wenn ein Mensch gekündigt wird. Deshalb möchte ich heute diese Debatte nicht mehr fortsetzen. Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich frage, ob noch jemand zu sprechen wünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit ist die Diskussion abgeschlossen. Ich bitte den Referenten, das Schlußwort zu nehmen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Sie werden hoffentlich nichts dagegen haben, wenn ich Ihnen das Schlußwort mit einem ernstesten Gesicht, ohne Zähneherzeigen darbringe, denn ich bin der Anschauung, wenn einer die Zähne herzeigt weiß man nicht immer, ob sie echt sind. So gesehen könnte man auch bezweifeln, ob das Lächeln echt gemeint ist. Aber ich glaube, wenn wir uns in Zukunft offen in die Augen sehen können, dann brauchen wir dem übertriebenen "keep smiling" nicht unbedingt folgen.

Gestatten Sie mir, daß ich ganz kurz auf eine prinzipielle Angelegenheit eingehe, die mich in erster Linie berührt, das ist die Erstellung des Budgets. Ich glaube, es herrscht hier seitens der Aktion der ÖVP doch ein kleiner Irrtum. Es ist auch nicht verwunderlich, nicht immer ist man über die Gepflogenheiten in der anderen Fraktion ausgiebig unterrichtet. Wenn Kollege Bürgermeister Fritsch gemeint hat, wenn wir die Wünsche, die die anderen Fraktionen haben, erfahren, wäre bereits bei uns das letzte Wort über den Voranschlagsentwurf gefallen, da wären die fraktionellen Besprechungen schon vorbei, dann ist das ein Irrtum. Wir haben uns immer bemüht, rechtzeitig und lange vor unseren Fraktionsbesprechungen diese Wünsche in Erfahrung zu bringen. Wie sich nun nach den heutigen Entwicklungen, nach den Erklärungen der Fraktionsvorsitzenden zum Budget die Budgeterstellung in Zukunft abwickeln wird, das wird bestimmt noch Gegenstand eingehender Beratungen innerhalb der Fraktionen sein. Das zur Budgeterstellung.

Kollegen Fuchs möchte ich nur prinzipiell sagen, es sind über das Budget, den Punkt Subventionen, so viele Aussagen gemacht worden. Es ist ganz einfach, wenn Sie glauben, auf den Punkt Subventionen Einsparungen zugunsten des Budgets im allgemeinen zu machen, dann hätten Sie das immer sagen können. Die Gelegenheit wäre schon gewesen, wie Sie oder Ihre Freunde Nutznießer gewesen sind. Es bleibt Ihnen unbenommen, daß Sie Vorschläge in dieser Hinsicht bringen, wenn Sie der Ansicht sind, daß es notwendig ist.

Ich komme jetzt auf einen Angriff gegen die Sozialistische Fraktion, und zwar ist das die Nichtübereignung der Musikschule an das Land. Ich erwähne nur erzielte Einsparungen über 900.000 Schilling im Jahr. Ich glaube, es ist ganz einfach, wenn jemand eine Arbeit aufnimmt, sich einen Arbeitgeber aussucht, dann weiß er, der gibt mir eine Anstellung und da kann ich bis zur Pensionierung bleiben. Wenn nun dieser Betrieb oder diese Einrichtung finanziell notleidend wird, dann wird man in der Wirtschaft auch nicht hergehen, wenn man von irgendwo eine Förderung bekommt, gleich den ganzen Betrieb dem Förderer zu überantworten. Es ist zumindest sehr anrühlich, wenn an die gegebene Hilfe die Bedingung geknüpft ist, daß man sofort die ganze Institution dem Helfenden übereignet

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Erlauben Sie mir einen Zwischenruf.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Ich bin mit meinen Ausführungen noch nicht fertig.

.. eine Hilfe erfahren und die Forderung, willst du die Hilfe zur Gänze erhalten, dann überstelle mir das Personal, sonst können wir darüber nicht reden. Über dieses Ansinnen, überdaskann sich jeder hier herinnen einen Reim machen. Wir sind eben der Anschauung, daß die Bediensteten, die bei uns eine Stellung gesucht haben, die bei uns zufriedene Dienstnehmer waren, die sollen es bei uns auch bleiben.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich habe nur geglaubt, wir könnten uns eine Wiederholung der Debatte ersparen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Ich habe es nicht angezogen. Sie haben zwar als Entschuldigung gesagt, Sie haben den Auftrag

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Vielleicht können wir den Referenten ausreden lassen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Das größte Positivum der heutigen Sitzung ist, daß, nachdem wir vergangenes Jahr mit Mehrheit das Budget beschlossen haben, bestimmt kein Unglück über die Stadt hereingebrochen ist. Aber das Klima und der Ton, der die Musik macht, hat immerhin nicht mehr gestimmt. Wenn alle Fraktionssprecher heute zum Ausdruck gebracht haben, sie geben dem Budget die Zustimmung, wenn in sachlichen Beiträgen, was eigentlich verwunderlich war, auch, wenn auch sparsam, doch ein Lob verteilt wurde, so darf man das hier wohl als großes Positivum bezeichnen. Es ist ganz klar und jeder – es sind lauter alte Kommunalpolitiker hier – weiß, eine Zustimmung kann nur über das gesamte Budget sich erstrecken. Natürlich kann überall eine Kritik angebracht werden und es kann dieses oder jenes vorerst nicht den Vorstellungen entsprechend kritisiert werden. Das aber tut keinen Abbruch, daß wir heute mitsammen von so vielen Sprechern gehört haben, daß wir gewillt sind, in der nächsten Zeit im Sinne einer guten Zusammenarbeit für unsere Steyrer Bürger, zu trachten, mit den Ansätzen, die im Budget für das Jahr 1979 enthalten sind, die Arbeit in allen Lebensbereichen fortzusetzen. Für diese Bereitschaft haben Sie auch meinen persönlichen Dank.

Ich darf nun Herrn Bürgermeister bitten, die Abstimmung über den Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1979 vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Referenten als Berichterstatter und Antragsteller für den wichtigen Punkt der Beschlußfassung zum Voranschlag 1979. Ich darf noch einmal zur Kenntnis bringen, daß in dem Antrag beinhaltet ist die Entscheidung über den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt, über die Finanzierungsvorschläge der GWG, der Stadtwerke, der Stiftungen und der Dienstpostenplan. Ich bitte Sie daher, das bei der Entscheidung als inkludiert ansehen zu wollen. In Anbetracht der Bedeutung bitte ich Sie, ein Zeichen mit der Hand zu geben, wenn Sie mit dem gestellten Antrag einverstanden sind? Danke. Ich sehe auch hier die Einstimmigkeit durch das Handzeichen. Somit ist der Voranschlag für 1979 in allen seinen Bereichen einstimmig beschlossen.

Damit kommen wir zum Ende der heutigen Sitzung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! es ist mir heute als Vorsitzender der letzten Gemeinderatsitzung in diesem Jahr und als Bürgermeister ein Vergnügen, den Versuch zu unternehmen, auch zu einem friedvollen Ausklang unserer Sitzungstätigkeit im Jahre 1978 einen Beitrag zu leisten. Vorerst glaube ich in Ihrem Einverständnis zu handeln, wenn ich den beiden abwesenden Mitgliedern, Stadtrat Kinzelhofer und Gemeinderat Mayr, die beide erkrankt sind, im Namen des gesamten Gemeinderates die besten Genesungswünsche ausspreche. Ich werde nicht versäumen, ihnen Ihre Wünsche mit zu überbringen

bzw. zu übersenden.

Wir haben im Unterschied zum Vorjahr – auch das wurde bereits angezogen – einen gemeinsamen Beschluß gefaßt. Dieser gemeinsame Beschluß ermöglicht es uns zweifelsohne gerade in jenem entscheidenden Jahr 1979, in dem verschiedene Wahlgänge ablaufen werden, doch viele gemeinsame Entscheidungen fortzusetzen und vieles zu tun, was viel leichter geht, wenn wir gemeinsam die Vorhaben, die im Voranschlag enthalten sind, betreiben. Es waren im Jahre 1978 von mir insgesamt 16 Gemeinderatsitzungen einzuberufen und es ist auch für uns nicht erfreulich, daß zwei davon Trauersitzungen waren, die Mitgliedern des Gemeinderates gegolten haben. Die erste für Kollegen Baumann, die zweite für Kollegen Schodermayr.

Wir hatten aber auch darüber hinaus von diesen 16 Gemeinderatsitzungen 7 Beschlusssitzungen abzuhalten, davon eine Sondersitzung betreffend die Finanzierungsvorschläge für das Motorenwerk. Etwas, was im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit und Informationstätigkeit nur zu begrüßen ist, und auch hervorhebenswert ist, 7 Informationssitzungen die den Inhalt Planung Nordknoten, Neubau des Arbeiterkammergebäudes, Stadtsaal, hatten, eine Gemeinderat-Informationsrundfahrt war mit einbezogen und viermal behandelten wir das Verkehrskonzept. Erstmals in der Vorlage, dreimal in direkten Diskussionsbehandlungen. Ich glaube das allein ist Beweis, daß wir an einer ernsthaften, laufenden und konstruktiven und vor allem zielbewußten informativen Arbeit als Gemeinderat interessiert sind und das der Steyrer Bevölkerung auch zur Kenntnis bringen. Es ist auch der Presse- und Informationstätigkeit verstärktes Maß gewidmet. Es ermöglicht dadurch auch dem Bürger mehr Einblick in die Tätigkeit der Gemeinderäte, des Gemeinderates als Organ. Es wird dadurch mehr Auf- und Erklärung möglich und die Präsentation von Vorhaben, die früher mehr oder weniger in unserem Kreis nur zur Behandlung kamen. Zuschriften von Bürgern – das sagte ich schon – bestätigen die Richtigkeit dieser Vorgangsweise. Die Abhaltung von 10 Stadtteilgesprächen mit über 1.800 Besuchern und 300 Diskussionsbeiträgen sind ein deutliches Zeichen der Wichtigkeit solcher bürgernahen Verwaltungstätigkeiten. Daß es dabei immer nur um Entwicklungsfragen, vornehmlich Verkehrs- und sonstige Fragen ging, beweist uns, daß die Entwicklung der Stadt ein echtes Bedürfnis aller Bürger unserer Stadt ist, daß die Zufriedenheit im Sozialbereich eine weitreichende wurde. Es bestehen aber auch bei unseren Bemühungen Zusammenhänge zwischen Finanzierungsmaßnahmen und der Entwicklung, wobei man nicht vergessen darf, daß es immer Prioritäten zu setzen gilt. Denn bei diesen Prioritäten scheiden sich oft die politischen Geister, nicht bei der Gesamtheit der Problembewältigung. Bei diesen Prioritätenreihungen liegt die Entscheidung, hier liegt auch die politische Verantwortung, hier liegt die Interessenlage, die in der Ideologie bezogen für uns alle gilt. Heuer konnten wir einen gemeinsamen Beschluß erreichen. Ich danke Ihnen dafür außerordentlich, nicht nur, weil ich dadurch eine angenehme Vorsitzführung hatte, sondern vor allem weil es die Bürger das Stadt sehr begrüßen werden, daß alle 36 Gemeinderäte gemeinsam versuchen, zum Ziel zu gelangen im Interesse einer günstigen Stadtentwicklung. Ich glaube, daß die gesetzten und einzuleitenden Maßnahmen für die Zukunft nicht nur der derzeit in Verantwortung stehenden Generation wichtig sind, sondern für die kommenden Generationen, sowohl was den Verantwortungsbereich als auch den Erlebensbereich betrifft. Diese Maßnahmen werden ja nicht einer kurzfristigen, sondern einer langfristigen Nutzung dienen. Ich darf Ihnen auch versichern, daß der ausgewiesene Abgang im Voranschlag durch die Bemühungen, die bereits angestellt wurden, in diesem Jahr weitgehend abgedeckt werden kann und das erfordert auch, das können Sie mir glauben, ein zielstrebiges, sachkundiges Verhandeln und immer wieder auch das Hervorrufen des Verständnisses jener Stellen, zu denen wir die schon einmal erwähnten Bittgänge zu unternehmen haben. Hier möchte ich vor allem auch der Mitarbeit der Beamtenschaft, unter Leitung des Magistratsdirektors, und der fachkundigen Beratung von dieser Seite danken. Ich kann nicht umhin, dem Finanzreferenten für die Mühe, die er sich gemacht hat, den Voranschlag sehr ausführlich darzustellen und vorzubereiten, in Zusammenarbeit mit Rechnungsdirektor Stary, den Dank auszusprechen und verbinde damit auch, weil ich schon beim Danken bin, das gleiche noch einmal an den ersten Beamten, an den Magistratsdirektor, auszusprechen, den ich bitte, alle Bediensteten davon zu unterrichten, daß der Gemeinderat für die Mitarbeit sich dankbar erweist. Letztlich bedarf es einer entsprechenden sachkundigen Aufbereitung, um hier die Vorschläge und Maßnahmen richtig setzen zu können.

Ihnen als Mitglieder des Gemeinderates danke ich vor allem dafür, daß es trotz verschiedener Ecken, die immer wieder aus Gründen der Ideologie auftreten, aus anderen Motiven herauskommen, oft auch aus Emotionen, daß es trotzdem sachliche, vernünftige Beiträge waren, die zum Budget vorgetragen wurden, daß der gemeinsame Beschluß aber immer wieder die Bestätigung dafür ist. Wenn das Wollen da ist, ist auch das Ziel erreichbar. Den Medienvertretern, besonders den Herren der Presse, darf ich für zu- meist objektive Berichterstattung in diesem zu Ende gehenden Jahr danken. Wenn das nicht immer gelingt, liegt es nicht in der Bosheit begründet, sondern daß eben manche Presse- informationen, manche Zeitungen eben politische Orientierungen aufweisen, die dabei nicht unberücksichtigt bleiben können.

Ich freue mich, daß es seit der Einrichtung der Pressestelle einen sehr guten Kontakt zwischen den Vertretern der öffentlichen Presse und dem Magistrat gibt, denn dieser Kontakt ist auch ein freimütiger. Das beweist sich auch bei Pressegesprächen. So komme ich abschließend dazu, um die Wünsche auszusprechen, nämlich die Wünsche, daß neben dem Dank auch dem Magistrat mit allen Bediensteten es gelingen möge, unsere Entscheidungen rasch und zielstrebig in die Tat umzusetzen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für den Bürger, damit er die Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen erkennt. Ich wünsche allen Bediensteten ein frohes Fest. Ich denke dabei daran, daß gerade im Kreise der eigenen Familienangehörigen unter dem Lichterbaum mit Kindern, Enkelkindern, Eltern und Groß- eltern, manchmal die oft sehr aufreibenden Stimmungen vergessen werden, die in Sitzun- gen, wo sich Politiker zusammen finden, unvermeidlich sind.

Damit verbinde ich auch den Wunsch an Sie alle, daß das Jahr 1979 ein gutes sein möge, daß Sie in beruflicher und persönlicher Hinsicht Zufriedenheit erhalten. Im besonderen Gesundheit, denn Gesundheit und Zufriedenheit ist eine wesentliche Voraussetzung, daß wir unserem Auftrag nachkommen können, eine erfolgreiche Arbeit als Gemeinderat zu leisten. Wenn wir dies tun können, müssen wir mit dem notwendigen Optimismus an die übernommene Verantwortung herangehen. Damit es für die Stadt und die Menschen in die- ser Stadt auch weiterhin eine gute Zukunft gibt.

In diesem Sinne darf ich die heutige Sitzung für beendet erklären und Ihnen alles Gute für die Feiertage wünschen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 20.31 Uhr

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLFÜHRER:



DIE PROTOKOLLPRÜFER:

